Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 38. Freitag, den 12. Mai 1893. Jahrgang II.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 16. Mai 1893, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 19. Mai 1893, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **8. Mai 1893** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Joh. Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Prix: Die Sitzung ist eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Geitler und Winkler entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Ich habe die Ehre, einige in der letzten Sitzung gestellte Interpellationen zu beantworten.

Herr Gem.-Rath Dobeš hat wegen der Aufstellung der Einspänner am Meidlinger Bahnhof eine Interpellation eingebracht, worüber ich die Erhebungen gepflogen habe, deren Resultat ich mir mitzutheilen erlaube.

Laut beiliegenden gedruckten Begehungs-Protokolles vom 20. September 1892 und des § 10 des beiliegenden Vertrages hat die Localbahn Wien-Wiener Neudorf sich verpflichtet, für den zu ihrer Geleiseanlage benöthigten Einspännerstandplatz vor dem sogenannten Asylhause der Südbahn einen entsprechenden Ersatz hinter dem Wagenaufstellungsplatze vor dem Ausgange des Meidlinger Bahnhofes herzustellen. Bei einem jüngst über mündliches Ansuchen der Einspänner-Genossenschaft wegen Regelung der Wagenaufstellung vor diesem Bahnhofe vorgenommenen Localaugenschein wurde zufolge beiliegenden Protokolles constatiert, dass diese Localbahn einen sogar um einige Quadratmeter größeren, ordentlich gepflasterten, quadratischen Standplatz neben dem bisherigen ungepflasterten Wagenaufstellungsplatz hergestellt hat und ihrer diesbezüglichen Verpflichtung nachgekommen ist. Überdies wird sie zufolge eines Vertrages mit der Südbahn diesen Standplatz bis zu den Geleisen der Südbahn ausdehnen und pflastern.

Die Pflasterung des ungepflasterten Theiles des Wagenaufstellungsplatzes obliegt der Südbahn, und wird ihr hieramtlich ein neuerlicher Auftrag sofort zugehen.

Zufolge des beiliegenden Protokolles vom 6. Mai wird die Wagenaufstellung derart geregelt, dass die Einspänner einen der günstigsten Plätze vor dem Meidlinger Bahnhof zugewiesen erhalten, und wird diese neue Wagenaufstellung in kürzester Zeit durchgeführt werden.

Was die Aufstellung einiger Einspänner in der Karlsgasse betrifft, so wurden sie, obwohl dieser Aufstellungsplatz nicht genehmigt ist, nicht „weggejagt", auch nicht von der Polizeibehörde (zufolge persönlicher Mittheilung des Herrn Commissariatsleiters), und stehen sie noch heute dort. Durch die neue Wagenaufstellung wird überdies dieser Standplatz erhalten.

3. Eine Interpellation des Gem.-Rathes Büsch, betreffend die Legung von Wasserleitungsrohren im XII. Bezirke und die dadurch vorgekommenen Verkehrsstörungen, habe ich die Ehre, wie folgt zu beantworten:

Nach den Erhebungen hat der vernommene Director bei der Einvernahme vom 8. Mai 1893 die Versicherung ausgesprochen, sofort Vorkehrungen zu treffen, dass eine Hemmung des Verkehres möglichst vermieden werde. Die vom Herrn Interpellanten gestellte Forderung, dass die Arbeiten in zwei Theilstrecken in zwei Tagen vollendet werden, ist unmöglich stets einzuhalten, weil vorerst der Rohrgraben ausgehoben, sodann die Rohre gelegt und mit Blei verdichtet werden müssen, worauf erst dann die Druckproben bei offenem Rohrgraben vorgenommen werden können. Bei einer der-

artigen ausgedehnten Arbeit ist es unvermeidlich, dass der Verkehr theilweise, insbesondere in den engeren Straßen gehemmt wird.

4. Eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger, welche lautet:

1. In welchem Stadium befinden sich die Vorarbeiten für den Bau eigener städtischer Gaswerke und für die Legung eines eigenen Rohrnetzes?

2. Gibt der derzeitige Stand der in Frage 1 erwähnten Arbeiten die volle Gewähr, dass sowohl die Gaswerke als das Rohrnetz rechtzeitig, d. i. bis zu dem 1899 erfolgenden Ablaufe des zwischen der Gemeinde Wien und der englischen Gasgesellschaft abgeschlossenen Vertrages vollendet sind?

habe ich die Ehre, auf Grund der Erhebungen wie folgt zu beantworten:

Da bei den Verhandlungen über die Kündigung des Gasvertrages im Jahre 1885 sich hauptsächlich der schwierige Umstand geltend machte, dass mit 31. October 1889 der vollständige Neubau einer städtischen Gasanstalt sammt Rohrnetz kaum möglich war (Oho-Rufe links), so hat das Stadtbauamt — als beschlossen worden war, den Ablauf des Vertrages abzuwarten, wonach die Fertigstellung der städtischen Gaswerke erst mit 31. October 1899 stattzufinden hat — bereits am 4. Juli 1888 ein Arbeitsprogramm in Form einer „Übersicht der Reihenfolge der für die Errichtung einer städtischen Gasanstalt nothwendigen Arbeiten" vorgelegt, welche Übersicht mit Gemeinderaths-Beschluss vom 20. Mai 1892, Z. 269, die Genehmigung erhalten hat.

Wie sich die wirklichen Durchführungen im Gegenhalte zu dieser Übersicht stellen, hat das Stadtbauamt mit Bericht vom 25. Jänner 1893, Z. 170, M.-Z. 14847, ausführlich erläutert, und ist dasselbe zu dem Schlusse gelangt, dass die im Zuge befindliche Schätzung nach Möglichkeit beschleunigt werden solle, damit der Gemeinderath ehebaldigst einen entscheidenden Beschluss in der Gasfrage zu fassen in die Lage komme.

Auf die Beantwortung der gestellten Fragen übergehend, wird bemerkt, dass die hauptsächlichste Vorarbeit für den Bau eigener städtischer Gaswerke und für die Legung des Rohrnetzes in der Beschaffung eines geeigneten Projectes besteht.

Zur Erlangung eines solches Projectes ist am 15. November 1892 ein internationaler Concurs mit Preisen von 8000 fl., 5000 fl. und 3000 fl. ausgeschrieben worden. Der Endtermin hiefür lauft in einigen Tagen (am 15. Mai 1893) ab, und wird sohin das Preisgericht die Entscheidung zu treffen haben.

Wenn sodann im Sinne der „Übersicht" die weiteren Veranlassungen mit der erforderlichen Raschheit durchgeführt werden, so ist es möglich, bis 31. October 1899 städtische Gaswerke sammt Zugehör fertigzustellen, da noch reichlich sechs Jahre zur Verfügung stehen.

Bemerkt muss noch werden, dass nach den Bestimmungen des § 3 des Vertrages erst am 1. November 1896 mit der Legung der Gasrohre in den Straßen begonnen werden darf. — Ich bitte, die Einläufe bekanntzugeben.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski verliest nachstehende Einläufe:

5. Anfrage des **Gem.-Rathes Dobeš:**

Die freiwillige Turner-Feuerwehr im XII. Bezirke hat mittelst Eingabe ddto. 27. Februar 1893 um eine entsprechende Subventionierung der von ihr seit Jahren erhaltenen Rettungsabtheilung von Seite der Wiener Groß-Commune angesucht.

Diese Angelegenheit wurde bereits am 23. März 1893 in geschäftsmäßiger Behandlung in der Sitzung des Bezirksausschusses für den XII. Bezirk verhandelt und dem Gemeinderathe eine Subventionierung dieser Rettungsabtheilung in der Höhe von 1000 fl. anempfohlen.

Nachdem seit dieser Zeit bereits zehn Wochen verflossen sind und die begründete Besorgnis vorhanden ist, dass dieses allgemein als nützlich anerkannte humane Institut bei eventueller Verzögerung einer entsprechenden Subventionierung von Seite der eigenen Gemeinde seine segensreiche Thätigkeit einschränken oder gar einstellen müsste, so erscheint die langsame Abwicklung dieser Angelegenheit als zum Nutzen der Allgemeinheit nicht zweckdienlich; bedenkt man ferner, dass diese Rettungsabtheilung die größte Thätigkeit nach der Ersten Wiener Freiwilligen Rettungs-Gesellschaft im verflossenen Jahre entfaltete, in circa 600 Fällen intervenierte, die Bespannung der Rettungswägen sowie einen Telegraphisten aus eigenen Mitteln zahlen muss, dass durch die allgemeine Verschlechterung der Verhältnisse in den Vororten die früher reichen Unterstützungsquellen von Seite der opferwilligen Bürgerschaft sich auf ein Minimum reduciert haben — so ist es an der höchsten Zeit, dass die Gemeinde einem solchen Institute hilfreich unter die Arme greife.

Ich erlaube mir demnach an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage:

1. Was dürfte an dieser Verzögerung schuld sein?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die thunlichste Beschleunigung dieser Angelegenheit anzuordnen?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

6. Interpellation des **Gem.-Rathes Bärtl:**

Den 11. September 1891, in der 29. Plenarsitzung des Gemeinderathes hat der Gefertigte folgenden Antrag gestellt: „Die competenten Behörden seien zu beauftragen, die Convertierung sämmtlicher fünfpercentigen Anlehen sowohl der Commune Wien als auch der einbezogenen Vororte zu einem niedrigeren Percentsatze, weiters sämmtliche bestehende Anlehen in einem einzigen, niedriger verzinslichen Anlehen auszuarbeiten und das bezügliche Elaborat mit thunlicher Beschleunigung vorzulegen."

Da nun bis heute über diesen Antrag nicht referiert wurde, so erlaubt sich der Gefertigte, an das Präsidium folgende Anfrage zu stellen:

1. Warum wurde über seinen Antrag vom 11. September 1891 bisher nicht Bericht erstattet?

2. Ist das geehrte Präsidium geneigt, zu veranlassen, dass über diesen Antrag dem Gemeinderathe berichtet und Anträge ehestens gestellt werden?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, zu erwidern, dass dieser Antrag zum Referat dem Stadtrathe vorliegt.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Kreindl:**

Die gestrigen Zeitungen bringen die gleichlautende Notiz, dass das Stadtbauamt das Project für die Rohrlegung zur Versorgung der Bezirke Ottakring, Hernals und auch Theile von Währing mit Hochquellenwasser vorgelegt hat, und dass mit der Rohrlegung noch heuer, sobald das Project genehmigt ist, begonnen werden kann.

Mit Rücksicht darauf, dass die Einleitung des Hochquellenwassers im XIX. Bezirke keinerlei Schwierigkeiten unterliegt, da daselbst, insbesondere in Ober-Döbling, schon nahe an zwanzig Jahre die Einleitung für die Auslaufbrunnen besteht, in Berücksichtigung dessen, dass Ober-Döbling durch das unmittelbare Angrenzen an den IX. Bezirk mit Leichtigkeit in die Wasserversorgung einbezogen werden könne, ferner mit Rücksicht auf den städtischen Charakter des ehemaligen Vorortes Ober-Döbling, erlaube ich mir, an Euer Hochwohlgeboren die ergebene Anfrage zu stellen:

1. Aus welchen Gründen wurde der XIX. Bezirk, insbesondere Ober-Döbling, bei diesem Projecte unberücksichtigt gelassen; und

2. wäre der hochgeehrte Herr Bürgermeister geneigt, zu veranlassen, dass bei dieser Vorlage auch der XIX. Bezirk, insbesondere Ober-Döbling, einbezogen werde, somit auch hier im Laufe dieses Jahres mit der Rohrlegung begonnen werden könnte?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

8. Interpellation der **Gem.-Räthe Boschan, Dr. Lueger** und **Dr. Prockisch:**

Der Gemeinderath hat bereits in seiner Sitzung vom 8. Februar l. J. das Detailproject für den Bau des linksseitigen Sammelcanales genehmigt.

Bei diesem Baue würde eine große Anzahl von Arbeitern Beschäftigung finden. Bisher ist jedoch mit dem Baue nicht begonnen worden und verlautet auch sonst nicht, was dem Beginne desselben im Wege stehe.

Wir erlauben uns, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Welche Hindernisse bestehen, dass der Bau des linksseitigen Sammelcanales noch nicht in Angriff genommen wurde, und ist Aussicht vorhanden, dass diese Hindernisse ehebaldigst beseitigt werden?

Bürgermeister: Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Die Hütteldorferstraße im XIV. und XV. Bezirke und die Burggasse im XVI. Bezirke, am Schmelzer Exercierplatze gelegen, sind nur in einer Breite von fünf Klafter angelegt.

Nachdem diese beiden Straßen Haupt-Verkehrsstraßen werden, so erlaube ich mir, den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, dass die obbenannten Straßen auf die Breite von zehn Klafter, so wie alle anderen Hauptstraßen, gebracht werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Zagórski (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Gräf** und Genossen:

Nach vielen vergeblichen Eingaben an die Vertretung der bestandenen Gemeinde Ottakring wurden endlich vor zwei Jahren die Bewohner des sogenannten alten Ortes im XVI. Bezirke durch die Auflassung des Epidemiespitales erfreut.

Aber nicht lange sollte diese Freude dauern!

Durch einen Beschluss des Stadtrathes soll nun dieser Ortstheil eine neue Bescherung bekommen, welche bei dem Umstande, als wir die Luftströmung meist aus „West" haben, nicht nur für den erwähnten, sondern auch für die übrigen Bezirkstheile von den schlimmsten Folgen begleitet sein kann oder mindestens eine arge Belästigung involviert.

Es wurde nämlich in dem eingangs erwähnten Gebäude die Aufstellung eines großen Desinfectionsapparates und Verbrennofens beschlossen, in welchem die Strohsäcke, Kleider, Leib- und Bettwäsche &c., von Infectionskranken herrührend, verbrannt werden sollen.

Die Errichtung einer derartigen Anstalt in einem dichtverbauten Bezirkstheile, an zwei Wegen gelegen, welche an schönen Tagen von tausenden Personen frequentiert werden, erscheint geradezu räthselhaft, da doch der Stadtrath am 4. April d. J., sub Z. 1558, den principiellen Beschluss gefasst hat, dass derlei Anstalten nur in isolierten Lagen errichtet werden dürfen.

Insbesondere für das Liebhartsthal wäre diese Anstalt von unberechenbarem Schaden, weil, abgesehen von der lästigen Rauchentwicklung, die Sommerparteien beunruhigt werden und daher ihre bisherigen Wohnungen verlassen, wodurch nicht nur die Besitzer jener Sommerhäuser, sondern auch die sesshaften Geschäftsleute bedeutend geschädigt würden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe: Die Errichtung der Desinfectionsanstalt in dem aufgelassenen Nothspitale im „alten Orte" des XVI. Bezirkes werde sistiert, und sind vom Bauamte und dem Magistrate schleunigst Vorschläge behufs deren Activierung an einem entlegenen Orte des XVI. Bezirkes — vielleicht an der Hütteldorferstraße — oder provisorisch im alten Friedhofsgebäude zu machen.

Bürgermeister: An den Stadtrath. — Wir schreiten zur Tagesordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Tagesordnung): Nach § 21 der Gemeinde-Wahlordnung für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat der Gemeinderath, sobald die Frist zur Einbringung von Einwendungen abgelaufen ist und entweder keine Einwendungen vorgebracht oder die vorgebrachten für unbegründet erkannt wurden, die Wahl zu agnoscieren, das Resultat derselben öffentlich bekanntzugeben und die Gewählten hievon zu verständigen.

Es ist nach dem Sinne des § 21 gewiss berechtigt, wenn ich verlange, dass das Referat über die Wahlen sofort erstattet werde. Es hat der Stadtrath bereits die Vorlage fertig, und wir sehen, dass dieselbe auch bereits auf der Tagesordnung steht. Ich bin der Meinung, dass dieses Referat allen anderen voran zur Erledigung gebracht werden muss; ich erlaube mir daher, den Antrag zu stellen, dass sofort zur Erledigung des Referates über die Gemeinderathswahlen geschritten werde.

Bürgermeister: Ich habe nur die Bemerkung zu machen, dass dieses Referat für morgen auf der Tagesordnung steht und heute ja eine außerordentliche Sitzung mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Anlehens ist. Ich glaube, dass wir die Tagesordnung nicht unterbrechen sollten, dass wir heute die Debatte über das Anlehen fortsetzen und morgen unter allen Umständen die Verificierung der Wahlen vornehmen sollen. Ich glaube, dass damit alle einverstanden sein werden. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Bitte, abstimmen zu lassen!)

Es ist der Antrag gestellt worden, die Tagesordnung zu verändern und das Referat, betreffend die Verificierung der Wahl sofort vorzunehmen. Ich bitte jene Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minderheit. Abgelehnt.

11. Wir schreiten zur Tagesordnung. Zum Referate bitte ich den Herrn Gem.-Rath Boschan.

Herr Dr. Lueger wünscht das Wort zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Nach § 33 der Geschäftsordnung hat der Vorsitzende die Debatte zu leiten, ohne an derselben sich zu betheiligen. Es obliegt ihm nur, die thatsächlichen Richtigstellungen zu machen. Wenn er an der Debatte theilnehmen will oder Anträge, welche den Gegenstand der Verhandlung bilden, selbst gestellt hat, muss er den Vorsitz abgeben. Ich constatiere, dass der Gem.-Rath Dr. Grübl gelegentlich der Berathung über das Referat über die Aufnahme eines neuen Anlehens den Vorsitz geführt hat; es ist ihm daher nach § 33 der Geschäftsordnung nicht möglich, in der Debatte das Wort zu ergreifen; er kann thatsächtiche Richtigstellungen vornehmen, dieses Recht kann ich ihm nicht verwehren, aber als Debatter kann er an der Debatte nicht theilnehmen. Ich mache auch aufmerksam, dass im n.-ö. Landtage und im Abgeordnetenhause ganz der nämliche Grundsatz gilt. Ich bin daher der Meinung, dass in dieser Beziehung auch der Herr Bürgermeister mir rechtgeben und die Wahl des Herrn Dr. Grübl zum Generalredner der Majorität für ungiltig erklären wird.

Bürgermeister: Ich glaube, dass ein kleines Missverständnis obwaltet. Es ist richtig, dass der Vorsitzende sich nicht an der Debatte zu betheiligen hat; wenn er es thun will, dann hat er den Vorsitz abzugeben und kann denselben nicht mehr, bis nach der Abstimmung, führen. Das ist immer, auch nach dem früheren Gemeindestatut, in dieser Weise prakticiert und ausgelegt worden, dass von dem Momente an, wo der Vorsitzende spricht, er nicht mehr berechtigt ist, über den Gegenstand den Vorsitz zu führen; so lange aber, als er sich nicht an der Debatte betheiligt, ist ein Hindernis, den Vorsitz zu führen, nicht vorhanden. Der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl hat bisher noch nicht gesprochen, daher er auch ganz richtig im Sinne der Geschäftsordnung den Vorsitz führen konnte. Wenn er einmal in dieser Debatte gesprochen haben wird, wird er nach der Geschäftsordnung nicht mehr berechtigt sein, den Vorsitz zu führen. Ich glaube also, dass bisher vollkommen im Einklange mit der Geschäftsordnung vorgegangen worden ist.

Wir schreiten zum Referate. Es gelangt zum Worte der Generalredner pro, Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Verehrte Herren! Zunächst muss ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, dass die Abstimmung in der letzten Sitzung über die Wahl von Generalrednern eine so ungeheure Aufregung hervorgerufen hat. Der Führer der Opposition hat einen förmlichen Racheschwur geleistet, er werde die Leidenschaften des Volkes in den tiefsten Tiefen aufwühlen (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ja gewiss!) und er werde verkünden, wie der Opposition die Redefreiheit verkümmert werde. (Rufe links: Ganz richtig!) Ich habe diese Aufregung umsoweniger verstehen können (Gem.-Rath Gregorig: Das begreife ich! Heiterkeit), als derselbe Redner erklärt hatte, dass er und seine Parteigenossen „selbstverständlich" für die Anträge des Referenten stimmen werden. (Rufe links: Das hat er nicht gesagt! Bürgermeister: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen!) Es war also dadurch constatiert, dass beide Parteien in der principiellen Frage, nämlich darüber, ob überhaupt ein Anlehen aufgenommen werden soll oder nicht, vollkommen einig vorgehen

Es stand ja der Versammlung selbstverständlich bevor, in die Special-Debatte einzugehen. Der Herr Vorredner aus dem III. Bezirke hat sechs Anträge für die Special-Debatte angekündigt, und die Majorität hat das mit jener Gelassenheit und Ergebenheit angehört, die unser ganzes Verhalten charakterisiert. (Gelächter links.) Diese Special-Anträge werden angenommen oder abgelehnt werden, je nachdem die Versammlung sich ein Urtheil bilden wird — ich für meine Person . . . (Unterbrechung links).

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte dringend, Ruhe zu halten.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Ich kann nicht umhin, diesen Anträgen ein gewisses Misstrauen entgegenzuschicken, denn der Herr Vorredner aus dem III. Bezirke hat seinen Standpunkt gegenüber der Majorität in einer etwas aufrichtigen Weise dahin präcisiert, dass er gesagt hat, es ist ihm ja oft sehr angenehm, wenn seine Anträge nicht angenommen werden, es ist ihm sehr angenehm, wenn die Majorität diese Anträge ablehnt, denn dann hat er wenigstens Anlass, gleich wieder hinauszugehen in die Versammlungen und uns anzuklagen (Rufe links: Ganz richtig!) Meine Herren! Es kommt mir diese Erscheinung vor, wie wenn auf der Bühne ein Gelage, ein Festmahl abgehalten wird. Es kommen die Gäste, und dann wird serviert. Die schönsten Speisen werden aufgetragen, Masthühner, Torten, Guglhupf, stark verzuckert (Heiterkeit) — die Gesellschaft ist in der größten Begeisterung. Die Speisen werden hin- und hergeschoben; es wird mit dem Eßbesteck geklimpert, aber die Speisen und die Getränke werden nicht weniger, sie bleiben immer in derselben Façon. (Heiterkeit.) Der Festgeber ist darüber auch gar nicht erstaunt, und es hat den Anschein, als ob er von vorneherein gar nicht darauf gerechnet hätte, dass die Speisen genossen werden. Sie werden also wieder so abgetragen, wie sie hereingekommen sind. Wohl mag mancher auf der Galerie sich denken, das sind doch eigenthümliche Leute. Dieser Festgeber bietet seinen Gästen so herrliche Sachen und die verschmähen sie, sie wollen sie nicht. Freilich diejenigen, die da näher zusehen und die die Qualität der Speisen genauer beurtheilen können, die wissen eben, dass diese Speisen ungenießbar, unverdaulich sind. (Heiterkeit.) Und so fürchte ich, nach der Ankündigung, die der Herr Vorredner gegeben hat, dass diese sechs Gänge, die er uns in der Special-Debatte servieren wird, auch den Charakter dieser Theaterspeisen haben werden. (Widerspruch und Rufe links: Der größte Komiker!)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich möchte dringendst bitten, nicht zu unterbrechen, ich bitte recht sehr, den Redner reden zu lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Es kommt ja gleich anders. (Heiterkeit rechts.) Also, ich gehe jetzt zur eigentlichen Materie über, wenn es die Herren wünschen, und habe da auf einiges zu antworten, was der Herr Vorredner angeführt hat. Ich muss gestehen, diese Aufgabe ist eine schwierige, denn der Herr Vorredner hat bei seinen zwei Reden, die er in der vorigen Sitzung gehalten und mit denen er fast zwei Stunden ausgefüllt hat, wie mit einem großen Schwert das ganze Gebiet der communalen Verwaltung niedergefegt. Er hat sozusagen nicht ein gutes Haar an der communalen Verwaltung gelassen, und er hat insbesondere das Thema berührt, das den ganzen Winter hindurch Gegenstand der Erörterungen in allen Versammlungen war, Gegenstand oft recht malitiöser, unrichtiger Darstellungen, mit welchen man die Majorität angeklagt und die Wähler gegen uns aufgebracht hat. Der Herr Gegner hat gesagt (Gelächter und Zwischenrufe links): Diese Theilnahme ist eine außerordentliche. Ich muss gestehen, sie freut mich recht herzlich. Er hat gesagt, es sei mit der Vereinigung eine kollosale Bedrückung des Volkes vorgekommen.

Die Verzehrungssteuerzuschläge sind erhöht worden, die Zuschläge zu den directen Steuern sind erhöht (Rufe links: Ist wahr!), die Verpflegsgebüren im Spitalwesen sind erhöht worden. (Rufe links: Alles wahr!) Nun, meine Herren, das sagen sie nur so: alles wahr! Es ist aber doch nicht wahr, ich werde es Ihnen beweisen. Thatsachen beweisen! (Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Bürgermeister (unterbrechend): Ich möchte jetzt dringendst bitten, Zwischenrufe zu unterlassen, es geht so die Debatte nicht weiter.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Also nehmen wir die Verzehrungssteuer; ich verspreche den Herren übrigens, ich werde außerordentlich kurz sein. Es ist den Herren bekannt, dass die Verzehrungssteuer durch das Reichsgesetz vom 10. Mai 1890 geregelt wurde. Damals war Wien mit den Vororten nicht vereinigt. Es hat sich nun in Ausführung des Punktes 6 dieses Gesetzes darum gehandelt, ein Uebereinkommen zwischen Wien und den Vororten behufs Regelung der Zuschläge zu treffen. Es war zu der Zeit, also zu einer Zeit, wo Wien mit den Vororten nicht vereinigt war, den Vororten und jedermann bekannt, welcher Art die Verzehrungssteuer ist, welche über ganz Wien gelegt wird. Die Herren wissen, dass wir uns durch 20 Jahre bemüht haben, eine andere Art der Verzehrungssteuer durchzuführen. Die Herren wissen ebenso, dass uns das nicht möglich war, dass die Regierung in bestimmtester Weise erklärte, dass sie auf einen anderen Modus der Verzehrungssteuer nicht eingehe, und dass uns schließlich nichts anderes übrig geblieben ist, als denjenigen Modus anzunehmen, den die Regierung proponierte, dass wir aber dabei alles Mögliche gethan haben, erstens um die Anzahl der Tarifposten zu reducieren, was uns auch gelungen ist, indem sie von 54 auf 12 vermindert wurden, und zweitens die bestehenden übrigen Tarifsätze zu ermäßigen, was gleichfalls gelungen ist. Nun hat es sich nur mehr um die Zuschläge handeln können. Sie wissen, geehrte Herren, dass wir früher circa 25½ Percent bei 54 Posten gezahlt haben, und es ist daher keine Erhöhung eingetreten, wenn man jetzt bei den verbleibenden 12 Posten 30 Percent einhebt. (So ist es! rechts.) Die einzige Erhöhung trat beim Biere ein, und Sie wissen, dass uns da eine andere Wahl nicht übrig blieb, dass aber das Bier

im früheren alten Gebiete höher besteuert war, trotz des kleineren communalen Zuschlages als heute bei dem höheren Zuschlage, weil früher etwas über 2 fl. gezahlt wurde, während jetzt nur 2 fl. gezahlt werden. Es ist daher nicht richtig, wenn man sagt, es sei bei den Verhandlungen über die Vereinigung der Vororte eine kleine Verzehrungssteuer in Aussicht gestellt worden. Die Verhältnisse waren ganz genau bekannt, und eine Täuschung darüber konnte niemandem einfallen und war nicht möglich. (Zustimmung.)

Dass die Zuschläge zur directen Steuer erhöht worden seien, das ist die eclatanteste Unwahrheit, die es geben kann. Die städtische Buchhaltung hat einen genauen Ausweis vorgelegt, aus welchem sich ergibt, welche Zuschläge in jeder einzelnen Gemeinde früher bezahlt wurden, und was in dem betreffenden Gebietstheile jetzt bezahlt wird. Mein verehrter Herr College Dr. Vogler hat diese Zusammenstellung zum Gegenstande eines Artikels gemacht, der in einem Journale veröffentlicht wurde, und die Herren wären also längst in der Lage gewesen, diesen Artikel sich anzueignen, und sie hätten sich dadurch sehr viele Unrichtigkeiten ersparen können, die sie während des Winters gepredigt haben. Es fällt mir heute nicht ein, bei jeder einzelnen Gemeinde anzuführen, um wie viel sie jetzt mehr bezahlt — es sind dies einige wenige — oder was sie jetzt weniger bezahlt, ich will nur die Hauptsummen anführen.

Die eigentlichen Gemeindeumlagen betrugen früher bei den nunmehr einverleibten Gemeinden 710.370 fl. und betragen jetzt 1,082.300 fl., also mehr um 371.930 fl. (Rufe links: Hört!) Aber Geduld! jetzt kommen andere Posten: Die Umlage für Schulzwecke war früher 960.440 fl. und ist jetzt 760.000 fl.; daher um 200.400 fl. weniger! Die Bezirksstraßen-Fondumlage ist bekanntlich ganz entfallen; sie betrug früher 341.750 fl., sie ist jetzt Null, daher Entlastung um 341.750 fl. (Rufe rechts: Hört!) Die Zinskreuzer betrugen früher in den Vororten 1,480.600 fl., jetzt betragen sie 977.500 fl. (Gem.-Rath Gregorig: Weil die Wohnungen leer stehen!) — das weiß ich nicht —, es ist also auch hier ein reines Minus von 653.360 fl., also eine Entlastung der Vororte. (Lebhafte Rufe rechts: Hört! — Gem.-Rath Gregorig: Der höchste Finanzkünstler, der sollte Finanzminister werden! Gelächter links.) Ich bitte, das ist ein amtlicher Ausweis, da gibt es nichts zu lachen, es ist ein Ausweis der städtischen Buchhaltung, auf Grund amtlicher Ausweise abgefasst und daher nicht zu bezweifeln oder zu widerlegen, das sind richtige Ziffern, und alle anderen Behauptungen, die dagegen aufgestellt werden, sind eben unrichtig. (Beifall rechts.) Da gibt es nichts zu drehen, das sind Ziffern, die amtlich festgestellt wurden. (Rufe rechts: Jeder zahlt weniger! Ich auch!) Ich kann darüber auch noch weiteres sagen. Sie können einwenden: Dagegen sind die Vororte mit der Verzehrungssteuer belastet worden. (Richtig! links.) Meine Herren! Sie haben ja immer mitgethan, wenn es sich darum handelte, sich darüber zu beschweren, dass die alten Bezirke so hoch belastet sind und die neuen gar nicht, und Sie waren immer damit einverstanden, dass wir von der Regierung verlangen, es solle hinsichtlich der Verzehrungssteuer ein billiger Ausgleich stattfinden. Dieser billige Ausgleich hat stattgefunden. Das ist mit Ihrem Wunsche und Ihrer Zustimmung geschehen. (Widerspruch links.) Nicht? Wenigstens früher, so lange die Vororte noch nicht vereinigt waren, waren Sie damit einverstanden; jetzt natürlich, wo Sie Ihr Schwergewicht auf die Vororte verlegen, jetzt sind Sie wieder damit nicht einverstanden. Das sind so ihre diplomatischen Künste. Gegenüber der Behauptung, dass die Vororte jetzt mit Gemeindeumlagen mehr belastet sind, habe ich da eine Ziffer, wo nach diese Belastung alles in allem 2,895.000 fl. beträgt, dagegen beträgt der Aufwand für die Vororte, abgesehen von der allgemeinen Verwaltung, $5^1/_2$ Millionen (Rufe rechts: Hört!), also um $2^1/_2$ Millionen mehr, als die Vororte an directen Steuern zahlen.

Meine Herren! Es fällt mir durchaus nicht ein, es wäre ja kindisch, daraus den Vororten einen Vorwurf zu machen; es handelt sich ja immer nur um die eine Behauptung, die da aufgestellt wird und mit der man jetzt ungerecht hetzt, dass durch die Vereinigung die Vororte mehr belastet wurden, während das nicht wahr ist; denn sie sind jetzt weniger belastet, dagegen genießen sie von der Hauptstadt, von der Millionenstadt bedeutende Vortheile, die sie mit ihren eigenen Mitteln nicht in der Lage gewesen wären, sich zu verschaffen. (Beifall rechts.)

Der Herr Vorredner hat gesagt, der erhöhte Steuereingang, der sich da ergibt, entspringt nicht etwa einer naturgemäßen Entwicklung der Mehreinnahmen der Stadt, sondern erfolgt im Wege der Execution.

Meine Herren, ich bedauere sehr, dass der Herr Vorredner in der Kenntnis der communalen Verhältnisse so zurückgegangen ist (Widerspruch links. — Heiterkeit und sehr gut! rechts); denn er müsste sonst wissen, dass zum Beispiel die wirklichen Executionen, bei denen gepfändet und feilgeboten wird, bei der Personalsteuer eine Bagatelle sind. Sechs-, sieben- oder achttausend Gulden werden in einem Jahre auf diese Weise eingetrieben.

Wenn der Herr Vorredner dasjenige rechnet, was der Steuercommissär einhebt, so erwidere ich ihm, dass das nicht in Betracht kommt. Ich für meine Person erkläre, dass ich schon durch zehn Jahre durch den Steuercommissär meine Steuern entrichte, ohne den Eindruck zu haben, dass ich ein Execut bin. Damit aber der Herr Redner sieht, wie die Steuerkraft von Wien zugenommen hat, will ich nur ein paar Posten anführen. Ein Zinskreuzer betrug im Jahre 1873: 450.000 fl. und im Jahre 1890: 640.000 fl.; also dieselbe Belastung mit einem Zinskreuzer hat im Jahre 1873: 450.000 fl. und im Jahre 1890: 640.000 fl. getragen. Das betrifft dasselbe Gebiet. Im Jahre 1893, wo die Vororte mit Wien vereinigt waren, hat ein Zinskreuzer 850.000 fl. betragen.

Noch ein paar Bemerkungen über die dritte Behauptung, welche der Herr Vorredner aufgestellt hat, nämlich die Bedrückung der Bevölkerung durch die Krankenverpflegsgelder. Meine Herren, vor der Vereinigung Wiens mit den Vorortegemeinden hat es ein geregeltes Spitalwesen, wie es einer Haupt- und Großstadt entspricht, überhaupt nicht gegeben. Das Spitalwesen für die alte Stadt war unzureichend und für die Vororte schon ganz und gar unzureichend, und die Herren wissen, wie oft es vorgekommen ist, dass Leute, mit infectiösen Krankheiten behaftet, auf der Tramway hin- und hergefahren sind, von einem Bezirke in den anderen, um in einem Spitale Aufnahme zu suchen, ohne eine solche zu finden (Zustimmung rechts) — Verhältnisse, die nicht bestehen bleiben konnten, und die geregelt worden wären und hätten geregelt werden müssen, ob nun Wien mit den Vororten vereinigt wurde oder nicht.

Sie haben das schöne Kaiser Franz Josef-Spital in Rudolfsheim! Das war eingestellt mit einem Activum von sechshundert und so viel tausend Gulden und mit einem Passivum von fünfhundert und so viel tausend Gulden, also kaum mit einem Betrage von 100.000 fl. Überschuss. Die Verpflegsgebür in diesem Spitale betrug 90 kr., und diejenigen, welche die Verhältnisse dieses Spitals

kennen, werden bestätigen müssen, dass die Verwaltung nicht in der Lage gewesen wäre, auf die Dauer mit der Verpflegsgebür von 90 kr. durchzukommen, und dass diese Verpflegsgebür hätte erhöht werden müssen, ohne Rücksicht darauf, wer die Verwaltung dieses Spitals führt. (Gem.-Rath Rückauf: Sehr richtig!) In den anderen Spitälern war es ebenso. Im Stephanie-Spital in Neulerchenfeld war die Verpflegsgebür, wenn ich mich recht erinnere, zuletzt 85 kr., und sie haben wiederholt um Erhöhung dieser Gebür petitioniert, weil sie mit der früheren Gebür von 80 nicht in der Lage waren, ein Auskommen zu finden. Also, der Betrieb der Spitäler war schon damals ein passiver und ein ungenügender, er ist es nicht erst durch die Vereinigung mit Wien geworden, und es war nothwendig, um das Spitalwesen nur halbwegs auf die entsprechende Stufe zu heben, eine höhere Gebür festzusetzen. Es ist aber nicht die Vereinigung Wiens mit den Vororten irgendwie Anlass dazu gewesen. (Rufe: Schlachtgebür!) Die Schlachtgebüren sind kleiner geworden. (Gelächter links.) In Nussdorf früher 1 fl. 80 kr., jetzt 1 fl. (Gelächter links.) In Meidling war 1 fl. und ist jetzt 1 fl. (Rufe links: Und in Wien?) In Wien früher 70 kr. und jetzt 1 fl. Ich spreche von den Vororten. Also für die Vororte eine Ermäßigung. (Widerspruch links.)

Bürgermeister: Ich bitte. Es gibt keine Dialoge. Ich ersuche also gefälligst, den Redner nicht zu unterbrechen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Aber eine Bedrückung ist vorgekommen, wie ich so oft gehört habe; wenigstens waren die Gegner, ich meine nicht die im Saale anwesenden, sondern andere, immer hinterher, um die Bevölkerung aufzuhetzen. Wenn irgend jemand eine Kellerwohnung hatte und die Sanitätsbehörde gekommen ist und gesagt hat: „Es ist absolut unzulässig, diese Wohnung zu vermieten, weil die Leute, die drinnen wohnen, krank werden", so war man natürlich gleich damit da, zu sagen: „Die Bedrückung resultiert aus der Vereinigung mit Wien." Wenn aus einem Stalle Jauche auf die Gasse geflossen ist und die Sanitätsbehörde dies, besonders angesichts der Choleragefahr, nicht geduldet hat, gleich hat man gesagt: „Das ist eine Bedrückung aus Anlass der Vereinigung mit Wien." Wenn irgend wo eine Senkgrube ausgemauert werden musste, weil der Zustand ein unhaltbarer war — „eine Bedrückung aus Anlass der Vereinigung mit Wien". Wenn jemand einen Abort verlegen musste, weil er geradezu gefährlich war für die Gesundheit der angrenzenden Bewohner — war es wieder eine Bedrückung aus Anlass der Vereinigung mit Wien, und so kann man sagen, dass dieses große Werk, die Vereinigung Wiens mit den Vororten, gegen den Widerstand der aufgehetzten Bevölkerung durchgeführt werden musste, gegen die Hetzereien, welche von gewisser Seite ausgeübt wurden, und ich habe Berichte bekommen, aus welchen ich entnommen habe, dass es geradezu in einzelnen Fällen nothwendig war, mit Strafen vorzugehen, um die aufgehetzte Bevölkerung auf den richtigen Weg zu bringen. (Widerspruch links.)

Andererseits aber kann man schon heute mit Befriedigung constatieren, dass trotz dieser Verhetzung die Bevölkerung, durch ihren gesunden Menschenverstand das Richtige erkennend, heute für die Wohlthaten der Vereinigung dankbar ist (Widerspruch und Gelächter links) und mit Freuden die Wohlthaten genießt.

Meine Herren! Heute überhaupt noch gegen die Vereinigung mit den Vororten zu polemisieren, ist ja geradezu gefährlich. Die ganze Welt hat die Vortheilhaftigkeit, die Nothwendigkeit und Unaufschiebbarkeit dieser Vereinigung anerkannt. Überall war man sich darüber einig und sagte sich, dass Wien es als ein großes Glück ansehen soll, dass diese große Maßregel endlich durchgeführt worden ist, und derjenige, der heute noch gegen diese Maßregel polemisiert, muss sich hüten, dass er nicht dem Fluche der Lächerlichkeit verfällt. (Beifall rechts. — Gelächter und Widerspruch links.)

Der Herr Vorredner aus dem III. Bezirke hat uns dann endlich vorgeworfen, indem er unsere finanzielle und ökonomische Lage kritisierte, wir haben alles durchgebracht und jetzt schreiten wir daran, schüchtern, wie er gesagt hat — er nimmt es da mit der Ziffer nicht kleinlich — vorläufig schüchtern Schulden zu machen; bei dieser Anleihe würde es aber nicht bleiben, neue Anlehen werden an die Reihe kommen, die Umlagen werden erhöht werden und der Bankerott ist unvermeidlich. Nun, da hat er sich auf ein sehr gewagtes Gebiet begeben. Er hat nämlich gleich daran die Bemerkung geknüpft, er und seine Parteigenossen werden, da es sich um die Approvisionierung der Vororte mit Wasser handelt, selbstverständlich für das Anlehen stimmen, aber nur unter Bedingungen, vor allem anderen, dass man nicht mit den Banken und Finanzmännern in Verhandlungen trete, sondern den Weg der öffentlichen Subscription wähle. Nun, meine Herren, schauen Sie sich diese Logik an; schlechte Wirtschaft, die Steuereingänge werden nur durch Druck der Execution hereingebracht, Schulden auf Schulden; und da will er noch recht kleine Appoints, um dieses Anlehen von einem Pappenstiele per 35 Millionen Kronen dem kleinen Mann anzuhängen!

Wie ist es mit der Liebe zum kleinen Manne vereinbarlich, dass er Obligationen einer Stadt, die in solchen finanziellen Schwulitäten steckt, dem kleinen Manne anhängen will? (Heiterkeit und Beifall rechs.) Sehen Sie, das geht nicht; entweder — oder! Ist es wahr, dass die finanziellen und ökonomischen Verhältnisse unserer Stadt wirklich so schlecht sind, so muss der Herr Vorredner froh sein, dass seine alten Freunde, die jetzt von ihm so sehr gehassten Juden, das Anlehen bekommen, um dabei recht große Verluste zu erleiden (Heiterkeit), oder es ist richtig, und ich bin ja auch der Meinung, man solle dafür sorgen, dass das Volk von Wien und auch der kleine Mann sich bei dieser Anleihe betheilige und die Obligationen der Commune Wien in die Hände bekommt, dann hält er dasjenige nicht für wahr, was er in Bezug auf die finanziellen Verhältnisse gesagt hat. Die Auswahl muss ich ihm überlassen. (Widerspruch links.) Es ist aber so. (Unterbrechung links.)

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, nicht zu unterbrechen. Ich werde das nicht zugeben. Ich muss für den ruhigen Verlauf der Debatte sorgen. Unterstützen Sie mich in dieser Pflicht, ich erwarte das von Ihnen. (Rufe von der Galerie.)

Ich bitte, auf der Galerie sich ruhig zu verhalten und den Mann, der jetzt gesprochen hat, bitte ich abzuführen. Die Galerie hat sich in gar keiner Weise einzumischen, ich werde das nicht dulden.

Ich bitte fortzufahren.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (fortfahrend): Sehen Sie, es ergibt sich da eine Reflexion. Wir haben ja immer gehört, dass der Herr Vorredner es mit den Interessen der Stadt so ernst nimmt, und dass ihm diese Interessen so heilig sind. Dann sage ich, musste er sich doch fragen: Darf ich in einem Momente, wo Wien ein so großes Anlehen auflegt und auflegen muss, darf ich in einem solchen Momente die finanziellen und ökonomischen Verhältnisse der Stadt so darstellen, wie ich es gethan habe. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Meine Herren, man darf nicht so protzig

sein und darauf pochen, dass unsere allgemeinen Creditverhältnisse so günstig sind.

Es kann sich ja dies im Nu durch Unglücksfälle, durch eine schlechte Ernte ändern, und es kann vielleicht ein so leicht hingesprochenes Wort verhängnisvoll werden. Aber, meine Herren, trotz dieser fürchterlichen Kritik, trotz dieser harten Worte, kann ich Ihnen das eine sagen: Die Stadt Wien hat durch diese ganze Debatte, die wir da geführt haben und durch diese herbe Kritik an Credit auch nicht einen Kreuzer verloren. (Sehr richtig! rechts.) Wissen Sie, was sich daraus ergibt? Die gerechte Würdigung des Wortes und der Autorität der Opposition im Kreise des Publicums. Das Publicum gibt nichts mehr auf derlei Erörterungen, auf derlei Debatten. Nichts ist aber böser für eine Partei, als wenn sie es dahin gebracht hat, dass ihre Kritik, ihre Auffassung und dasjenige, was sie in einer so bedeutungsvollen Frage sagt, im Publicum gar keine Bedeutung hat, sondern spurlos vorübergeht. Das, glaube ich, sollte sich die Partei vor Augen halten.

Ich möchte nur noch zum Schlusse auf dasjenige zurückkommen, was der Herr Vorredner über die Refundierung gesagt hat. Sehen Sie, auch das entspringt nicht einer ernsten, loyalen Opposition, sondern das ist eine Chicane. Der Herr Vorredner will mit dieser Anregung, das Anlehen um den zu refundierenden Betrag kleiner zu machen und die Refundierung einfach zu verweigern, die Executive in Verlegenheit bringen. Am 8. April 1892 hat der Gemeinderath den Beschluss gefasst: „Die für die Erweiterung der Hochquellenleitung bisher aufgelaufenen und die in diesem Budget sowie in den folgenden aus den currenten Einnahmen bedeckten Auslagen sind aus dem nächsten Anlehen zu refundieren." Die Executive musste mit diesem Gemeinderaths-Beschlusse rechnen, und sie konnte auch nur die Verantwortung übernehmen, die Arbeiten für die Wasserleitung auszuführen in der Voraussicht, dass sie die Bedeckung durch den Gemeinderaths-Beschluss hat.

Es geht nicht an, dass der Gemeinderath der Executive heute wieder diese Bedeckung wegnimmt und infolge dessen Auslagen, welche die Executive gemacht hat, in der Höhe von 3,200.000 fl. einfach unbedeckt in der Luft schweben lässt. Meine Herren! Ist denn das eine Opposition, ist denn das ein Standpunkt, dass man Auslagen, die auf Basis eines Gemeinderaths-Beschlusses gemacht worden sind, jetzt zu unbedeckten macht, dass man einfach die Cassen ausräumt und sagt: Ihr könnt in Zukunft mit leeren Cassen wirtschaften!?

Meine Herren! Einen Rath werde ich der Opposition zum Schlusse geben — sie wird ihn nicht annehmen, aber das ist ihre Sache. Ich glaube, die Opposition sollte diese Methode des Kampfes aufgeben. Dass sie dabei nichts profitiert, zeigen die Verhältnisse, und da muss ich dem Collegen aus dem XVII. Bezirke zurufen, dass die letzten Wahlen in der Richtung nichts beweisen. Meine Herren! Sie sind trotz der so vielen, Ihnen so außerordentlich günstigen Umstände nicht in Lage gewesen, es in diesen leidenschaftlichen Kämpfen auf mehr als 46 Stimmen in dieser Versammlung zu bringen. (Gem.-Rath Pursch t: Wir sind zufrieden!) Das ist schön von Ihnen. (Heiterkeit.) Es ist Ihnen niemals schlechter gegangen als jetzt; zu einer Zeit, wo die Vororte mit Wien noch nicht vereinigt waren, wo die Opposition in dem alten Wien einen schwierigeren Standpunkt gehabt hat, hat sie so viel Stimmen gehabt. Nun hat sie ein Terrain für sich, das vorläufig durch die Reibungen, die mit jeder großen, neuen Action leider immer und unvermeidlich verbunden sind, ein Gebiet, das ihr ja außerordentlich zugänglich und für ihre Lehren bis jetzt ungemein empfänglich war; und trotz dieser kolossalen Chancen, trotz dieses kolossalen Gebietes haben Sie es doch nur auf ein Drittel gebracht. (Rufe links: Wählerlistenverschiebung!) Vielleicht gibt Ihnen denn das doch zu bedenken, dass eine ruhige, sachliche, objective Behandlung der Gemeindeangelegenheiten, eine gemeinsame Berathung mit uns im Interesse der Gemeinde besser wäre und vielleicht auch Ihre Parteiinteressen besser fördern würde, als das Verhalten jetzt, das begreiflicherweise dahin führen muss, dass unsere Partei geradezu auf den Kriegsstandpunkt gestellt, sich Ihren Anträgen gegenüber so verhält, wie jene Gesellschaft im Theater, welche gefasst ist, dass sie von demjenigen, was ihr serviert ist, nichts genießen kann und nichts genießen darf, weil sie diese Kost nicht vertragen würde.

Meine Herren! Ich schließe mit der einen Bemerkung, dass die Majorität dasjenige, was sie nach reiflicher Überlegung angefangen und ins Werk gesetzt hat, mit Energie und fester Entschlossenheit fortsetzen muss und fortsetzen wird, und ich bin überzeugt, dass auf diesem Wege die Majorität sich den Dank der Mitbürger und die Anerkennung der Geschichte sichern wird. (Beifall und Händeklatschen rechts.)

Referent (zum Schlusswort): Meine Herren! Wir haben jetzt eine General-Debatte über das beabsichtigte Anlehen zur Wasserversorgung abgehalten, und ich glaube, es ist fast nothwendig, daran zu erinnern, dass wir das gethan haben, denn aus der Debatte selbst heraus hätte ein unbefangener Zuhörer gar nicht schließen können, um was es sich gehandelt hat. Die geehrte Opposition hat sich dieser Angelegenheit gegenüber in einer gewissen Verlegenheit befunden; gegen das Meritum der Sache konnte sie nicht ankämpfen, weil das ihr von ihren eigenen Mitgliedern verhoben worden wäre. Sie hat sich daher auf eine allgemeine Verunglimpfung der Gemeindeverwaltung geworfen. Da glaube ich, dass die geehrte Opposition manchmal Gott danken muss, dass sie nicht in der Majorität, dass sie überstimmt ist, denn, wenn man ihren Wünschen sehr oft nachgegeben hätte, würde sie selbst es am meisten bedauern. Es hat der geehrte Generalredner pro bereits dasjenige zum größten Theile widerlegt, was von der Opposition eingebracht wurde, und ich habe verhältnismäßig wenig hinzuzufügen. Es ist ein allgemeiner Satz, dass man sich an das Gute sehr schnell gewöhnt und das Schlechte sehr rasch vergisst, und wenn die Herren aus den Vororten an eine verhältnismäßig kurze Zeit zurückdenken, wie die Verhältnisse früher waren, wird es ihnen fast unglaublich vorkommen.

Nun sind wir jetzt bei der ersten wichtigen, einschneidenden Angelegenheit angelangt, welche die Verhältnisse in den Vororten entschieden bessern soll, und wir sehen hier gerade von denjenigen, die sich als Freunde der unterdrückten Vorortler aufspielen, Schwierigkeiten machen. Was ist es denn anderes, wenn von Seite der geehrten Opponenten wiederholt der Versuch gemacht wurde, die Sache zu verzögern, sie von der Tagesordnung abzusetzen, ihr Schwierigkeiten zu bereiten? Dem Wesen der Sache wollte er nicht opponieren, er hat es also mit verhältnismäßig kleinlichen Mitteln versucht.

Es sind hauptsächlich zwei Punkte, die in der General-Debatte gegen das Anlehen ins Feld geführt wurden. Der eine ist die Höhe des Betrages mit Rücksicht auf die Refundierung, der zweite die Art der Begebung. Was nun die Refundierung, beziehungsweise die Berechtigung des Anspruches der Gemeinde auf Refun-

dierung der Gelder betrifft, so verweise ich auf folgenden Umstand, der vielleicht nicht allen Herren bekannt ist. Die Wienregulierung wird jetzt von Seite der Verkehrs-Commission durchgeführt; die Gemeinde Wien hat aber aus eigenen Geldern im Laufe der Jahre für diesen Zweck ziemlich bedeutende Vorauslagen gemacht, welche ähnlich zu beurtheilen sind wie die Auslagen, welche die Gemeinde Wien für die Wasserleitung in Anhoffung eines künftigen Anlehens gemacht hat; die Verkehrs-Commission hat nicht den geringsten Anstand genommen, diese Auslagen im Betrage von 90.000 fl. der Gemeinde Wien zu refundieren und hat sie richtig in barem Gelde an unserer Casse eingezahlt. Wenn das von anderen Fonden und Behörden geschieht, um wie viel mehr sind wir selbst berechtigt, das zu thun, was übrigens auch von Seite des Gemeinderathes durch einen Beschluss bereits erfolgt ist. Bezüglich der schlimmen Prophezeiungen, der Kassandra-Rufe, welche von dieser Seite (links) wiederholt laut wurden, hat schon der Herr Vice-Bürgermeister erklärt, dass dies glücklicherweise in der Bevölkerung keine Wirkung mache, und ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Herr Vertreter der Herren der Opposition, der Ihnen allen bekannte Herr Dr. Mandl, als ich das erstemal die Ehre hatte, über das Budget hier zu sprechen — vor sieben oder acht Jahren — gesagt hat, „ein bis zwei Jahre gebe ich der Gemeinde noch, dann aber kommt sie in Concurs und ist verloren". Nun sind viele Jahre vergangen; es sind über zehn Millionen Gulden Schulden zurückgezahlt, große Investitionen gemacht worden, und die Herren sehen, dass die Gemeinde noch immer lebt. Endlich will ich mich auch dem Wunsche, den der Herr Vice-Bürgermeister ausgesprochen hat, dass nämlich die Opposition womöglich ihre Taktik ändern möge, anschließen.

Ich glaube, dass es der Popularität der Herren von der Opposition gar nicht schaden würde, wenn sie sich lediglich auf sachliche Behandlung der Angelegenheiten beschränken würden. Man wünscht im großen Publicum dringend, dass aus der Rathsstube einmal etwas anderes zu hören sei als das ewige wüste Parteigezänke, und ich glaube und hoffe, dass in Zukunft die Opposition sich von der Richtigkeit dessen überzeugen wird, dass es besser sei, meritorisch und richtig zu debattieren, als lediglich in Beschimpfungen sich einzulassen. Ich glaube also, dass wir in Zukunft etwas ruhigeren Verhandlungen entgegengehen. Ich habe in der General-Debatte nichts mehr zu bemerken und bitte Sie, in die Special-Debatte einzugehen.

(Während vorstehender Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Steiner (zur thatsächlichen Berichtigung): Meine Herren! In den sehr matten Ausführungen des geehrten Herrn Redners der Majorität (Widerspruch rechts) finden sich einige Unrichtigkeiten, die ich mir sofort zu berichtigen erlauben werde. Der Herr Redner hat erklärt, dass die Vereinigung der Vororte mit Wien mit den Wünschen der Vorortebevölkerung durchgeführt worden sei. Dem gegenüber berichtige ich thatsächlich, dass die Vororte-Bürgermeister, welche ihre Zustimmung hiezu gegeben, kein Mandat von der Bevölkerung hiezu hatten (Rufe links: Sehr richtig!), sondern eigenmächtig vorgegangen sind.

Weiters hat der Herr Vorredner behauptet, dass eine höhere Belastung durch die Verzehrungssteuer nicht eingetreten sei. Dem gegenüber berichtige ich thatsächlich, dass die Verzehrungssteuer beim Wein allein von fünf und zehn Percent auf dreißig Percent erhöht wurde, vom Bierkreuzer abgesehen. Weiters berichtige ich den Herrn Vorredner, welcher erklärte, dass durch die Einverleibung für die Vorortebevölkerung Vortheile eingetreten seien, dass dies nicht richtig ist. Der einzige Vortheil an der Peripherie besteht darin, von den magistratischen Organen chicaniert zu werden und in Pfändungen und Executionen! (Rufe links: Hört! Unruhe und Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, Herr Redner, einen Moment. Ich kann nicht gestatten, dass Sie behördliche Organe in dieser Weise angreifen. Wenn Sie Grund haben, sich über ein Bezirksamt oder einen Beamten zu beschweren, so thun Sie es, aber es geht nicht an, hier in dieser Weise von Behörden zu sprechen. Ich bitte Sie also, sich zu mäßigen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Weiters hat der Herr Vorredner behauptet, dass die Steuern nicht erhöht wurden. Dem gegenüber bemerke ich, was auch im Landtage gelegentlich der Änderung des Statuts gesagt worden ist, dass eine Erhöhung der Hauszinssteuer und sonstige Steuererhöhungen vorgekommen sind, dass Leute belastet wurden, welche früher keine Steuer gezahlt haben, unter anderem eine arme Wäscherin, die sich ihr Brot schwer verdient, und der ich selbst vorige Woche das Gesuch gemacht habe, weil sie früher keine Steuer gezahlt hat. Früher haben die Bäcker für Mehl und Gries keine Steuer gezahlt, jetzt ist das alles besteuert. Weiters bemerke ich, dass bei den Bau-Commissionen eine bedeutende Erhöhung eingetreten ist, dass man früher Gitter aufstellen konnte, ohne etwas zu zahlen, während jetzt per laufenden Meter so und so viel bezahlt werden muss. Das alles war früher nicht!

Jetzt habe ich noch eine thatsächliche Berichtigung gegen Herrn Gem.-Rath Witzelsberger vorzubringen, welcher erklärte, dass wahrscheinlich nur einige Feldwege nicht beschottert sind. Ich weiß nicht, ob der Gem.-Rath Witzelsberger in der Lage ist, zwischen den Communicationen 1., 2. und 3. Classe zu unterscheiden; ich berichtige aber thatsächlich, dass die Communicationen 1. Classe seit der Vereinigung der Vororte mit Wien keinen Schotter haben, und ich bin bereit, dies dem Präsidium, wie ich es auch schon gethan habe, zur Kenntnis zu bringen. Ich bemerke weiter, dass auf einer Straße von Döbling bis an die Grenze des Bezirksstraßen-Ausschusses Hernals früher vom Bezirksstraßen-Ausschusse jährlich 400 Fuhren Schotter präliminiert waren, dass aber nur 300 geliefert wurden; im Vorjahre haben wir auf ganz derselben Straße 80 Fuhren erhalten. Ich bemerke weiters, dass auf einer Straße in Sievering, wo früher 40 Fuhren präliminiert waren, im Vorjahre nur 20 Fuhren geliefert wurden. (Rufe links: Hört!) Ich berichtige den Herrn Gem.-Rath Witzelsberger ferner, dass die Straßen in dem elendsten Zustande einer Bauerngemeinde sind (Rufe links: Hört!), und wenn der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl bemerkt, dass die Bevölkerung einsieht, dass sie durch die Einverleibung gut weggekommen ist, dann erkläre ich Ihnen, meine Herren, dass die Bevölkerung in den Vororten sich das Urtheil gebildet hat, dass die liberale Partei mit der Einverleibung der Vororte nichts anderes getrieben hat als eine erbärmliche Bauernfängerei. (Widerspruch rechts, Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss den Herrn Redner für diesen letzten Ausdruck zur Ordnung rufen; wir sind von ihm verschiedene starke Ausdrücke gewöhnt, die sich immer gegen ganz unbestimmte Personen richten. Ich ersuche ihn, in der Zukunft das zu unterlassen.

Gem.-Rath Trambauer (zur Berichtigung): Meine Herren! Ich werde sehr kurz sein. Ich muss auch eine Berichtigung vorbringen. Es hat einem Herrn der geehrten Majorität beliebt, zu constatieren, dass die Vermögensverhältnisse in Österreich blühende sind und er hat nachgewiesen, dass ein Cassaüberschuss von 20 Millionen sich in der Cassa Sr. Excellenz des Herrn Finanzministers befindet; ich für meine Person habe gelesen „22 Millionen"; wenn der Szeps die Unwahrheit gesagt hat, so bin ich dafür nicht verantwortlich, aber ich bemerke folgendes bezüglich dieses 20 Millionen-Überschusses. Die Executionen haben sich rapid vermehrt und zwar sind in dem Staatspräliminare pro 1893 die Executionsgebüren mit 700.000 fl. eingestellt (Rufe links: Hört!) und die Verzugszinsen mit 300.000 fl. . . . . (Unruhe. Rufe: Berichtigen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Herr Redner wird sich gewiss Mühe geben, endlich zu der Berichtigung zu kommen.

Gem.-Rath Trambauer (fortfahrend): Ich berichtige ohnedies, Herr Vice-Bürgermeister. Die Verzugszinsen sind präliminiert mit 300.000 fl. Wenn Sie, meine Herren, bedenken, dass nur arme Leute exequiert werden und die Reichen ohnedies ihre Steuern zahlen, so treffen diese 700.000 fl. nur die mindere Kategorie von Steuerträgern. Wenn Sie bei diesen 300.000 fl. Verzugszinsen weiter bedenken, dass die Verzugszinsen bei 50 fl. beginnen, mithin die Armen abermals belastet werden, so geht daraus hervor, dass die Verarmung rapid zugenommen hat. (Rufe rechts: Gerade umgekehrt!) Wenn Sie weiters bedenken, dass die Executionen seitens des Magistrates im Jahre 1881 nur 94.000 fl. betragen haben und im Jahre 1890 102.000 fl. und so und so viel hunderte, so geht daraus klar hervor, dass die Verarmung zugenommen hat. Ein zweiter Herr von der geehrten Majorität hat stramm und fest behauptet, die städtischen Umlagen seien nicht erhöht worden, und ich constatiere, dass die Zuschläge bei der Erwerb- und Einkommensteuer von 30 Percent auf 42 Percent erhöht worden sind. (Hört! links.) Früher haben wir 30 Percent vom Ordinarium bezahlt, heute bezahlen wir 21 Percent vom Ordinarium und 21 Percent vom Extra-Ordinarium, mithin um 12 Percent mehr. Die Schlachtgebüren sind, wie der Herr Vice-Bürgermeister selbst constatiert hat, auf einen Gulden erhöht worden und zwar bei den Pferden, früher hat man 70 kr. bezahlt, heute bezahlt man einen Gulden.

Was die Verzehrungssteuern anbelangt, so waren früher 20 bis 24 Percent städtische Zuschläge. Heute sind es 30 Percent, bei den Vororten sind sie also bedeutend mehr geworden. Diese haben Umlagen von 5 bis 6 Percent gezahlt, heute zahlen sie mit uns 30 Percent. Ein Herr von der geehrten Majorität hat gesagt, nach seiner Anschauung sei die Mehrbelastung nicht fühlbar. Ich constatiere, dass der betreffende Herr ein ganz gutes Geschäft gemacht hat durch die Einverleibung der Vororte mit Wien und durch die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie. Die Einverleibung der Vororte mit Wien und die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie hat ihm eine gute Einnahmsquelle gebracht, denn er erspart dort für seine Production die Verzehrungssteuer und die Gemeindezuschläge.

Was der Generalredner pro ausgeführt hat, dass es der Bevölkerung gut geht und (Unruhe rechts) ich bitte, es ist Thatsache (Rufe rechts: Aber keine Berichtigung!), so verweise ich ihn darauf, dass er einmal im X. Bezirke draußen war, bei den drei Rosen, glaube ich, und selbst constatiert hat, dass es im X. Bezirke durch die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie wirklich schlechter geworden sei, aber es werde dann schon besser werden, wenn die Verkehrsanlagen in Betrieb kommen, dann vielleicht sei es möglich, dass es besser wird. Ich bin mit meinen Berichtigungen vorderhand zu Ende. (Zustimmung.)

Gem.-Rath Gregorig (zur Berichtigung): Ich berichtige die Aeußerung des Herrn Generalredners pro, welche dahin geht, dass die Vororte durch die Vereinigung mit Wien weniger Zinskreuzer bezahlen, dahin, dass das nicht richtig ist, sondern dass der Mindereingang an Zinskreuzern sich dadurch ergibt, dass über 2000 Geschäftslocale in den Vororten leerstehen und der Zins dadurch bedeutend gesunken ist. Die Behauptung, die er früher gemacht hat, ist also nicht richtig.

Gem.-Rath Gräf (zur Berichtigung): Ich berichtige gegenüber dem Herrn Generalredner pro, dass die Vororte-Gemeinden und speciell manche Bezirke gewiss nicht vom Gefühl der Dankbarkeit beseelt sind und ich constatiere, dass beispielsweise der XVI. Bezirk, die Gemeinde Ottakring und Neulerchenfeld zusammen an Umlagen auf Verzehrungssteuer 6500 fl. bezahlt haben, während sie heute einen Betrag von 380.000 fl. aufzubringen haben. (Rufe links: Hört!) Und wenn der Herr Generalredner pro die Güte hat, den Bleistift zur Hand zu nehmen, so wird er zugeben müssen, dass die Commune Wien uns gewiss nicht mehr bieten wird als wir unter den gleichen Verhältnissen uns selbst zu bieten Gelegenheit gehabt hätten.

Diesbezüglich verweise ich nur auf die seit zwei Jahren in Schwebe befindliche Fertigstellung der Schule in unserem Bezirke. Alles übrige werden die Herren nach mir besorgen.

Gem.-Rath Grünbeck (zur Berichtigung): Ich berichtige gegenüber dem Herrn St.-R. Witzelsberger, dass das nicht wahr ist, was er gesagt hat, dass nämlich die Vororte in einer glücklichen Lage und froh sind, dass sie einbezogen wurden. Ich frage die Herren, die seinerzeit in der Gemeinde in Ottakring beisammengesessen sind, ob sie heute anderen Sinnes geworden sind. Damals wurde ausgesprochen, dass man mit allen gesetzlichen Mitteln gegen diese Art der Einbeziehung der Vororte sein müsse. (Rufe links: Hört! hört!) Früher haben die Vororte 275.000 fl. bezahlt und heute müssen sie $3^1/_2$ bis 4 Millionen bezahlen.

Ich berichtige ferner, dass hunderte und hunderte von Existenzen längs der Linie und in den Hauptstraßen total zugrunde gegangen sind. (Sehr richtig! links.) Ich berichtige weiters, dass ganze Häuser leer geworden, deshalb, weil draußen die Wasserleitung nicht ist, und darin liegt der Grund, dass weniger Zinskreuzer eingegangen sind. Ich berichtige ferner, dass die Bevölkerung, wenn in irgend einer Straße etwas mehr Schotter ist, davon nicht leben kann.

Ich berichtige ferner den Herrn St.-R. Witzelsberger — ich muss sagen, ich bedauere es, dass er als Vorortevertreter es hier gesagt — dass es nicht richtig ist, dass wir froh sein können. Gehen Sie hinaus und befragen Sie hierüber die Bevölkerung. Auch Herr Dr. Grübl war draußen in unserem Bezirke. Der gesunde Sinn der Bevölkerung hat schon gezeigt, dass sie sich ein zweitesmal nicht von Ihnen zum Besten halten lassen wird.

Gem.-Rath Witzelsberger (zur Berichtigung): Ich bedauere, dass ich zur Berichtigung gezwungen worden bin. Alles, was der Herr Vorredner über meine Person berichtigt hat, erkläre ich für vollständig unwahr (Rufe links: Oho!) — als vollständig unwahr. Ich berichtige den Herrn Vertreter des XVII. Bezirkes, dass das, was er erwähnt hat, dass die Vororte Stellung genommen haben gegen

die Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon, gehalten wurde bis zum letzten Augenblick; bis zum letzten Augenblick haben sich die Vororte gegen die Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon gewehrt, und nicht eine Person (Rufe rechts: Jawohl!) ist diesem Principe untreu geworden. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Er weiß dies am allerbesten, da er ja selbst von einer Versammlung im letzten Augenblicke als Delegierter zum Kaiser nach Pest bestimmt wurde. Nicht einer der Vorortevertreter, und daher auch ich nicht, ist seinem Principe untreu geworden, sondern die Vororte haben eben den Proceß, den sie begonnen hatten, einfach verloren; man ist über die Köpfe der Vororte hinweggegangen und hat die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie einfach decretiert.

Weiters berichtige ich den Herrn, der ganz richtig bemerkt hat, daß eine Masse von Gewölben an der ehemaligen Linie entwertet wurden (Rufe links: Leer stehen!); daß dieses Lehrstehen mit der Einverleibung der Vororte nach Wien gar nichts zu thun hat. (Gelächter und Widerspruch links.)

Ich berichtige . . . . . (Anhaltender Widerspruch links und Unruhe. Vice-Bürgermeister Dr. Richter gibt wiederholt das Glockenzeichen. Gem.-Rath Wünsch ruft: Lassen Sie sich nicht aus dem Contexte bringen! Anhaltende Unruhe im ganzen Hause.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, fortzufahren.

Gem.-Rath Witzelsberger (fortfahrend): Ich bitte, bis ich sprechen kann. (Nach einer Pause:)

Ich berichtige den Herrn Collegen Grünbeck weiters, daß, wenn wir auch nicht zu Wien einverleibt worden wären, die Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon aber vollzogen worden wäre, weil sie ja schon vollzogen war, die Leerstehung und Entwertung der Localitäten und Gewölbe an den Linien gerade so stattgefunden hätte. (Rufe rechts: Ganz richtig!)

Ich constatiere weiters, daß das der alte „Pflanz" ist, mit dem man die Wähler in den Vororten ködert. (Beifall rechts.) Man verwechselt die Einbeziehung in den Verzehrungssteuerrayon mit der Einverleibung nach Wien. Das ist dasjenige, womit die Herren die Bevölkerung, ihre Wähler, denen es ohnedies schlecht genug geht und deren Nothlage sie benützen, extra noch irreführen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Grünbeck (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige, und zwar kann sich jeder einzelne Herr bei der Elterleinrealität allein davon überzeugen und nachfragen, daß die Leerstehung der Gewölbe und Wohnungen erst seit der Einbeziehung stattfindet. (Lebhafter Widerspruch rechts. Rufe rechts: Verzehrungssteuer!) Ich berichtige ferner — was ich schon früher einmal gesagt habe —, daß es eine reine fiskalische Maßregel von Gemeinde und Staat war. (Beifall links. — Widerspruch rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Special-Debatte.

Referent Gem.-Rath Boschan: Punkt 1 der Anträge lautet, wie folgt (liest):

„Zur Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung, welche laut beiliegender Zusammenstellung 17·6 Millionen Gulden betragen werden, beschließt der Gemeinderath die Aufnahme einer Anleihe von 17·5 Millionen Gulden = 35 Millionen Kronen der mit dem Gesetze vom 2. August 1892 (R.-G.-Bl. Nr. 126) festgestellten Währung."

Ich bitte die Herren um Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Sehr geehrte Herren! Wenn auch der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß die Anträge, welche ich hier stellen werde, mit jenen ungenießbaren Speisen zu vergleichen sind, welche auf dem Theater serviert werden, so kann ich es ihm doch nicht ersparen, die Qualität der von mir gebrachten Anträge etwas näher zu prüfen; nicht bloß er wird die Angelegenheit zu prüfen haben, sondern es wird auch die Bevölkerung darüber urtheilen, ob das, was wir beantragen, ungenießbar ist, beziehungsweise ob es im Interesse der Bevölkerung liegt oder nicht.

Der Herr Referent beantragt, daß ein Anlehen aufgenommen werden soll in der Höhe von 35 Millionen Kronen. Er gelangt zu dieser Summe auf dem Wege eines sogenannten Kostenerforderinisses für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung. In diesem Kostenerfordernisse befindet sich, wie bereits erwähnt, „Post I. Bisherige Auslagen 1887 bis 1891 1,809.709 fl., pro 1892 präliminiert 1,290.230 fl., zusammen 3,099.939 fl. oder rund 3,100.000 fl."

Ich bin nun der Meinung, daß die Aufnahme dieses Betrages nicht nothwendig ist. Es hat zwar der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl der Anschauung Ausdruck gegeben, daß ich dadurch die Executive in Verlegenheit bringen will. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Denn nach dem, was uns der Herr Referent sagt, brauchen wir diese 3,100.000 fl. nicht; diese 3,100.000 fl. werden ganz unnöthig aufgenommen.

Meine Herren! Der Herr Referent sagt auf Seite 7 Folgendes (liest):

„Es ist jedoch anzunehmen, daß nach dem nunmehr vollzogenen Übergange die sprunghafte Steigerung der Auslagen, namentlich der persönlichen Bezüge, welche durch Einverleibung der neuen Gebietstheile verursacht wurde, ein Ende nimmt, während zu hoffen steht, daß die aufsteigende Bewegung bezüglich der Einnahmen noch weiter anhalten wird, und daß sowohl die Auslage für die Verzinsung der zur Erweiterung der Wasserleitung, sowie für die Verkehrsanlagen nöthigen Capitalien sich durch die natürliche Steigerung der Einnahmen bei gleichbleibenden Steuersätzen wird hereinbringen lassen, ohne daß es nöthig sein wird, zu irgend einer Erhöhung der Steuersätze schreiten zu müssen."

Nun, meine Herren, wenn das richtig ist, was der Herr Referent sagt, dann muß man doch mit den jetzigen Einnahmen umsomehr das Auslangen finden für die gewöhnlichen Auslagen. Wozu brauchen wir also diese 3,100.000 fl.? wozu? Es gibt nur ein paar Fälle hiefür. Entweder will man die nämliche Wirtschaft einführen, die bereits einmal in der Stadt Wien geherrscht hat, nämlich jene, daß Unsummen bei einzelnen Banken gegen niedrige Verzinsung hinterlegt werden. Der Herr Referent weiß es sehr gut, daß eine zeitlang Millionen in der Escomptebank gelegen sind, für welche wir nur 2 Percent bekommen haben. Nun, was sollen wir denn jetzt machen, wenn wir drei Millionen bekommen? Wir müssen sie wahrscheinlich wieder in die Escomptebank legen, denn den Muth hat er ja nicht, Papiere zu kaufen, welche eventuell einem Coursverluste unterliegen. (Ruf rechts: O nein!) Es ist gut, wenn die Herren zugestehen, daß kein Coursverlust möglich ist, wir werden aus diesem Zugeständnis später die Folgerungen ziehen. Ich frage also wozu? Ich bin der Meinung und sage es offen, diese 3,100.000 fl. dienen zu nichts anderem, als daß das Lieblingsproject des Bürgermeisters Dr. Prix zu verwirklichen begonnen werde; diese 3,100.000 fl. dienen für den Beginn des Baues der Donau-Nutzwasserleitung. Diese Besorgnis habe ich, einen anderen Grund kann die Aufnahme dieses Betrages nicht haben.

Freilich, wenn das nicht wahr ist, was der Herr Referent sagt, nun dann ist es möglich — dann bitte ich aber die Wahrheit zu sagen; überhaupt bitte ich, nicht bloß uns — obwohl wir ein Recht darauf haben — sondern der Bevölkerung zu sagen, wozu Sie die 3,100.000 fl. brauchen, wenn Sie sogar die Zinsen und Amortisationsquoten für das Anlehen aus den laufenden Einnahmen decken können. Wozu brauchen Sie dann die 3,100.000 fl.? Ich bitte um eine offene und directe Antwort.

Sie erlauben mir vielleicht, dass ich auch nur einen Punkt widerlege, den die geehrten Herren Vorredner früher vorgebracht haben. Herr St.-R. Witzelsberger und Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl haben erwähnt, und auch der Herr Referent, dass wir uns gegenüber der jetzigen Vorlage in einer gewissen Verlegenheit befinden. Herr St.-R. Witzelsberger hat gemeint, dass wir in den Wählerversammlungen gegen die Aufnahme von Anlehen gedonnert haben. Meine Herren! Das ist alles nicht wahr. Wir befinden uns gegenüber dieser Vorlage nicht in der geringsten Verlegenheit, sondern haben in unser Programm aufgenommen die Aufnahme eines Anlehens für die Erweiterung der Hochquellenleitung (Zustimmung links), jedoch ausschließlich für die Erweiterung der Hochquellenleitung mit dem Beisatze, dass irgend welche Refundierungen vermieden werden sollen, weil wir in den Refundierungen einen Vorgang erblicken, der nicht gerechtfertigt werden kann. Ob der Gemeinderath am 2. April 1892 etwas beschlossen hat, ist vollständig gleichgiltig; es dreht sich darum, was wir heute beschließen. Im Jahre 1892 hat er übrigens nicht beschlossen, dass die Ausgaben aus den Jahren 1887 und 1888 refundiert werden sollen. Das thun Sie dazu. Wenn Sie aber etwas dazuthun, so können wir wieder etwas wegnehmen. Ich erkläre Ihnen, wenn Sie die 3,100.000 fl. aufnehmen, repräsentieren dieselben eine Belastung der Bevölkerung, die gar nicht gerechtfertigt werden kann, es wäre denn, dass, wie gesagt, das nicht richtig ist, was der Herr Referent sagt. Möge er uns also reinen Wein einschenken, damit wir für künftige Fälle schwarz auf weiß haben, wozu diese 3,100.000 fl. verwendet werden. Insolange ich aber das nicht weiß, erlaube ich mir folgenden Antrag ad I zu stellen: Statt 17·6 Millionen Gulden sei zu setzen 14·5 Millionen Gulden und statt 35 Millionen Kronen sei zu setzen 29 Millionen Kronen.

Ich empfehle Ihnen die Annahme dieses Antrages und ich stelle, damit man weiß, wer dafür und wer dagegen ist, den Antrag auf namentliche Abstimmung. Ich weiß zwar, meine sehr geehrten Herren, dass ein Theil von Ihnen jetzt abcommandiert worden ist, weil Sie die 70 nicht beisammen haben. Wir waren 92 hier, und ich constatiere es in öffentlicher Sitzung, dass Sie muthwilligerweise die Abstimmung in der heutigen Sitzung vereitelt haben. Sie haben Ihre Leute wegcommandiert, damit es nicht dazukommt. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Das muss gesagt werden. (Beifall links.)

Uns gegenüber kommen Sie immer mit solchen Anklagen. Glauben Sie vielleicht, ich bin blind und sehe nicht, was bei Ihnen vorgeht? Glauben Sie vielleicht, ich gebe nicht acht? Glauben Sie, ich habe nicht gezählt, wie viele da sind? Weil Sie fürchten, heute zu unterliegen, darum haben Sie wegcommandiert, damit keine zweiundneunzig hier sind. Aber es wird auch das verwertet werden, verlassen Sie sich darauf, es ist vielleicht das auch für die Wähler ungenießbar!

Ich empfehle die Annahme meines Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe dem Herrn Redner nur zu bemerken, dass seine Vermuthung — ich nehme an, dass er nur von einer Vermuthung gesprochen hat — ganz und gar unrichtig ist und dass 93 Herren anwesend sind, sowie dass der Herr Bürgermeister einer Einladung, herüber zu kommen, gewärtig ist.

Referent: Der geehrte Herr Vorredner hat geglaubt, mich aus meiner eigenen Schrift gewissermaßen widerlegen zu können; aber er hätte nicht bloß das, was auf Seite 7 steht, lesen sollen, sondern auch das, was auf Seite 6 in demselben Referate steht, hätte er gütigst zur Verlesung bringen sollen.

Nachdem er es nicht gethan hat, muss ich es thun (liest):

„Wie die Rechnungsabschlüsse der letztvergangenen Jahre, sowie der Voranschlag für 1893 darthun, ist der currente Theil unseres städtischen Haushaltes im vollständigen Gleichgewichte, nur die Auslagen für Schaffung von bleibenden Werten, also für Schulbauten, Wasserleitungen, Markthallen 2c. haben im currenten Budget keinen Platz, und werden theils aus den Cassabeständen oder durch Verkauf von Gemeinde-Eigenthum, endlich aus Anlehen bestritten."

Das habe ich ausdrücklich hier gesagt, und wenn er also fragt, wozu wir die 3,100.000 fl. brauchen, so hat er die Antwort schon hier.

Wir brauchen sie für Investitionen, welche im currenten Budget keinen Platz haben. Wir haben im heurigen Jahre anderthalb Millionen Gulden für Schulbauten eingestellt und das sind größtentheils nur erste oder zweite Bauraten. Im nächsten Jahre wird eine beiläufig ebenso große Summe kommen. Ebenso sind für die Marktgebäude, Überwölbung des Krottenbaches u. s. f. hohe Beträge eingestellt, welche aus den currenten Einnahmen weder gezahlt werden können, noch auch bezahlt zu werden brauchen. Wenn die Herren die 1,300.000 fl. streichen, so haben wir im nächsten Jahre keine Gelder, um die begonnenen Schulbauten zu vollenden. (Gelächter links.) Ganz richtig! Ich überlasse es auch den geehrten Herren aus den Vororten, ob sie es darauf ankommen lassen wollen, wenn wir Ihren Beschlüssen folgen. Daraus folgt, was ich schon in meiner früheren Schlussrede bemerkt habe, dass die Herren Gott danken sollen, dass sie in der Minorität bleiben. Wenn Ihre Anträge angenommen würden, so würden Schaden und Nachtheil in allererster Linie die Vororte treffen.

Es ist weiter von dem Herrn Vorredner bemerkt worden, dass, wenn wir diese drei Millionen bezahlen, wir nicht alles brauchen und daher mit einem ganz niederen Zinsfuße in irgend eine Bank legen und dadurch die Bevölkerung ungerechtfertigter Weise mit Zinsen belasten werden; auch darauf muss ich mir zu entgegnen erlauben, dass die Bezahlung dieses Theilanlehens auch nur successive nach Maßgabe des Bedarfes eintreten wird, und dass es daher nicht der Fall sein wird, dass große Beträge müssig in unseren Cassen liegen. Wir werden von den $6\frac{1}{2}$ Millionen, von welchen ein Theil zur Stärkung des Cassenbestandes, beziehungsweise zur Refundierung bestimmt ist, auch nur den Theil begeben, welcher nöthig ist, der andere Theil aber wird in natura vorhanden sein, d. h. die Anlehensstitres werden so lange in unseren Cassen bleiben, bis der Baufortschritt es nöthig machen wird, sie zu veräußern. Was der Herr Vorredner mit der Donau-Nutzwasserleitung meint, verstehe ich nicht ganz; denn es heißt im Antrage ausdrücklich: „Zur Bestreitung der Kosten für die Er-

weiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung". Damit kann eine andere Wasserleitung nicht gemeint sein. Ich bitte Sie also, den Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Meine Herren, die Opposition und ihr Führer haben ihren Standpunkt von der letzten auf die heutige Sitzung mit beneidenswerter Raschheit geändert. Noch in der letzten Sitzung haben Sie gehört, dass es der höchste Wahnsinn, das größte Verbrechen an der Stadt Wien wäre, ein Anlehen aufzunehmen, und es wurden uns die schönsten Gleichnisse und Bilder vorgeführt, um uns zu zeigen, dass wir damit den kommenden Generationen das größte Unrecht thun würden. Das wurde mit einem Pathos ausgesprochen, der den Saal erschütterte. (Widerspruch links.) Heute aber stellt der Führer der Opposition den Antrag, wir sollen 14 statt der 17 Millionen aufnehmen, welche der Stadtrath vorschlägt.

Wo steckt da die Consequenz? Wundern Sie sich, meine Herren, dass wir, die wir schon vor der letzten Sitzung genau gewusst haben, wie die Debatte sich wenden wird, die Tiraden gegen die Aufnahme eines Anlehens, welches zur Erweiterung der Hochquellenleitung nothwendig ist, mit großer Heiterkeit, ja mit Gelächter aufgenommen haben?

Wir haben genau gewusst, was kommen wird, wir mussten nur 48 Stunden älter werden, um zu wissen, dass Sie einen derartigen Antrag stellen würden. Sie haben also den Standpunkt, dass Sie nur für ein Anlehen von 14 Millionen seien, dass Sie das Anlehen aber grundsätzlich acceptieren, weil Sie nicht wagen können, gegen den Wunsch der Vorortebewohner zu stimmen und gegen diesen Wunsch, gegen das Anlehen selbst zu stimmen, welches Sie in der letzten Sitzung auf das heftigste bekämpft haben. Das steht also fest und wir können jetzt nur froh sein, dass Groß-Wien diese 17 oder 14 Millionen aufnimmt, weil es nicht sehr wahrscheinlich, ja sogar ausgeschlossen erscheint, dass die Vorortegemeinden, wenn sie dieses Anlehen auf eigene Rechnung aufgenommen hätten, dasselbe gleichfalls zu demselben Zinsfuße erhalten hätten. Denn es ist klar, dass Obligationen, welche die Groß-Commune ausgibt, marktgängiger sind, und dass also die Vororte es wahrscheinlich um mindestens $^1/_2$ Percent theuerer zahlen hätten müssen. Wenn Sie dieses $^1/_2$ Percent rechnen, so macht es bei einer Summe von 17,000.000 fl. bereits 85.000 fl. aus und es zeigt sich, dass also auch aus diesem Grunde die Vereinigung der Vororte mit Wien finanziell gerechtfertigt und eine wohlüberlegte Maßregel war.

Und nun, meine Herren, bin ich genöthigt, mich speciell mit jenen Fragen zu beschäftigen, die jetzt in Verhandlung stehen und welche der Herr Vorredner hervorgehoben hat. Er hat nämlich die Behauptung aufgestellt, dass wir am 8. April 1892 nur davon gesprochen haben, dass nur die Ausgaben, welche im Budget pro 1892 für die Erweiterung der Hochquellenleitung aufgestellt wurden, an die städtische Casse zu refundieren seien. Das ist aber vollständig unrichtig, es steht vielmehr in dem Beschlusse vom 8. April 1892, dass alle für die Erweiterung der Hochquellenleitung bisher aufgelaufenen und in diesem Budget, sowie eventuell in den folgenden aus den currenten Einnahmen bedeckten Auslagen aus dem nächsten Anlehen zu refundieren sind. Und merkwürdig, als dieser Antrag im Jahre 1892 gestellt wurde, gegen dessen Ausführung Sie sich jetzt kehren, hat nicht einer von Ihnen das Wort ergriffen. Sie können im Amtsblatte auf Seite 902 sehen, wie der Antrag vom Präsidium zur Abstimmung gebracht wurde, und wie das ganze Haus damit einverstanden war, das ganze Haus, ohne Ausnahme. (Rufe rechts: Hört!) Nun, meine Herren, Sie sind ja außerordentliche Freunde der Opposition, Sie sind eine sehr wachsame, eine sehr behende Opposition, und damals hat sich unter den zahlreichen Rednern der Gegenseite nicht einer, auch nicht Ihr Führer gemeldet, um zu sagen, dass Sie gegen diese Maßregel sind und diese Maßregel ist der Kern und die Grundlage der Finanzwirtschaft der letzten zwei Jahre gewesen. Damals — ich glaube sogar, dass Sie alle mitgestimmt haben — hat niemand eine Einwendung erhoben und Sie haben also wahrscheinlich gar nicht daran gedacht, zu opponieren. Wie kommt es aber, dass Sie heute dagegen sind? Glauben Sie, dass eine große Gemeinde imstande ist, die Grundlagen ihres Finanzplanes von Jahr zu Jahr zu ändern? Vielleicht wird es Ihnen im nächsten Jahre einfallen zu sagen, es ist vernünftig, zu refundieren, nachdem Sie im Jahre 1892 gesagt haben, dass es vernünftig sei? Sehen Sie, wenn Sie eine Opposition wären, die sich nicht an Kleinigkeiten hält, sondern erkennen würden, dass ein Beschluss vorlag, wo es sich um Millionen handelt, so hätten Sie sich damals schon erinnern müssen an den Göthe'schen Satz: „Derjenige ist ein ganzer und großer Mann, der das Große groß und das Kleine klein sieht." Dieser Satz wird aber von Ihnen nicht befolgt, denn bei den kleinsten Kleinigkeiten erheben Sie eine mörderische Opposition, wo es sich aber um große Interessen handelt, scheinen Sie nicht die Auffassung zu haben, dass solche Interessen vorliegen.

Ich habe unmittelbar vor der Sitzung mit einem Nachbar über die Angelegenheit gesprochen und wir haben uns an die Scenen erinnert, die sich am 8. April 1892 hier abgespielt haben. Einer meiner Nachbarn hatte gesagt: „Wir werden eine furchtbare Debatte haben, der andere sagte, nein, wir werden keine haben, denn ich glaube, die Opposition wird nicht sehen, wie bedeutungsvoll der Beschluss ist." Nun sehen Sie, es hat sich bewahrheitet, sie hat sich nicht im geringsten gewehrt, hat nicht die geringste Einwendung erhoben; Sie sind also absolut nicht berechtigt, heute Opposition zu machen, und wenn Sie consequent wären, müssen Sie für den Antrag stimmen, ein Anlehen von 17 Millionen aufzunehmen. Dann hat Ihr geehrter Herr Führer eine Behauptung aufgestellt, dass der Bürgermeister beabsichtige, die drei Millionen, welche an die städtische Hauptcasse rückzuerstatten sind, für die Donau-Nutzwasserleitung zu verwenden. Ich bin selbst ein Gegner der Donau-Nutzwasserleitung und habe mit großer Schärfe in der Debatte, bei welcher die Opposition jedoch nicht anwesend war, dagegen gesprochen. Aber ich muss lebhaft bedauern, der Herr Dr. Lueger hat keine Ahnung, welche Bedeutung diese drei Millionen für das Budget der Stadt Wien in den letzten zwei Jahren gehabt haben und welche Bedeutung sie haben werden. Sie sehen, dass der Umstand, dass Sie die Wahl in die Budget-Commission im vorigen Jahre nicht angenommen haben und in diesem Jahre bei den Verhandlungen sich absentiert haben — Sie sind ja einige Monate nicht im Gemeinderathe gewesen — bewirkt hat, dass Sie nicht genau informiert sind, und es ist der Fluch einer passiven Opposition, dass selbst Ihr hervorragendstes Mitglied nicht genau weiß, wie es mit den drei Millionen aussieht, welche an die städtische Hauptcassa refundiert werden sollen, er weiß nicht, dass diese drei Millionen zum Theile ausgegeben sind, er glaubt, sie werden erst ausgegeben werden. So gründlich ist Ihr Führer über die finanziellen Verhältnisse der Stadt informiert, und ich werde es kurz sagen, wozu diese drei Millionen zum Theile ausgegeben

sind, damit Herr Dr. Lueger in die Versammlungen gehen und auf Grund dessen den Leuten darlegen kann, wie verschwenderisch wir bereits vorgegangen sind.

Ich bitte den Herrn Führer der Opposition die Argumente der Donau-Nutzwasserleitung beiseite zu schieben, in den Kasten zu legen und sich diese neuen Argumente für seine Wähler zu notieren. Schon als wir das Budget pro 1892 machten, hat der Stadtrath beantragt, dass wir 886.000 fl. für die Erweiterung der Hochquellenleitung in das Budget einstellen. Nun haben einige Vertreter der Vororte unter anderem Herr St.-R. Rückauf schon damals im Stadtrathe gesagt, es sei klüger, wir nehmen gleich ein Anlehen auf und verwenden nichts aus den currenten Einnahmen zur Erweiterung der Hochquellenleitung. Der Herr St.-R. Rückauf und mehrere Vertreter der Vororte im Stadtrathe haben damals gesagt: Es ist möglich, dass wir noch auf ein Jahr die Einführung des Vierkreuzers hinausschieben. Dieser Antrag ist im Stadtrathe gefallen und die Budget-Commission hat sich auf den Standpunkt gestellt, diese 886.000 fl. ins Budget einzustellen und dann diesen Betrag aus dem neu aufzunehmenden großen Anlehen in die städtischen Cassen zurückzuerstatten. Das war der Verlauf der Dinge. Es wäre höchst sonderbar, nachdem wir 26 Millionen für die erste Hochquellenleitung ausgegeben haben und nachdem Herr Gem.-Rath Dr. Lueger beantragt, dass wir jetzt auch 14 Millionen dafür ausgeben, also wenn wir 26 und 14, d. i. 40 Millionen für die Hochquellenleitung aus dem Anlehen ausgeben, wenn wir gerade diese 3 Millionen aus den Jahren 1887 bis 1892 aus den currenten Einnahmen bestreiten würden. Das ist eine Inconsequenz, eine unklare Gebarung. Diese drei Millionen sind wie die verlorenen Geister, die nicht wissen, wohin sie gehören. Diese drei Millionen sind ein Theil der Summe, welche wir für die Hochquellenleitung brauchen und brauchen werden und zum Theil schon gebraucht haben, und deshalb sind sie aus dem Anlehen in die städtischen Cassen zurückzuzahlen. Die Herren (sich nach links wendend) wissen das nicht, weil sie sich von den Budget-Berathungen ferngehalten haben — Herr Dr. Lueger weiß das nicht und glaubt, dass wir das für die Donau-Nutzwasserleitung ausgegeben — er ist in vollständiger Unkenntnis der Dinge.

Es ist sehr belehrend, es hat sich ganz dasselbe wiederholt, als das Budget pro 1893 gemacht wurde und ich bitte Herrn Dr. Lueger nur, im Budget nachzusehen; da hat der Magistrat beantragt, dass wir uns in den anderen Ausgaben beschränken sollen, damit wir auch im Jahre 1893 noch ohne Anlehen auskommen.

Dieser Anschauung war auch der Herr Bürgermeister Dr. Prix und Gem.-Rath Noske, wie aus den Berichten der Zeitungen hervorgeht. Diese beiden Herren sind der Ansicht gewesen, man solle einfach die weiteren Ausgaben aus den currenten Einnahmen nehmen und kein Anlehen aufnehmen. Dieser Antrag fiel im Stadtrathe; derselbe hat vielmehr beschlossen und die Budget-Commission ist gleichfalls darauf eingegangen, für die Hochquellenleitung mehr auszugeben und aus den zu refundierenden Geldern der Vorjahre mehr für das Schul- und Straßenwesen zu verwenden. Meine Herren von den Vororten — Sie werden die Papiere, die Drucksorten, die Sie erhalten, sich aufheben — ich bitte, einmal das Straßen-Präliminare pro 1892 herzunehmen. Dieses Straßen-Präliminare ist sehr interessant, da werden Sie nämlich finden, dass bei jedem Bezirke zu den Anträgen des Magistrates noch eine Straße über Antrag des Stadtrathes oder der Budget-Commission hinzugefügt wurde, und warum haben wir damals das gethan, einfach, weil wir uns schon damals darüber klar waren, ein Gedanke, den Herr Gem.-Rath Boschan als Budget-Referent und Referent der Commission vertreten hat, dass im Jahre 1892 und 1893, nachdem wir den Vierkreuzer erhöht haben, noch nicht so große Ausgaben zu machen sein werden.

Es sind die Beamten- und Lehrergehalte noch nicht voll erhöht worden, es ist noch nichts zu zahlen an Zinsen für die Wasserleitung und für die Stadtbahn; dies alles muss ja erst bestritten werden aus den Beträgen, die aus dem Vierkreuzer fließen. Bis dahin können wir für Schulen und Straßen mehr ausgeben. Sehen Sie, diese drei Millionen Gulden, die Sie uns zum Vorwurfe machen, sind ein Angebinde, eine förmliche Mitgift, welche bis jetzt im Budget der letzten Jahre verwendet worden ist und auch der nächsten Jahre verwendet werden wird; das haben wir uns erspart und diesen ersparten Betrag können wir nun aus dem Anlehen herausnehmen und in die Stadtcassa hineingeben. Diesen im letzten Jahre ersparten Betrag haben wir dadurch erspart, dass wir ihn für die Hochquellenleitung verwendet haben, während wir einen Betrag aus den Anlehen hätten dazu verwenden sollen. Jetzt nun können wir diesen ersparten Betrag für Schulen und Straßen verwenden.

Ich habe mich verpflichtet gesehen, nachdem Herr Vice-Bürgermeister Dr. Grübl einen Blick über die Gemeindewirtschaft gemacht hat, auf diesen speciellen Punkt näher einzugehen.

Wir haben von diesen drei Millionen, welche wir in Ersparung gebracht haben, in das heurige Budget, wo wir außer den drei Millionen für die Hochquellenleitung noch ein sogenanntes Deficit von $2^1/_4$ Millionen haben, $2^1/_4$ Millionen zur Verwendung eingestellt. Sie haben stets behauptet, wir haben ein Deficit von $5^1/_4$ Millionen. Nein; wir haben drei Millionen für die Hochquellenleitung ausgegeben, und von diesen ersparten drei Millionen verwenden wir $2^1/_4$ Millionen, um allerhand Bauten im Jahre 1893 durchzuführen. Wir haben aber von diesen drei Millionen, wenn wir diese $2^1/_4$ Millionen ausgegeben haben, noch etwas übrig; infolge dessen können wir in unserem nächsten Budget noch etwas mehr für Straßen und Schulen ausgeben.

Ich danke den Herren, dass Sie meine trockenen Auseinandersetzungen, welche aber, wie ich glaube, zur Klarstellung sehr nöthig waren, mit einer solchen Aufmerksamkeit gehört haben. Ich constatiere, dass, wenn hier in dieser sachlichen Weise die Dinge beleuchtet werden, wir einander hoffentlich näher kommen werden; man muss nur alle großen Redensarten und Phrasen ein wenig beiseite lassen.

Wenn uns einer der Herren Redner in der letzten Sitzung gesagt hat, dass wir jetzt nur für die tiefer gelegenen Vororte und nicht auch für die höher gelegenen die Wasserstränge ziehen, so hat er damit bereits eine Position aufgegeben. Herr Gem.-Rath Steiner hat gegen uns immer vorgebracht, dass wir unser Versprechen nicht erfüllen; nun, er gesteht zu, dass wir unser Versprechen bezüglich der tiefer gelegenen Vororte erfüllen. Sie werden aus einer Position in die andere zurückgedrängt, schließlich bis dahin, dass die Leitung noch nicht auf die Höhe des Kahlenberges und des Hameaus gelegt ist.

Sie sehen also, dass wir unsere Gemeindewirtschaft vollständig rechtfertigen können und ich würde nur wünschen, dass

jeder künftige Gemeinderath mit demselben guten Gewissen für das Anlehen stimmen kann, und dass ein Anlehen immer so fruchtbar verwendet wird, wie gerade das, was wir heute zu beschließen im Begriffe sind. (Beifall.)

Gem.-Rath Grünbeck: Wir stehen vor einem neuen Anlehen. Der Motivenbericht ist hier sehr schön gehalten, und wer ihn liest, der glaubt, das Wasser wirklich schon trinken zu können, wie es uns hier geschildert wird. Nur wer nicht so fanatisiert ist für das 17 Millionen-Anlehen, wird zugestehen, dass Sie uns manches schon versprochen, aber nicht gehalten haben. Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung sagte soeben, dass dieses Anlehen den Vororten zuliebe geschieht. Meine Herren! Ich stehe auf einem anderen Standpunkte. Sie haben eigentlich bei der Einbeziehung die Verpflichtung übernommen, die Vororte mit Wasser zu versorgen, und ich will nicht, dass man es immer so ansieht, als wenn es ein förmliches Geschenk für die Vororte wäre, sondern es ist eine Verpflichtung, die Sie bei der Einbeziehung der Vororte mit Wien übernommen haben.

In dem Motivenbericht wird ganz einfach gesagt, es werden zum Verkaufe gelangen 160.000 hl, während für die alten Bezirke, respective für diejenigen Bezirke, die mit Hochquellen schon bedacht sind, 200.000 hl verwendet werden. Ich erlaube mir daher an den Referenten eine Anfrage, ob von den 200.000 hl nur die Bezirke I bis X oder ob auch die Vororte bedacht werden sollen. Denn ich kann mir absolut nicht denken, dass man heute ein so großes Anlehen aufnimmt und die Vororte, die gewiss ein großes Sümmchen indirect dazu beitragen, nur mit 160.000 hl bedenken will. Es ist das vielleicht im Motivenberichte ein bisschen schlecht ausgedrückt oder auch mit Hintergedanken.

Ich bin eben hier Pessimist geworden, weil ich sehe, dass Sie selbst manche Versprechen, die Sie gemacht haben, nicht erfüllen. Es ist richtig, wie unser geehrter Herr Führer sagte, nur ein 14 Millionen-Anlehen aufzunehmen, denn die Sachlage verhält sich nicht so, wie der Herr Vorredner gesagt hat. Wir wissen nicht, wofür das Geld ausgegeben worden ist, aber eines wollen wir haben: Wir wollen das verschleierte Deficit enthüllen, wir wollen die Bevölkerung nicht weiter von Ihrer Seite irreführen lassen, und es ihr sagen: Es existiert eigentlich ein Millionen-Deficit; es ist das nur geborgt; es ist das nur aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Deshalb sind wir nur für die 14 Millionen. Dazu führt uns übrigens auch der folgende Umstand; wenn Sie zu viel Geld haben, werden Sie übermüthig; das bestimmt uns, Ihnen den Geldsack höher zu hängen.

Wir in den Vororten waren gewohnt zu sparen, hier wird aber immer in den vollen Sack hineingegriffen und das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen. Das haben wir nicht thun können, sonst wären Sie nicht in die angenehme Lage gekommen, ein schönes Sümmchen und wohlgeordnete Verhältnisse in Ihre Verwaltung zu übernehmen; denn, wären in den Vororten andere Verhältnisse gewesen — vielleicht wie in Berlin — so hätten Sie auch die Einbeziehung unterlassen.

Wir wollen nur was recht und billig ist, wir wollen nicht, dass Sie in zu viel Geld schwimmen, sonst fällt es Ihnen ein, für die Stadträthe das doppelte zu verlangen; Sie werden sagen: „Wir sind mit 3000 fl. nicht zufrieden, unsere Stunden sind mehr wert, wir verlangen 6000 fl." u. s. w. Ich weiß, alles was wir hier (links) sprechen ist nicht wahr, nur Sie haben das Privilegium, die volle Wahrheit zu verkünden. Aber die Zeit ist vorüber, höchstens da oben (auf die Journalistenloge zeigend) glauben Ihnen noch einige Herren und die machen morgen wieder einen wunderbar schönen Bericht; auch diese Herren wissen vielleicht, dass das nicht wahr ist, aber sie schreiben so, um das Volk in dieser Meinung zu erhalten. Ich glaube ja auch, dass Sie selbst dieser verschiedenen Komödien satt sind und mehr zur Wahrheit hinneigen. Wenn in Bezug auf die drei Millionen gesagt wird, wir werden in Zukunft in den Vororten keine Schulen mehr haben, da bedauere ich nochmals, dass wir Groß-Wiener geworden sind, denn wir haben in den Vororten die Schulen nicht in so langwieriger Weise erbetteln und erkämpfen müssen wie heute.

Nun, ich will die Herren Collegen aus den Vororten, die nach dem Wasser drängen, nicht ermüden, aber trotzdem werde ich nur für ein Anlehen von 14 Millionen stimmen, weil ich das als das Richtige betrachte; denn zu viel Geld macht sonst übermüthig.

Referent: Ich will zuerst den Herrn Vorredner bezüglich der Ziffer von 160.000 hl aufklären. Diese Rechnung ist lediglich aufgestellt worden, um nachzuweisen, welchen beiläufigen Ertrag man aus der Hochquellenleitung haben wird, sie soll aber durchaus nicht eine Vertheilung des vorhandenen Wasserquantums in der Weise sein, dass man sagt: so und so viel wird den Vororten gegeben, so und so viel wird den anderen Bezirken gegeben. Es ist eben nur eine Rechnung aufgestellt, aus der hervorgeht, dass beiläufig 400.000 fl. zu erzielen sein werden. Die Vororte und das alte Wien bilden künftig ein und dasselbe Gebiet, und so wenig man sagen wird: die Leopoldstadt hat zu viel oder zu wenig Wasser im Verhältnis zum III. Bezirke, ebensowenig wird man jetzt einen Unterschied machen zwischen den Vororten untereinander. Ich habe in der Berechnung, zu welcher ich aufgefordert wurde, nur das approximative Quantum genommen; wird Wasser da sein, so werden es die Vororte ebenso haben, und wenn Mangel an Wasser sein wird, so werden die alten Bezirke geradeso darunter zu leiden haben, wie die neuen.

Bei der Gelegenheit will ich den Herrn Vorredner der Sorge überheben, dass wir zu viel Geld in die Cassen bekommen; er kann ganz ruhig sein, es wird uns nicht zu viel werden. Wenn der Herr Vorredner meint, dass wir uns so sehr darum gerissen haben, die Verwaltung der Vororte an uns zu ziehen, so stellt er uns ein schlechtes kaufmännisches Zeugnis aus, finanziell genommen, hätten die alten Bezirke ein schlechteres Geschäft gar nicht machen können, als die Vororte einzuverleiben.

Wenn ich schon beim Worte bin, möchte ich doch über die Sache sprechen und den Versuch machen, die Herren von der Opposition zu bewegen, den Standpunkt fallen zu lassen, und zwar im eigenen Interesse. Meine Herren, ich habe einen harten Kampf gekämpft, um das Budget so aufzustellen wie es heuer war. Es bestand die Meinung, dass man das Anlehen auf das nächste Jahr hinausschieben soll und die Behörden wurden angewiesen, das Budget so zu machen, dass man kein Anlehen braucht, die Arbeiten im Höllenthale auf das mindeste zu reducieren und die Arbeit für Schulen ebenso. Ich habe mich auf das lebhafteste dagegen gewehrt, und es ist zu scharfen Attaken gekommen, welche dahin geführt haben, dass ich endlich gesagt habe, ich könne es nicht weiter vertreten, wenn diese Posten nicht ins Budget eingestellt werden. Mehrere Herren aus den Vororten, die im Stadtrathe sind, werden wissen, wie ich mich eingesetzt habe, dass große Beträge ins Budget kommen. Wenn die Herren mich jetzt im

Stiche lassen und die Beträge in das Anlehen nicht einbeziehen wollen, muss ich das außerordentlich bedauern. Ich hätte sehr gewünscht, dass Sie die Ihnen angebotenen sechs oder sieben Stellen in die Budget-Commission angenommen hätten, dann hätten Sie unsere Sorgen in der Budget-Commission getheilt, Sie hätten die Sache mit angesehen, und wenn das geschehen wäre, würden Sie die Sache anders beurtheilen. Es ist allerdings schwer, im Plenum diese Verhältnisse darzuthun. Aber ich kann Sie versichern, dass Sie gegen Ihr eigenes Interesse kämpfen, wenn Sie in dieser Weise der Gemeinde Schwierigkeiten machen.

Es ist noch ein anderer Umstand, der auch nicht übersehen werden darf, die Herren haben gewiss nicht die Absicht, der Verwaltung Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Mit den Cassabeständen, wie wir sie vor einigen Tagen gehabt haben, von 500.000 bis 600.000 fl., kann man aber ein Budget von 30 Millionen Gulden mit der Haftung für eine Anzahl von Sparcassen nicht prästieren. Man kann in Verlegenheit kommen und das würde Ihnen ebenso unangenehm sein als uns. Also, ich möchte Sie bitten, überlegen Sie die Sache noch einmal, stimmen Sie nicht gegen uns; es würde das gegen das eminente Interesse der Vorortebewohner sein.

Gem.-Rath Dr. Stern: Wenn ich das Wort ergreife, um einiges über die heute und schon so oft besprochene Vereinigung der Vororte mit Wien zu sagen, so liegt der Grund zunächst darin, dass ich im alten Gemeinderath Mitglied eines Comités war, welches durch eine lange Reihe von Jahren bestanden hat und welchem auch der Gem.-Rath Dr. Lueger angehörte, nämlich Mitglied des Vororte-Comités, und dass mir als Mitglied dieses Comités ganz genau alle Verhandlungen bekannt sind, welche im Laufe der Jahre in diesem Comité stattgefunden haben. Und da liegt mir zunächst das Gesetz vom 10. Mai 1890 vor, mit welchem der Verzehrungssteuer-Rayon über die ehemaligen Vororte ausgedehnt wurde, aus welchem Gesetze, und zwar erst acht Monate später, nämlich im December 1890, die Vereinigung der Vororte mit Wien und die Schaffung des großen Wiener Gemeindegebietes hervorgieng. Da erinnere ich mich nun daran, dass der alte Gemeinderath durchaus nicht dafür war, dass der Verzehrungssteuer-Rayon erweitert werde, und dass wir in der Vororte-Commission und auch im Plenum durch eine ganze Reihe von Jahren dafür eingetreten sind und auch Petitionen in dieser Richtung bei der Regierung und anderen maßgebenden Corporationen überreicht haben, dass überhaupt die staatliche Verzehrungssteuer aufgehoben und diese Steuer als dasjenige betrachtet werde, was sie in anderen Städten ist, nämlich als bloße Einnahme der Gemeinde.

Dafür sind wir eingetreten, und wenn der Verzehrungssteuer-Rayon erweitert wurde und die Vororte in denselben einbezogen wurden, so kann nicht dem alten und nicht dem neuen Gemeinderathe ein Vorwurf daraus gemacht werden, sondern das war einfach eine fiscalische Maßregel, gegen welche sich der alte Gemeinderath vergebens gewehrt hat. Dafür also, dass die Vororte in den Verzehrungssteuer-Rayon einbezogen wurden und die staatliche Verzehrungssteuer zu bezahlen haben, sind wir nicht eingetreten, und das zu vertreten, betrachte ich auch nicht als meine Aufgabe.

Etwas anderes aber war es, nachdem einmal der Verzehrungssteuer-Rayon ausgedehnt war, die Auftheilung der Zuschläge zu dieser Steuer, beziehungsweise die Feststellung des Verhältnisses dieser Zuschläge zwischen Wien und den ehemaligen Vororten vorzunehmen, und hiebei kam erst die Vereinigung der Vororte mit Wien in Frage. Ich erinnere mich ganz genau aus den Verhandlungen, welche damals in dem Vororte-Comité stattfand, wie damals gerechnet wurde, in welcher Weise die Auftheilung dieser Zuschläge zwischen den alten und den neuen Bezirken zu erfolgen habe und welche Schwierigkeiten sich daraus ergaben, dass eigene Rayons gebildet oder sonst ein Maßstab für die Auftheilung hätte ermittelt werden sollen, der allen Theilen gerecht würde. Dies hat dann zur Vereinigung der Vororte mit Wien geführt. Das ist eine Thatsache, über welche uns ja die Verhandlungen in dem Vororte-Comité, im Gemeinderathe, in der Enquête, welche stattfand, und im Landtage, vollen Aufschluss geben und welche dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Lueger gerade so bekannt ist, wie mir und uns allen, die wir dem früheren Gemeinderathe angehört haben. Das ist der eine Umstand, den ich richtigstellen wollte.

Es ist von anderer Seite dann gegen die Aufnahme des Anlehens und speciell zu Punkt 1 gegen die Aufnahme des Anlehens in der beantragten Höhe erwähnt worden, dass die drei Millionen, die unseren Cassen refundiert werden sollen, offenbar dazu verwendet werden, damit die Lieblingsidee des Herrn Bürgermeisters, die Nutzwasserleitung, vorbereitet und ins Werk gesetzt werde. Ich muss sagen, wenn ich dieser Meinung wäre, so wäre ich der erste und jedenfalls unter jenen, welche gegen die Aufnahme dieses Anlehens entschieden Opposition machen und gegen diese Summe stimmen würden. Dieser Auffassung kann ich aber nicht sein, weil ich einfach einem geschriebenen und gedruckten Worte Glauben schenke, und weil uns hier im Artikel 1 erklärt wird, dass es sich um die Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung handelt, und dass nur für die Bestreitung der Kosten für die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung dieses Anlehen aufgenommen wird und ich sonst annehmen müsste, was ich unmöglich annehmen kann, dass der Herr Bürgermeister oder der Stadtrath geradezu ihre Befugnisse überschreiten, dass sie über die Beschlüsse des Gemeinderathes hinweggehen wollen, wenn ich voraussetzen sollte, dass sie zu einem anderen Zwecke als zu demjenigen, zu welchem wir die Aufnahme dieses Anlehens beschließen, das Geld verwenden würden. Ich bin also darüber, dass das Anlehen, welches hier geplant wird, eben nur zur Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Hochquellenleitung aufgenommen wird, vollkommen beruhigt, kann mir auch die Sache gar nicht anders vorstellen.

Es ist noch weiter dagegen gesprochen worden: Ja diese drei Millionen sind schon verwendet und sollen nur in die Cassen refundiert werden und deshalb müsste man, nachdem es sich ja nur um eine Refundierung an die Cassen handelt, gegen diese drei Millionen stimmen. Nun, gerade die Art und Weise, wie hier vorgegangen worden ist, dass diese drei Millionen, dieser geringe Betrag, successive aus den Cassen entnommen und dass der Betrag erst dann, wenn er zu einer gewissen Höhe angewachsen ist, mit einem fundierten Anlehen bedeckt, beziehungsweise refundiert wird — gerade dieser Vorgang erscheint als ein vollkommen zweckmäßiger. Es liegt nichts anderes darin, als die Aufnahme einer schwebenden Schuld bei der eigenen Cassa, und zwar einer schwebenden Schuld, welche den Vortheil hat gegenüber der Aufnahme anderer schwebenden Schulden, dass sie nicht verzinslich ist, weil wir unserer eigenen Cassa keine Zinsen zu vergüten haben, während, wenn wir die schwebende Schuld anderswo aufgenommen hätten, wir Zinsen zu vergüten haben würden. Dass aber, wenn eine solche Schuld

aufgenommen ist, dieselbe der Cassa refundiert werden müsse, und dass eine Großcommune wie Wien, welche über ein Budget von 30 und einigen Millionen jährlich heute verfügt, eine gewisse Summe von einigen Millionen in den Cassen haben muss zur Cassenbewegung, und die Cassa nicht den letzten Kreuzer hinausgeben darf, ist wohl eine klare Sache.

Es hat auch einer der geehrten Herren aus den früheren Vororten davon gesprochen, dass die Vororte sich ebenfalls das Geld hätten verschaffen können oder verschafft hätten. Darauf ist bereits von anderer Seite entgegnet worden, dass sich hier gerade der Segen der Vereinigung der Vororte mit Wien zeigt, und dass die Vororte jedenfalls nicht in der Lage gewesen wären, ein Anlehen, welches sie benöthigt hätten, unter solchen Bedingungen aufzunehmen, wie es heute die Großcommune Wien zu thun in der Lage ist, und dafür liefern uns die Tabellen der Anlehen, welche die Vororte aufgenommen hatten, den sprechendsten Beweis. Diese Tabellen weisen aus, dass eine Anlehenssumme von 14 oder 16 Millionen von den einzelnen Vororten aufgenommen wurde und wenn ich nicht sehr irre, ist die Verzinsung einiger dieser Anlehen bis zu 6 Percent (Widerspruch) — jedenfalls ist eine Reihe von Anlehen mit 6 Percent verzinst worden, während wir heute darangehen, ein Anlehen mit 4 Percent aufzunehmen.

Es ist davon gesprochen worden, dass die richtige Finanzgebarung eigentlich die gewesen wäre, wenn man große Werke ausführen will, zuerst das Geld im Laufe der Jahre zu sammeln, es nutzbringend anzulegen und erst dann, wenn die Summe beisammen ist, an die Schaffung des großen Werkes zu gehen. Da muss ich sagen: Dem steht unsere moderne Anschauung über die öffentliche Finanzwirtschaft vollkommen entgegen. Ein großes Gemeinwesen, ein Land, der Staat, ist nicht berechtigt, mehr an Steuern einzuheben, als er jährlich für seine Gebarung bedarf; er ist nicht berechtigt, zu thesaurieren, sondern er findet seine beste Thesaurierung darin, wenn er das Geld in den Taschen der Bürger lässt, soweit er es nicht für seine Zwecke in der fortlaufenden Gebarung zu verwenden in der Lage ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Sache ist also die: 20 Millionen, 15 Millionen u. dgl. in den Cassen aufzuspeichern, das hätte gar keinen Sinn. Wenn wir heute ein Budget machen und bei demselben es sich einmal zeigen würde, dass wir eine größere Summe, eine für die große Gebarung der Stadt Wien ins Gewicht fallende Summe von einigen Millionen ersparen würden, so ist gar kein Zweifel, dass von der einen Seite verlangt würde die Herabsetzung der Steuern — ein berechtigtes Verlangen — und von der anderen Seite verlangt würde, die Verwendung dieses Überschusses zu irgend einem nutzbringenden Zwecke, dass also von einer Thesaurierung absolut niemals die Rede sein könnte und auch niemals die Rede sein wird.

Unter solchen Umständen bleibt daher für die Schaffung großer Werke gar nichts anderes übrig, als die Aufnahme eines Darlehens, und zwar die Aufnahme eines Darlehens auf lange Zeit hinaus. Unter den Vortheilen, die sich gerade bei Aufnahme eines Anlehens auf lange Zeit ergeben, ist ja auch der, dass — ich möchte sagen — der Kaufwert, der innere Wert des Geldes fortwährend in sich im Laufe der Zeit ein geringerer wird, dass in unserer Anschauung heute, sagen wir eine Summe von 1000 oder 100.000 fl., als weit weniger erscheint, weit weniger Geld, weit weniger Capital repräsentiert, als sie unseren Voreltern vor 20 oder 50 Jahren erschienen ist, so dass thatsächlich auch wir heute anders wirtschaften, als die Stadt Wien vor 30 Jahren gewirtschaftet hat; so dass also auch daraus sich der Vortheil der langdauernden öffentlichen Anleihe ergibt.

Das ist eigentlich das Wichtigste, was ich anführen wollte für die Bewilligung dieses Anlehens, beziehungsweise dafür, dass es in der vollen vom Stadtrathe hier vorgeschlagenen Höhe angenommen werde.

Ich hätte aber doch damit noch einen weiteren Punkt zu verbinden, und ich möchte ihn gerade verbinden mit dem Punkt 1 der Vorlage, welcher uns jetzt beschäftigt. Es wird uns vom Herrn Referenten in Aussicht gestellt, dass die Verzinsung dieses Anlehens sich zu einem großen Theile — so sagte er selbst — im Laufe der Zeit ergeben werde aus den Beträgen, welche wir für dieses neu einzuleitende Hochquellenwasser in den Vororten beziehen werden, und er rechnet es so aus, dass dies beiläufig den Betrag von 400.000 fl. ausmachen würde, 400.000 fl. aber erst nach Ablauf einiger Jahre. Nun bin ich der Meinung, dass wir schon bei der ersten Rate mit dem Betrage von $6^1/_4$ Millionen, wie er hier präliminiert ist, das Auslangen nicht finden werden. Ich bin der Meinung — es ist ja das bereits von anderer Seite ausgesprochen worden — dass wir kaum dazu kommen werden, im Laufe des Jahres 1893, keinesfalls aber vor Ende des Jahres 1893, vielleicht aber erst im Jahre 1894 schon die erste Rate dieses Anlehens zu begeben. Es muss dazu ein Reichsgesetz erwirkt werden, es muss im Wege des Reichsgesetzes die Steuern- und Gebürenfreiheit, es muss die Befähigung des Anlehens zur Anlage von Pupillar-Capitalien erwirkt werden, und es dürfte das Jahr 1893 vergehen, ehe wir dieses Reichsgesetz erlangt haben und ehe wir sonach in der Lage sein werden, zur Emission der Anleihe-Titres zu schreiten. Nun wissen wir ja, dass das Wasserrechtsverfahren gegenwärtig in zweiter Instanz schwebt. Es ist ja anzuhoffen, dass im Laufe dieser Zeit das Erkenntnis der Statthalterei erfließen wird. Es ist möglich, dass mit dem Erkenntnisse der Statthalterei als zweite Instanz sich alle Theile zufrieden geben werden. Es ist möglich, dass, wenn sie sich nicht zufrieden geben, über einen Recurs eine Entscheidung der dritten Instanz, des Ministeriums des Innern als höchster Instanz in Wasserrechtssachen, erfließen wird, und wenn einmal diese Entscheidungen geschöpft sind oder wenn wir einmal ein rechtskräftiges Wasserrechts-Erkenntnis haben, dann sind sofort eine Reihe von Millionen fällig, zu deren Bestreitung eben dieses Anlehen bestimmt ist, welche aber aus den $6^1/_4$ Millionen nicht bestritten werden können; da sind sofort fällig 1 Million Gulden, welche wir an den Grafen Hoyos zu zahlen haben, ferner die $2^1/_2$ Millionen Gulden — Sie finden dies in der Beilage — welche wir als Entschädigung an verschiedene Wasser-Interessenten zu zahlen haben, und dazu kommen verschiedene Baukosten, die im Laufe der Zeit anwachsen werden, so dass es sehr leicht sein kann, dass, wenn die erste Anlehensquote nicht im Jahre 1893, sondern erst anfangs 1894 begeben werden sollte, wir dann mit einer Summe von $6^1/_4$ Millionen Gulden nicht mehr das Auslangen finden, und es sich dann um die Emission eines Betrages von 10 Millionen Gulden oder eines noch höheren Betrages handeln wird.

Aber unter allen Umständen werden wir im Laufe der Zeit eine Summe von $17^1/_2$ Millionen Gulden, nämlich dieses Anlehen, zu verzinsen und zu amortisieren haben, und $17^1/_2$ Millionen Gulden Verzinsung und Amortisierung geben einen jährlichen Aufwand von über 700.000 fl. Da erscheint es mir denn doch nicht ganz sicher, und der Herr Referent stellt es ja selbst als nicht ganz sicher hin, ob

wir wirklich mit jenen Einnahmen, die wir erst im Laufe von zwei bis drei Jahren aus den Wasserabgaben erzielen werden, genügend Geld haben werden, um das neue Anlehen zu verzinsen und zu amortisieren, beziehungsweise ob wir dann das Fehlende wirklich aus den laufenden Einnahmen zu vergüten in der Lage sein werden. Es ist bereits von Seite des Herrn Dr. Lueger zu Beginn der Debatte hervorgehoben worden, dass schon wiederholt von der Convertierung die Rede war, dass schon in früheren Zeiten die Convertierung der Anlehen in Anregung gebracht, aber von unserer Seite abgelehnt wurde.

Das war damals eine ganz richtige Sache, denn die Convertierung ist eben nur bei einem sinkenden Zinsfuß möglich, und sie kann — worüber wir vollkommen einig sind — nur eine freiwillige sein. Wenn wir aber jetzt — so denke ich — die Convertierung in Angriff nehmen, so wird uns gerade das Zinsen- und Amortisations-Ersparnis die Möglichkeit geben, ohne eine Belastung unseres laufenden Budgets das Anlehen von $17^1/_2$ Millionen Gulden zu verzinsen und zu amortisieren. Die Convertierung müsste aber nach meiner Überzeugung gleichzeitig in Angriff genommen werden und kann auch gleichzeitig in Angriff genommen werden mit der Aufnahme eines neuen Anlehens. Ich erinnere daran, dass, wenn in früheren Jahren von einer Convertierung die Rede war, es sehr oft geheißen hat und gerade aus unserer Mitte Stimmen laut geworden sind. . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Redner, die Convertierung kann besser bei Punkt 5 erörtert werden.

Gem.-Rath Dr. Stern (fortfahrend): Wenn der Herr Vorsitzende meint, werde ich diese Frage bei Punkt 5 erörtern und werde abbrechen. Ich habe nur gedacht, dass, weil davon die Rede war, in welcher Weise diese 35 Millionen Kronen zu verzinsen und zu amortisieren sind, gerade hier dieser Beweis geliefert werden kann.

Ich schließe daher und empfehle die Annahme des Antrages 1 des Herrn Referenten.

Gem.-Rath Trambauer: Meine sehr verehrten Herren! Auf die Ausführungen des Herrn Dr. Lueger hin hat der Herr Referent Veranlassung genommen zu bemerken, wenn diese drei Millionen nicht bewilligt werden, werden die Cassen leer sein und die Projecte können nicht ausgeführt werden. Er hat auch auf die Ausführungen des Herrn Collegen Grünbeck bemerkt, dass vor einigen Tagen nur 600.000 fl. in der Casse waren und mit einem so minimalen Betrage könne man die Geschäfte nicht fortführen, nachdem das Budget über 30 Millionen ausmacht. Das ist richtig, aber gestatten Sie mir, einen Rückblick auf das Budget von 1892 zu werfen. Nach dem Budget von 1892 sollte ein Deficit von 1,400.000 fl. zum Vorschein kommen, in der That aber hat das Budget mit einem Cassastande von 2,000.000 fl. abgeschlossen und nicht mit einem Deficit. Wie ist das nun gekommen? Auf sehr einfache Weise; durch die Einverleibung der Vororte mit Wien, resp. durch die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie haben Nachversteuerungen stattgefunden, und die Gemeinde Wien hat innerhalb zehn bis zwölf Tagen eine Summe von 400.000 fl. eingeheimst. (Rufe links: 700.000 fl.!) Also gut, noch mehr, ich glaubte nur 400.000 fl. Der sogenannte Bierkreuzer war für 1892 mit dem Betrage von 1,260.000 fl. eingestellt, effectiv aber hat er 2,110.000 fl. getragen und ist auch mit diesem Betrage in das Budget von 1893 eingestellt worden. Ferner waren im Budget große Bauten präliminiert, zum Exempel Schulbauten mit 1,100.000 fl., effectiv ist aber nicht einmal eine halbe Million verbaut worden. Für den Seuchenviehhof waren, glaube ich, 218.000 fl. eingestellt, effectiv verausgabt wurden aber für die Erdverführung über 2000 fl.; auch für die Regulierung der Beamtengehalte waren 375.000 fl. eingestellt, die Beamten haben aber nichts bekommen, denn die höheren Gehalte sind erst am 1. Jänner flüssig gemacht worden. Auch Straßenbauten hätten stattfinden sollen, sind aber gleichfalls unterblieben.

Wenn Sie das summieren, bringen Sie weit über zwei Millionen zusammen; wenn Sie die nicht verausgabten, aber doch präliminierten Summen, wenn Sie die Mehreinnahmen aus den Steuern und Umlagen berechnen, kommen Sie zu einer Summe von mindestens drei Millionen.

Es ist daher nicht richtig, wenn der Herr Referent starr und fest behauptet, wir sollten diese drei Millionen bewilligen, denn Sie haben diese drei Millionen schon eingenommen. Ich werde daher gegen die erhöhte Summe und nur für 14 Millionen stimmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Bevor ich auf die Sache eingehe, erlaube ich mir, denn doch eine persönliche Bemerkung vorzubringen. Es ist auch jetzt in der Debatte zu Punkt 1 von Seite des Dr. Friedjung, wie früher von Dr. Grübl hervorgehoben worden, dass die Minorität sich einer objectiven und sachlichen Besprechung der Angelegenheit befleißen sollte. Es sind uns auch viele andere Rathschläge gegeben worden über die Methode, die wir angeblich hier in diesem Saale befolgen sollten, um wieder, wenn die Herren sagen, irgend einen Credit zu bekommen. Dem gegenüber constatiere ich, dass ich in der General-Debatte auch nicht den geringsten persönlichen Angriff gemacht habe, dass ich aber während meiner Rede von Seite der Majorität immer in einer Weise unterbrochen worden bin, welche Männern nicht würdig genannt werden kann, dass ich fortwährend gehöhnt und verspottet wurde von Seite der Majorität (Ganz richtig! links), und wenn daher die Herren diese ihre Mahnung zu objectiver Besprechung der Sache an uns richten, so mögen sie zuerst vor ihrer Thüre kehren. Es ist zwar ein Herr College heute nicht hier, welcher sonst das Geschäft besorgt, das Herr St.-R. Dr. Hackenberg einmal so charakteristisch bezeichnet hat, aber es scheint, dass eine andere Persönlichkeit diese Rolle übernehmen will. Aber auch mit der werden wir fertig werden, das können wir ruhig garantieren.

Gem.-Rath Dr. Friedjung hat gesagt, wir haben unsere Haltung von der letzten Sitzung auf die heutige total geändert; in der letzten Sitzung wären wir gegen jedes Anlehen gewesen, heute streiten wir uns nur um drei Millionen, um lumpige drei Millionen — so eine Kleinigkeit, ein kleinlicher Standpunkt!

Meine Herren! Ich muss gestehen, ich will zur Ehre des Verstandes des Herrn Dr. Friedjung annehmen, dass er in der letzten Sitzung geschlafen hat; aber gut geschlafen muss er haben; es war zwar in der letzten Sitzung manchmal ein gründlicher Lärm, vielleicht hat dieser Lärm der Anhänger der Majorität unsere Ausführungen übertönt. Ich habe ja ausdrücklich hier erklärt, dass wir für das Anlehen mit einer gewissen Beschränkung, unter anderen Bedingungen sind, auf welche ich später zu sprechen komme. Wir haben unseren Standpunkt gar nicht geändert. Der geehrte Herr Dr. Friedjung, der sehr gut weiß, was im Stadtrathe vorgeht, weiß nicht, was in allen Wählerversammlungen von uns gepredigt worden ist, nämlich, dass wir für ein Anlehen für die Hochquellenleitung sind, aber nur für so viel, als

gebraucht wird, dass wir aber entschieden dagegen sind, dass ein Anlehen unter dem Mantel der Hochquellenleitung aufgenommen wird, welches dazu dient, das Deficit zu verschleiern. Das ist unser Standpunkt.

Herr Dr. Friedjung hat sich unendliche Mühe gegeben, uns zu belehren, er hat Geschichten erzählt, was geschehen ist und was geschehen wird. Er hat gemeint, wir sollen das beherzigen, was er sagt. Meine Herren von der Majorität, ich gestehe es, in die Schule des Herrn Dr. Friedjung werde ich nicht gehen. Das habe ich wirklich nicht nöthig. Da muss Herr Dr. Friedjung um ein paar Minuten früher aufstehen, bevor er mir Unterricht in Gemeinde-Angelegenheiten geben kann. (Zustimmung links.) Meine Herren! Wofür die 3,100.000 fl. ausgegeben wurden, das weiß ich ja. Das weiß ich ja sehr gut, dass sie für die Hochquellenleitung ausgegeben wurden, aber neugierig bin ich, wofür die refundierten 3,100.000 fl. ausgegeben werden. Das ist das Wichtige. Ich staune, dass ein Jurist, wie Herr Dr. Stern, meint, die 3,100.000 fl. werden für Zwecke der Hochquellenleitung ausgegeben. Nein, meine Herren, die sind schon ausgegeben für Zwecke der Hochquellenleitung. Wenn sie refundiert werden, sind sie ein frei verfügbares Vermögen der Gemeinde Wien und können zu irgend einem Zwecke verwendet werden. Es ist merkwürdig, dass selbst Juristen, Advocaten, nicht wissen, wozu die 3,100.000 fl. ausgegeben werden. Meine Herren! Kommen Sie nicht immer mit den Vororten. Immer wird alles für die Vororte verwendet.

Meine Herren! Die Vororte kriegen gar nichts, das ist die reinste — wie soll ich sagen — Fopperei, sowie ja auch Ihre geehrten Budgets und Hauptvoranschläge eigentlich nichts anderes sind als — wie soll ich sagen — eine kleine Irreführung. Da wird eine Riesensumme für Straßenbauten projectiert, ausgegeben wird gar nichts u. dgl. Dinge mehr. Das glaubt man Ihnen in den Vororten nicht. Man weiß, wozu Sie die Vororte brauchen. Man glaubt Ihre Statistik nicht mehr, man glaubt gar nichts mehr von allem, was Sie vorbringen. Und mit Recht, meine Herren! Denn Sie haben bezüglich der Vororte noch nie eine Silbe Wahrheit in Ihrem ganzen Leben gesprochen.

Es ist diesfalls von meinem unmittelbaren Nachbar gesagt worden: „Die da oben — er meinte die Journalisten — glauben Ihnen noch etwas". Die glauben Ihnen aber längst nichts mehr, die wissen viel besser als wir, dass Sie nie die Wahrheit sagen, sie bringen es nur, damit sie die Bevölkerung auch wieder foppen, das ist so etwas Gegenseitiges, aber einen anderen Zweck hat es nicht.

Schließlich bin ich dem Herrn Referenten sehr dankbar dafür, dass er mir gesagt hat, wozu die 3,100.000 fl. verwendet werden. Die Herrschaften werden sie auf Schulbauten, vielleicht auch für Markthallen verwenden. Sehen Sie, darin liegt es ja, was ich immer bekämpfe. Diese Schulbauten sind keine außerordentliche Ausgabe, Schulen werden Sie jedes Jahr bauen müssen, und ich fordere den Herrn Referenten auf, mir nur ein Jahr zu sagen, in welchem keine Schule gebaut wurde. Das sind ordentliche Auslagen und ebenso ist es mit der Erbauung von Markthallen; denn wenn Wien größer wird, so müssen Sie Markthallen bauen, ob Sie wollen oder nicht. Diese 3,100.000 fl. gehören daher zu nichts anderem als zur Deckung des laufenden Deficits. (Rufe links: So ist es! — Widerspruch rechts.) und das Anlehen wird nicht so sehr gemacht der Wasserleitung wegen — gar keine Idee — sondern des Deficits wegen, und die ersten Millionen werden auch nicht für die Wasserleitung fließen — nein — sie werden fließen zur Stärkung der Gemeindecassa, respective zur Deckung des Deficits und deshalb wehren Sie sich auch alle um diese 3,100.000 fl., deshalb vertheidigen Sie diese Summe mit allem Aufgebote Ihres Wissens und Ihrer Beredsamkeit, deshalb citieren Sie längst vergangene Gemeinderaths-Beschlüsse, bei deren Fassung kein Mensch gewusst hat, um was es sich handelt. (Widerspruch rechts.) Gewiss, denn es geht manchmal hier zauberhaft schnell zu. Ihre Vorsitzenden sind in dieser Beziehung sehr gewandt, so dass auch der Achtsamste der hier sitzt, oft nicht weiß, ob die Sache vorbei ist oder nicht. Für Sie, meine Herren, haben die Gemeinderaths-Beschlüsse nicht mehr Wert als ein Stück Papier. Sie haben ja Gemeinderaths-Beschlüsse so oft umgeworfen oder nicht befolgt, Sie wissen am allerbesten wie lächerlich eigentlich ein Gemeinderaths-Beschluss ist, und wenn wir uns zur Wahrung unseres Standpunktes auf einen früheren Gemeinderaths-Beschluss berufen haben, so haben Sie uns geradezu verhöhnt und ausgelacht. Sie waren es, die Gemeinderaths-Beschlüsse im Handumdrehen geändert haben, Sie haben heute „A" gesagt und morgen wieder „B" — also warum soll ich mehr Respect gerade vor dem Gemeinderathe vom 8. April 1892 haben, als Sie vor den Gemeinderaths-Beschlüssen überhaupt?

Es ist ein Glück, meine Herren, dass es draußen ist. Sie brauchen das Anlehen zur Deckung des Deficits, Sie machen Schulden, um nicht zu dem Mittel greifen zu müssen, bezüglich dessen Sie der Bevölkerung immer gesagt haben, Sie brauchen es nicht, nämlich zur Erhöhung der Zinskreuzer. Ich constatiere nur das eine: Nicht ich war derjenige, der gesagt hat, das führt zum Bankerott, ein solches Wort kommt nicht aus meinem Munde, der Herr Referent hat auch gut achtgegeben und wird mir bestätigen, dass ich das nicht gesagt habe. Aber das muss gesagt werden, dass Sie uns nicht zum besten halten können mit Ihrer Liebe zu den Vororten; Sie machen das Anlehen einzig zu dem Zwecke und es geht dies speciell aus diesen 6¼ Millionen hervor, um das laufende Deficit zu decken, und wenn Sie mir beweisen wollen, dass das nicht wahr ist, was ich gesagt habe, dann streichen sie diese 3,100.000 fl. Wir werden dann schon sehen, ob Sie auskommen, und wenn Sie dann Schulbauten machen wollen, so können Sie neuerdings mit einem Anlehen kommen. Man kann das ja öfter wiederholen, das ist kein Unglück, wir werden darüber reden, aber so darf man es nicht machen wie Sie es zu machen belieben, dass unter dem Deckmantel eines gemeinnützigen Unternehmens, wie es die Erweiterung der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung ist, sich etwas mitvollzieht, was ausschließlich darauf berechnet ist, die Wählerschaft irrezuführen. Ich will nur, dass Sie die Wahrheit sagen und es freut mich, dass ich die Maske etwas lüften konnte, und dass dies die Bevölkerung wissen wird — freilich nicht aus den Zeitungen, darin wird nichts davon stehen —, aber wir werden ihr sagen, was hier geschehen ist, und werden auch die Worte des Herrn Referenten citieren, den von Ihnen so dringend angerathenen Weg betreten, wir werden der Bevölkerung sagen, dass die ganze Geschichte nichts anderes ist, als der Schleier für das Bild zu Saïs. Wenn einmal der Schleier gelüftet sein wird, wird ganz Wien paff sein vor lauter Schrecken, wie es schon im Gedichte von Schiller heißt. (Heiterkeit.) Damit empfehle ich Ihnen nochmals die Annahme des von mir gestellten Antrages, ich weiß zwar, es ist vergebens, aber ich habe meine Pflicht gethan, meine Pflicht besteht darin, bei Ihrem starren Zusammenhalten und Ihrem Widerstande gegenüber jedem Antrage von unserer

Seite die Maske zu lüften, hinter welche Sie sich verkriechen wollen. (Bravo! links.)

Gem.-Rath Gregorig: Der geehrte Herr Gem.-Rath Friedjung hat die Äußerung gemacht, dass wir für das Anlehen stimmen müssen, weil wir uns vor den Vororten fürchten. Das ist ganz unrichtig, meine Herren. Die Opposition ist heute gezwungen, für das Anlehen zu stimmen, weil es keinen anderen Ausweg mehr gibt. Der Zwang, der auf uns haftet, hat die Misswirtschaft, welche seinerzeit in der Gemeinde geherrscht hat und bis heute noch herrscht, zur Ursache. Hätten die Herren Unternehmungen, welche gewinnbringend sind, geschaffen, zum Beispiel die Anlage von Gaswerken in eigener Regie, so würden wir sämmtliche Anlehen ersparen können. Sie sehen es ja den kolossalen Überschreitungen, die bei allem stattfinden, zum Beispiel beim Bau dieses Hauses. Es ist kolossal, welche Summe über die veranschlagte Summe verwendet wurde.

Der geehrte Herr St.-R. Matzenauer hat in der Freitag-Sitzung die Wahl von Generalrednern beantragt. Der Herr St.-R. Matzenauer war damals auch in der Rathhausbau-Commission, sogar ein hervorragendes Mitglied, und unter seiner Ägide haben die großen Überschreitungen stattgefunden. Für seine Verdienste ist er in Stein ausgehauen worden an irgend einer Stelle, ich kann mich nicht genau erinnern wo — ich glaube, die Volkshalle ist es — nur hat man bei der Wahl des Materiales zum Aushauen zum falschen Materiale gegriffen; man hätte einen halbdurchsichtigen Stein von Wieliczka nehmen sollen, das wäre das rechte Materiale zum Aushauen gewesen.

Bezüglich der 3½ Millionen hat der Herr College Dr. Lueger alles so ziemlich ausgeführt, was auszuführen ist, nur eines hat er übersehen; wir stehen davor, kolossale Summen für Grundeinlösungen ausgeben zu müssen, welche durch die 18jährige Steuerfreiheit auf die Commune Wien fallen, und das sind Summen, welche Sie decken. Sie haben im Vorjahre eine Menge Summen nicht ausgegeben, welche Sie hätten ausgeben müssen, und jetzt müssen Sie an die Zukunft denken und es werden die 3½ Millionen dazu gut sein, um die Speculanten für Grundeinlösungen bezahlt zu machen.

Der Herr St.-R. Matzenauer hat den Antrag auf Generalredner gestellt. Es ist eigenthümlich, dass ein Stadtrath das macht und Sie müssen verzeihen, wenn mir ein solches Vorgehen allerlei Bedenken wachruft. Gerade die Herren, welche an der Krippe sitzen, welche die Verwaltung der Stadt Wien zu leiten haben, sollten für volle Objectivität, für volle Öffentlichkeit der Verhandlungen sein. Man hat uns aber gezwungen, darüber zu schweigen. Ich bringe der ganzen Sache, wie sie hier ist, das größte Misstrauen entgegen; ich kann absolut nicht für das Anlehen stimmen, meine Collegen können stimmen, wie sie wollen, ich werde nicht dafür stimmen. (Unruhe links.) Einer Verwaltung, die in einer solchen Weise gegen uns vorgeht, bringe ich kein Vertrauen entgegen und kann ich keine Steuern und kein Anlehen bewilligen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte vorgemerkt ist Herr Gem.-Rath Grünbeck (derselbe ist nicht anwesend). Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Meine Herren! Einen Theil desjenigen, was ich ausführen wollte, habe ich schon früher in meiner Zwischenrede erwähnt. Ich glaube auch nicht, dass sich die Herren weiters belehren lassen werden.

Der Herr Gemeinderath aus dem III. Bezirke, der Führer der Opposition, hat gemeint: „Ja, wofür diese 3,100.000 fl. ausgegeben wurden, wissen wir; sie wurden für Wasserleitungszwecke ausgegeben, wofür aber dieses Geld ausgegeben werden wird, wissen wir nicht." Ja, weiß denn der Herr Führer der Opposition nicht, dass der Gemeinderath ein unbedingtes Budgetrecht hat? Es darf nicht über Einen Gulden verfügt werden, welchen der Gemeinderath nicht beschlossen hat. Wenn 3½ Millionen in unseren Cassen liegen, darf über dieselben nicht verfügt werden, ohne dass der Gemeinderath darüber gefragt wird.

Die sämmtlichen Herren betonen, dass der Gemeinde noch große Auslagen bevorstehen. Das ist ganz richtig; aber in demselben Athemzuge verweigern die Herren der Gemeinde diejenigen Mittel, welche nothwendig sind. Es wird gesagt, dass wir uns unter einer Maske verkriechen, dass wir das Deficit bemänteln wollen.

Offener und ehrlicher, als ich den Bericht geschrieben habe, kann er nicht geschrieben werden.

Ich habe deutlich da gesagt, dass diejenigen Auslagen, welche namentlich jetzt herantreten aus Anlass der Vereinigung der Vororte, wie Schulbauten, wohl alle Jahre vorkommen werden, aber nicht in solcher Summe. Wir werden nicht alle Jahre 1½ Millionen für Schulbauten einstellen. So kolossale Summen können nicht auf den Dienst eines Jahres gebracht werden.

Wenn Jemand etwas nicht einsehen will, so nützt das Reden nichts, man müsste sich die Lunge herausreden.

Die Summe von 3,100.000 fl. gehört ebenso in die Summe für das Wasserleitungsanlehen hinein, wie jede andere, und es ist absolut nicht einzusehen und zu begreifen, wenn man für irgend einen großen Zweck auf ein Anlehen verweist, einen zufällig aus den eigenen Mitteln vorgeschossenen Betrag nicht diesem Zwecke zuwenden zu wollen. Wenn die Erbauung der Gaswerke von der Stadt Wien in Angriff genommen werden wird, so wird ein ganz ähnlicher Vorgang platzgreifen. Wir werden nicht gleich ein Anlehen aufnehmen. Wir werden gewisse Vorauslagen aus den eigenen Cassabeständen bestreiten müssen; die Kosten für die Grundeinlösung, für die Ausarbeitung von Plänen können in die Hunderttausende gehen. Wenn wir ein großes Anlehen für die Gaswerke aufgenommen haben werden, dann wird es selbstverständlich sein, dem werden die Herren auch zustimmen, dass diese Beträge, welche das currente Budget nicht belasten dürfen, hier refundiert werden.

Meine Herren! Was für das Gas billig ist, muss für das Wasser recht sein. Ich kann die Herren nur dringend ersuchen, den Anträgen, die der Stadtrath gestellt hat, zuzustimmen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur thatsächlichen Berichtigung): Herr Dr. Lueger hat behauptet, dass ich und andere Redner dieser (rechten) Seite verlangt haben, dass die Opposition Respect haben soll vor dem Gemeinderaths-Beschluss vom 8. April 1892. Ich habe das nicht gesagt, wiewohl ich meine, dass Gemeinderaths-Beschlüsse Respect verdienen. Ich berichtige, dass ich das nicht gesagt habe. Ich habe nur gesagt, dass die Opposition Respect haben solle vor ihrer eigenen Haltung und vor ihrer eigenen Abstimmung am 8. April 1892; dass es die Consequenz erfordern würde, heute so abzustimmen, wie sie damals abgestimmt hat.

Gem.-Rath Bärtl (zur Geschäftsordnung): Nachdem ich glaube, dass wir zur Abstimmung kommen, so stelle ich den Antrag, dass das Präsidium die Auszählung vornehmen lasse.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es sind nicht 92 Gemeinderäthe anwesend. Es ist am besten, die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte, zu constatieren, wer fehlt. Kürzlich ist ein ähnlicher Antrag zurückgewiesen worden, weil schon 8 Uhr war. Heute ist noch nicht 8 Uhr.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte sehr, ich habe die Herren darauf aufmerksam gemacht, dass sie selbst die unnöthige Hinausschiebung der Debatte verschuldet haben. Die Herren wissen, wenn es 8 Uhr wird, ist es nicht möglich, eine complete Versammlung zu bilden.

Gem.-Rath Bärtl: Ich bitte, die namentliche Auszählung vorzunehmen. (Unruhe.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe. Ich bitte, einen Antrag zu stellen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich habe ja den Antrag gestellt, es solle namentliche Auszählung stattfinden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das gibt es nicht; es steht auch nirgends in der Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Gelegentlich der Bierkreuzer-Debatte und gelegentlich noch eines anderen Falles hat man es gethan. Gleiches Recht für alle!

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Sie haben nicht das Wort. Ich bitte, das Haus auszuzählen. (Nach Auszählung der Versammlung.) Es sind 76 Gemeinderäthe anwesend. Wünschen die Herren, dass dies amtlich constatiert werde? (Rufe: Auszählung vornehmen! Namensliste vorlesen! Sie haben es ja früher auch gethan!)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich richte an den Herrn Vorsitzenden die Bitte, nun auch über unser Verlangen die Namensliste verlesen zu lassen. Es ist dies damals beim Bierkreuzer und auch bei anderen Gelegenheiten geschehen. Sie haben es damals zu dem Zwecke gethan um uns ..... (Rufe: Es geschieht ja ohnedies!) Geschieht es? Wenn es geschieht, alle Achtung.

Über Namensaufruf durch den Schriftführer Gem.-Rath Zagórski wird die Anwesenheit der folgenden Gemeinderäthe constatiert:

Adam, v. Bachofen, Bärtl, Becker, Dr. v. Billing, Boschan, Brauneiß, Büsch, Dr. Daum, Dehm, Edlhofer, Eigner, Dr. Friedjung, Gerhardus, Geyer, Gfrorner, Ritt. v. Goldschmidt, Gräf, Gregorig, Vice-Bürgermeister Dr. Grübl, Grünbeck, Dr. Hackenberg, Haßfurther, Herold, Hipp, Hörmann, Janotta, Kirchmayer, Dr. Klotzberg, Kraetschmer, Lang, Latschka, Dr. Lerch, Dr. Lueger, Markl, Matzenauer, K. M. Mayer, Meißl, Josef Müller, Dr. Nechansky, Ritt. v. Neumann, Noske, Bürgermeister Dr. Prix, Dr. Prockſch, Purscht, Rauscher, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Sauerborn, Scheidl, Schlechter, Schlögl, Schneeweiß, Schneiderhan, Schoderböck, Schreuckh, Schuh, Seidler, Seiler, Simon, Stehlik, Steiner, Dr. Stenzl, Dr. Stern, Stiaßny, Tagleicht, Taubler, Tischler, Trambauer, Vaugoin, Waegner, Weitmann, Vincenz Wessely, Winker, Witzelsberger, Zagórski, Ziegelwanger, Dr. Zimmermann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Abstimmung findet in der für Mittwoch anberaumten Sitzung statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung um 8 Uhr abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **9. Mai 1893** unter dem Vorsitze der Vice-Bürgermeister Dr. Albert Richter und Dr. Raimund Grübl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig.

1. Ich habe die Ehre, folgende Zuschrift, welche an das Präsidium des Vereines zur Erhaltung des Franz Josef Jugend-Asyles für verlassene Kinder und Minderjährige eingelangt ist, zur Verlesung zu bringen. Dieselbe lautet (liest):

„Se. k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 24. April 1893 allergnädigst zu genehmigen geruht, dass der Verein zur Erhaltung des Franz Josef Jugend-Asyles für verlassene Kinder und Minderjährige in Wien zur Förderung des Vereinszweckes mit je einem Dreißigstel der Erträgnisse des k. u. k. Stiftungshauses am Schottenring auf die weitere Dauer von fünf Jahren (1893 bis 1897) betheilt werde.

Hievon wird mit dem Beifügen die Mittheilung gemacht, dass dieser Erträgnisantheil alljährlich im Monate December zur Auszahlung angewiesen und das geehrte Präsidium jedesmal wegen Behebung desselben verständigt werden wird.

Wien, am 29. April 1893.

Chertek."

Die Versammlung ist einverstanden, dass der Herr Bürgermeister in geeigneter Weise den Dank für diese Allerhöchste Spende abstattet. (Allgemeiner Beifall.)

2. Ich habe die Ehre, zur Kenntnis zu bringen, dass die Herren Gem.-Räthe Markl und Dehm ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigen.

3. Von Herrn Gem.-Rath Schneiderhan ist folgende Zuschrift eingelangt (liest):

„Euer Hochwohlgeboren!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der städtische Oberlehrer und Bezirksausschuss Herr Gregor M. Bartsch hat eine Chronik über die Wirksamkeit des Ortsschulrathes in Unter-Meidling in den Jahren 1871 bis 1892 verfasst und widmet dieselbe der Gemeinde Wien.

Ich beehre mich, Ihnen, hochgeehrter Herr Bürgermeister, diese Chronik mit dem Ersuchen zu übermitteln, dieselbe der Wiener Stadtbibliothek gefälligst einverleiben zu lassen.

Mit dem Ausdrucke der vollsten Hochachtung
zeichnet ergebenst

Wien, am 9. Mai 1893. Schneiderhan."

Die Versammlung spricht den Dank aus.

4. In der letzten Sitzung haben die Herren Gem.-Räthe Boschan, Dr. Prockſch, Dr. Lueger und Genossen folgende Interpellation eingebracht (liest):

„Der Gemeinderath hat bereits in seiner Sitzung vom 8. Februar l. J. das Detailproject für den Bau des linksseitigen Sammelcanales genehmigt.

Bei diesem Baue würde eine große Anzahl von Arbeitern Beschäftigung finden. Bisher ist jedoch mit dem Baue nicht begonnen worden und verlautet auch sonst nicht, was dem Beginne desselben im Wege stehe.

Wir erlauben uns, an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen: Welche Hindernisse bestehen, dass der Bau des linksseitigen Sammelcanales noch nicht in Angriff genommen wurde, und ist Aussicht vorhanden, dass diese Hindernisse ehebaldigst beseitigt werden?"

Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Nach Genehmigung des Detailprojectes für den linksseitigen Sammelcanal wurde das Operat ohne Verzug an die Commission für Verkehrsanlagen in Wien geleitet, und hat dieselbe auch mit Beschluss vom 18. Februar l. J. dasselbe mit dem Beifügen genehmigt, dass das wasserrechtliche Verfahren sofort eingeleitet und die Gemeinde unter einem ersucht werde, wegen Sicherstellung der Arbeitsvergebung das Nöthige zu veranlassen.

Die Offertverhandlung hat demnach bereits am 4. April l. J. stattgefunden, und hat der Stadtrath schon am 11. und 19. April l. J. die Unternehmer bestellt.

Am 12. April l. J. fand die commissionelle Verhandlung im wasserrechtlichen Verfahren statt, bei welchem Anlasse weder von Seite des Staatstechnikers noch von Seite der staatlichen Sanitätsorgane eine Einwendung gegen das Project erhoben, vielmehr auf die Genehmigung desselben angetragen wurde. Auch von Privat-Interessenten sind wesentliche Einwendungen nicht erhoben, und haben mittlerweile auch das hohe Obersthofmeisteramt hinsichtlich der Benützung von Pratergründen die Zustimmung ertheilt.

Ich habe ohne Verzug die Bauleitung bestellt, und sind alle Vorbereitungen getroffen worden, damit am 2. Mai l. J. der Bau in Angriff genommen werden könne.

Um den wasserrechtlichen Consens und die Baubewilligung rechtzeitig zu erhalten, habe ich mich unter Darlegung der Dringlichkeit am 25. April l. J. schriftlich an Se. Excellenz den Herrn Statthalter gewendet und auch mündlich diese Angelegenheit urgiert.

Trotzdem ist es bis heute nicht möglich gewesen, den Consens zu erlangen.

5. Auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Kreindl, welche sich auf die Überreichung des Projectes für die Rohrlegung zur Hochquellenleitung für die Bezirke Ottakring und Hernals und auch Theile von Währing bezieht und um die Gründe fragt, warum der XIX. Bezirk noch nicht einbezogen wurde, und ob der Herr Bürgermeister nicht veranlassen wollte, dass bei der Vorlage auch der XIX. Bezirk, insbesondere Ober-Döbling, berücksichtigt werde und auch hier die Rohrlegung begonnen werde, habe ich die Ehre, zu erwidern:

Das Project für die Wasserversorgung des XVIII. und XIX. Gemeindebezirkes (IV. Baulos) befindet sich bereits in Ausarbeitung, und schließt sich dasselbe in Bezug auf die Führung der Hauptröhrenzüge an das bereits vorgelegte Project (III. Baulos) an, bei welchem das Hauptrohr bis in die Martinsstraße in Währing gelegt werden soll.

In dem neuen, in Ausarbeitung begriffenen Projecte (IV. Baulos) wird das Hauptrohr dann durch die Feldgasse in Währing, Hirschengasse in Ober-Döbling, Silbergasse in Unter-Döbling und von hier nach Heiligenstadt zur Ausführung beantragt, während ein zweites Hauptrohr am Währingergürtel zur Nussdorferstraße in Ober-Döbling und von hier über Heiligenstadt nach Nussdorf und Kahlenbergerdorf in Aussicht genommen ist.

Da Ober-Döbling seinerzeit die Hauptröhren nur in minimalen Dimensionen für 16 öffentliche Auslaufbrunnen herstellen ließ, dieses Rohrnetz derzeit schon wegen Vermehrung der öffentlichen Brunnen und Dotierung von Schulen und öffentlichen Anstalten mit der größten Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen worden ist, so kann in Ober-Döbling eine weitere Wasserabgabe erst nach Herstellung der projectierten Hauptröhrenzüge erfolgen; welche Hauptröhrenstränge sich selbstverständlich an jene Nachbarbezirke anschließen müssen, die ihren Wasserzufluss entweder vom Reservoir Schmelz und Rosenhügel oder je nach der Höhenlage der Örtlichkeit für die Wasserabgabe von den erst zu erbauenden Hochreservoirs erhalten.

Eine Ausscheidung des Rohrnetzes für Ober-Döbling von den übrigen Nachbarbezirken ist nicht durchführbar.

6. Auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Brauneiß, welche sich auf einen von ihm am 21. Juni 1892 gestellten Antrag bezieht, wonach an sämmtlichen öffentlichen Auslaufbrunnen Becher angebracht werden sollen, habe ich die Ehre, zu erwidern, dass dieser Antrag am 1. Juli 1892 an den Magistrat zur Berichterstattung geleitet wurde, zu jener Zeit aber im Interesse des Antrages selbst die Berichterstattung nicht urgiert wurde, da angesichts der bestehenden Choleragefahr auf Genehmigung derselben nicht zu rechnen gewesen wäre. Es ist aber die Erstattung dieses Berichtes neuerlich urgiert worden.

Gem.-Rath Kaspar (zur Geschäftsordnung): Es wurde schon von einer Seite der Wunsch ausgesprochen, dass die Gemeinderaths-Sitzungen präciser beginnen mögen. Der Herr Bürgermeister hat ganz richtig darauf erwidert, dass er nichts anderes thun könne, als die Sitzungen auf eine bestimmte Stunde anzuberaumen. Nun hat sich aber doch der Usus eingebürgert, dass die Gemeinderaths-Sitzungen gewöhnlich um $^1/_2$6 Uhr beginnen. Wir haben aber doch gewisse Rücksichten gegen jene Vertreter zu üben, welche in den entlegenen Bezirken wohnen, und wir haben hier Herren, welche wenigstens eine Stunde, oft auch mehr zurückzulegen haben, zu welchen auch ich gehöre, da ich zum Sommeraufenthalt in Pötzleinsdorf wohne.

Ich glaube aber, berechtigt zu sein, die Bitte zu stellen, dass hier eine Änderung eintrete, und wir finden da nach meiner Meinung den besten Ausweg, wenn das Präsidium geneigt wäre, künftighin die Sitzungen auf präcise $^1/_2$5 Uhr anzuberaumen.

Ich möchte daher die Bitte aussprechen, dass das geehrte Präsidium in dieser Richtung Vorkehrungen treffe. Es ist constatiert, dass die Herren aus den entlegeneren Bezirken keinen Wagen mehr bekommen, um nach Hause fahren zu können, und einen Fiaker sich zu nehmen, trägt es nicht jedem.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe die Ehre, zu bemerken, dass während der Sommerperiode die Sitzungen ohnedies für $^1/_2$5 Uhr anberaumt sind. Wir können aber nicht eher beginnen, als bis eine beschlussfähige Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderathes anwesend ist. Sobald eine solche constatiert wird, werden die Sitzungen ohnedies eröffnet.

Zum Referate bitte Herrn Gem.-Rath Schlechter.

7. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe die Ehre, über eine Reihe von Wahlacten zu berichten, zunächst zur Zahl 2276, welche die Wahl eines Gemeinderathes aus dem 2. Wahlkörper des I. Bezirkes betrifft. Diese Wahl wurde in zwei Sectionen vorgenommen und sind abgegeben worden 596 Stimmzettel, wovon 19 leer waren, daher als ungiltig erklärt werden mussten. Es blieben sohin in der I. Section 577 giltige Stimmzettel; in der II. Section wurden 494 Stimmzettel abgegeben, davon waren 16 leer, ungiltig wurde einer erklärt. Diese 17 abgezogen, verbleiben 477 giltige Stimmzettel. Es beträgt daher die Anzahl der abgegebenen Stimmzettel 1054 und die absolute Majorität 528. Diese erhielt Herr Dr. Alfred Mittler, Hof- und Gerichtsadvocat, I. Bezirk, Kolowratring Nr. 9, der mit 1024 Stimmen gewählt erscheint. Es wird daher der Antrag gestellt: die vom 2. Wahlkörper des I. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Alfred Mittler, Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluss: Die vom 2. Wahlkörper des I. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Alfred Mittler, Hof- und Gerichtsadvocaten in Wien, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

8. Referent Gem.-Rath Schlechter: Das nächste Referat betrifft die Wahl eines Gemeinderathes aus dem 2. Wahlkörper des III. Bezirkes. Bei der Wahl waren die Wähler in drei Sectionen eingetheilt, und sind in der I. Section 583 Stimmzettel abgegeben worden, wovon neun leer waren, daher giltig 574; in der II. Section wurden abgegeben 573 Stimmzettel, darunter sechs leer, folglich blieben 567 giltige; in der III. Section sind 555 Stimmzettel abgegeben worden, wovon sieben leer waren, es blieben daher giltig 548 Stimmzettel.

Die Anzahl der abgegebenen giltigen Stimmzettel ist 1689, die absolute Majorität beträgt daher 845. Diese erhielt Herr Josef Gierster, k. k. Professor, III. Bezirk, Beatrixgasse 19, mit 915 Stimmen; auf Herrn Franz Kreisel fielen 770 Stimmen. Nachdem der erstere mit absoluter Majorität gewählt erscheint, wird der Antrag gestellt: „Die von dem 2. Wahlkörper des III. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Gierster, k. k. Professors, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Die von dem 2. Wahlkörper des III. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Gierster, k. k. Professors, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

9. Referent Gem.-Rath Schlechter: Ich habe ferner zur Zahl 2278 zu berichten über die Wahl eines Gemeinderathes aus dem 2. Wahlkörper des IV. Bezirkes. Für diesen Wahlkörper waren zwei Sectionen gebildet. In der I. Section sind 389 Stimmzettel abgegeben worden, davon waren 18 leer. Es blieben somit 371 giltige Stimmzettel. In der II. Section wurden abgegeben 402 Stimmzettel, wovon 19 leer waren, giltig blieben daher 383, so dass sich die Anzahl der abgegebenen giltigen Stimmzettel auf 754 stellt. Die absolute Majorität beträgt 378, und diese erhielt Herr Dr. Josef Scholz, IV. Bezirk, Waaggasse 1, welcher mit 731 Stimmen gewählt erscheint. Es wird der Antrag gestellt: „Die vom 2. Wahlkörper des IV. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Josef Scholz, IV. Bezirk, Waaggasse 1, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht jemand von den Herren das Wort? (Nach einer Pause:) Keine Einwendung? Angenommen.

Beschluss: Die von dem 2. Wahlkörper des IV. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Josef Scholz wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

10. Referent Gem.-Rath Schlechter: Eine weitere Wahl-Verificierung betrifft die Wahl eines Gemeinderathes aus dem 3. Wahlkörper im V. Bezirke. Dieser war in drei Sectionen eingetheilt. In der I. Section wurden 763 Stimmzettel abgegeben, wovon zwei als ungiltig erklärt werden mussten, es blieben sohin 761 giltige Stimmzettel. In der II. Section wurden abgegeben 730 Stimmzettel, davon wurden drei als ungiltig erklärt und fünf waren leer, es bleiben sohin 722 giltige Stimmzettel. In der III. Section wurden 712 abgegeben, davon vier ungiltig und einer leer, daher sind fünf in Abzug zu bringen. Es bleiben sohin 707 giltige Stimmzettel. Zusammen daher 2190 giltige Stimmzettel. Die absolute Majorität beträgt 1096; diese erhielt Herr Strobach, Lehrmittelhändler und Hausbesitzer, V., Schlossgasse 26, mit 1450 Stimmen; auf Herrn Blaschke fielen 668 Stimmen.

Der Erstgenannte erscheint hiemit gewählt, und wird der Antrag gestellt: „Die von dem 3. Wahlkörper des V. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Strobach, Lehrmittelhändlers und Hausbesitzers, V., Schlossgasse 26, wird im Sinne des § 21 der Gemeinderaths-Wahlordnung verificiert."

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe mich zum Worte gemeldet, nicht etwa um den Antrag des Stadtrathes zu bekämpfen, sondern um eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, welche nur bei dieser Gelegenheit, überhaupt hier im Plenum des Gemeinderathes, zur Sprache gebracht werden kann. Es betrifft die Zusammenstellung der Wählerlisten. Ich weiß nicht, welche Erfahrungen die Herren der Gegenseite gemacht haben, aber wir müssen gestehen, dass noch nie die Wählerlisten so mangelhaft waren, als es diesmal der Fall war. Die Herren, welche Vorsitzende im V. Bezirke gewesen sind, werden sich erinnern, dass eine Unzahl von Personen mit ihren Steuerbögen zur Wahl gekommen sind, in der Meinung, sie befinden sich in der Wählerliste und es sei ihnen nur die Wahllegitimation nicht zugestellt worden. Sie waren aber gar nicht in der Wählerliste.

Im V. Bezirke — es ist geradezu merkwürdig — ist ein Mann, namens Esslbauer, Gastwirt, wohl weit über zehn Jahre an einem und demselben Punkte Gastwirt, er ist Mitglied des Bezirksausschusses, und dennoch hat er in der Wählerliste keine Aufnahme gefunden.

So wie es dem einen ergangen, ist es nicht vielleicht nur 10 oder 50 ergangen, sondern hunderten.

Wir haben eine Stichprobe gemacht und sind durch diese zu dem Schlusse gekommen, dass im 3. Wahlkörper des V. Bezirkes mindestens 300 Wähler fehlen. Das sind Zustände, welche nicht geduldet werden können. Sehen Sie, meine Herren, in früherer Zeit, bevor der neue Gemeinderath gewählt worden ist, zur Zeit des alten Gemeinderathes, war folgender Vorgang Gepflogenheit:

Es wurde denjenigen, welche in die Wählerlisten eingetragen wurden, bereits im Monat December eine Zuschrift zugestellt, mit welcher sie verständigt wurden, dass zum Beispiel X. Y. in die Wählerliste des 2. Wahlkörpers für den III. Bezirk eingetragen wurde. Wenn jemand im Monat December eine solche Zustellung nicht erhalten hat, so konnte er — wenn er ein eifriger Politiker gewesen ist — wissen, dass auf irgend eine Weise vergessen wurde, ihn in die Wählerliste aufzunehmen und konnte bei der Reclamation darauf achten und sein Wahlrecht reclamieren. Weiter ist es geschehen, dass früher die gedruckten Wählerlisten vor Ablauf der Reclamationsfrist zugestellt worden sind, und da war man in der Lage, die Wählerlisten zu prüfen und denjenigen, welcher nicht Aufnahme gefunden hat, zu erinnern, dass er sein Wahlrecht reclamieren soll. Dann nach Ablauf der Reclamationsfrist ist den Wählern wieder eine sogenannte Ergänzungsliste, Rectificationsliste, zugestellt worden. Meine Herren, ich glaube, dass uns allen daran gelegen sein muss, dass die Wählerlisten ordentlich sind. Es liegt das im Interesse aller Parteien, sowohl der Majoritätspartei als auch unserer Partei. Wir sind verpflichtet, darauf zu sehen, dass niemand, der das Wahlrecht hat, übergangen wird, und dass im vorhinein die Wähler-

listen in der Weise zusammengestellt sind, dass man sagen kann, sie haben Anspruch auf möglichste Vollkommenheit.

Das ganze Wahlgeschäft ruht jetzt in den Händen des Stadtrathes, und ich muss Ihnen sagen, es hat mich die zu Tage getretene Mangelhaftigkeit sehr unangenehm berührt. (Widerspruch rechts.) Ja, es ist in den Händen des Stadtrathes. Wir haben nichts mehr dreinzureden. Wir bestimmen nicht mehr den Tag, an welchem gewählt wird, wir bestimmen nicht mehr die Reclamationsfrist. Das Plenum des Gemeinderathes hat nichts mehr damit zu thun. Dieses Recht ist uns glücklicherweise durch das neue Statut abgenommen worden. Es ist also der Stadtrath derjenige, der alles zu besorgen hat, und es hat mich geradezu wundergenommen, dass sich im Stadtrath keine Stimme dafür gefunden hat, dass wieder diejenigen Vorsichtsmaßregeln eingeführt werden, welche früher auf Beschlüssen des Gemeinderathes fußend im Gebrauche waren. Es hat mich dies sehr gewundert, und die Herren mögen verzeihen, wenn in der Bevölkerung hie und da die Meinung wachgerufen wird, dass diese Auslassungen nicht unabsichtlich geschehen sind. Es ist nämlich eine merkwürdige Erfahrung, die wir im V. Bezirke gemacht haben, und ich bin gerne bereit, den Herren den Beweis zu liefern, dass gerade eine Unzahl von Wählern, welche unserer Partei angehören, ausgelassen wurden. (Rufe rechts: Auch Liberale!) Das mag ein Zufall sein. Darüber will ich nicht streiten. Aber, wenn es ein Zufall war, dann, meine Herren, ist es die heiligste Pflicht des Stadtrathes, darauf zu sehen, dass sich solche Zufälle in Hinkunft nicht mehr ereignen. Man darf sich nicht darauf verlassen, ob der A. oder der B. sein Wahlrecht reclamiert. Es könnte passieren, dass auch ich einmal nicht in der Wählerliste wäre. Ich könnte mir denken: Jetzt bist du schon 20 oder 25 Jahre Wähler der Stadt Wien, da wirst du doch um Gottes willen in der Wählerliste drinnen sein. Ich bekümmere mich, in dem Gefühle der vollen Sicherheit, dass ich in der Wählerliste bin, nicht, auf einmal fehle ich darin. Das ist etwas, was unter jeder Bedingung vermieden werden muss. Aber nicht bloß im V. Bezirke — der Herr Vorsitzende möge gestatten, dass ich das gleich generalisiere — nicht bloß im V. Bezirke hat sich das ereignet, auch im VIII. Bezirke war dasselbe der Fall. Ich habe eine ganze Liste von Wählern, welche nicht in die Wählerliste aufgenommen erscheinen, und nicht bloß Wähler des 3. Wahlkörpers, auch des 2. und 1. Wahlkörpers. Da konnte man allerdings von vorneherein leichter eine Controle vornehmen.

Auch im 2. Wahlkörper ist eine Unzahl Wähler nicht aufgenommen worden, und vielleicht haben die Herren aus jenen Bezirken, in welchen Wahlen aus dem 2. Wahlkörper vorgenommen worden sind, diesbezügliche Erfahrungen gemacht. Ich erkläre Ihnen, ich habe eine Zuschrift eines Beamten, ich glaube der Postsparcassa, bekommen, aus welcher hervorgeht, dass die Zuschriften, welche von Seite der Ämter an den Magistrat gerichtet werden und in welchen die wahlberechtigten Beamten aufgenommen worden sind, nicht berücksichtigt wurden. Ja, meine Herren, das sind Vorgänge, die nicht genug getadelt werden können. Ich habe noch zur Zeit unserer Abwesenheit aus dem Gemeinderathe, wenn ich nicht irre, mir erlaubt, eine Interpellation in dieser Richtung an den Bürgermeister zu richten.

Heute will ich keinen Antrag stellen; ich erwarte aber, dass von Seite des Stadtrathes in der Richtung die nöthigen Maßregeln getroffen werden, um einen solchen — aufrichtig gesagt — Scandal zu beseitigen. Ich möchte die Herren, welche zum Beispiel im V. Bezirke Vorsitzende waren, ersuchen, sie mögen gefälligst den Herren bekanntgeben, welche Äußerungen die einzelnen Herren, die nicht in die Wählerliste aufgenommen waren, gemacht haben. Ich glaube, da sind vielleicht mehr Ehrenbeleidigungen vorgekommen als anderwärts. Natürlich ist jeder böse, der schon jahrelang Wähler war und auf einmal nicht in der Wählerliste ist. Ich unterlasse es also, einen Antrag zu stellen, weil ich ohnehin weiß, dass die Stellung von Anträgen für die Katz' ist, ich will den Papierkorb nicht bereichern. Ich erwarte aber zuversichtlich, dass der Stadtrath darangeht, solche Maßregeln zu ergreifen, damit die Wählerlisten möglichst vollständig sind, und ich empfehle ihm, jenen Vorgang zu beobachten, der im Laufe der Jahre als der einzig und allein richtige sich herausgestellt hat. Machen Sie keine Neuerungen, bleiben Sie bei dem altbewährten System, und Sie werden sehen, es werden die Wählerlisten wieder jenen Grad von Vollkommenheit erreichen, den sie früher, bevor wir Groß-Wiener geworden sind, besessen haben. Das habe ich mich für verpflichtet gehalten, hier vorzubringen, und ich würde nochmals an den Stadtrath die Bitte stellen, diese meine Anregungen ja zu beherzigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, die Versammlung ist einverstanden, dass der Leiter der ganzen Wahlgeschäfte, der Herr Controlor Haberger, über die ganze Procedur Auskunft gibt, damit die Herren einen Einblick gewinnen in die höchst mühselige und wirklich außerordentlich schwierige Arbeit, und damit Sie sich dann überzeugen, dass ein Übersehen sehr leicht möglich ist.

Steueramts-Controlor Haberger: Ich möchte nur bemerken, dass in früheren Jahren Übergehungszettel gemacht wurden; diese Übergehungszettel haben immer ein negatives Resultat ergeben. Man hat den Zettel gewöhnlich zurückbekommen mit der Relation des Dieners, zum Beispiel „im Hause unbekannt", ohne dass eine Adresse, wo der Betreffende wohnt, angegeben war, oder „Haus demoliert", „ausgezogen" oder „gestorben". Kurz, die Zettel haben immer ein negatives und in den seltensten Fällen ein positives Resultat ergeben. Infolge dessen wurde nun immer eine Anfrage an die Polizei-Direction gerichtet, und da ist es in der kurzen Zeit von zwei bis drei Tagen unmöglich gewesen, die Adresse zu erfahren. So wurde denn mit diesem System gebrochen und im heurigen Jahre das erstemal der Versuch gemacht, an die Polizei-Direction die gesammten Wählerlisten der Bezirke I bis X zur Überprüfung bezüglich der Wohnorte zu übergeben. Diese Adressen, die wir von der Polizei-Direction bekommen haben, wurden verarbeitet.

Nun ist es richtig, dass einige Differenzen vorgekommen sind. Wir haben 80.000 Wähler, und speciell in den Bezirken I bis X sind mitunter Verwechslungen vorgekommen, so z. B. bei gleichen Namen. Es ist das eben sehr schwierig. Es ist z. B. ein Fall vorgekommen mit einem Buxbaum Anton; es existieren in Wien zwei Wähler dieses Namens; jeder ist Gemischtwaren-Verschleißer. Nun ist eine Verwechslung vorgekommen, und er wurde aus der Wählerliste des einen Bezirkes aus- und in die des anderen Bezirkes eingetragen. Einige Fehler sind eben bei 80.000 Wählern unvermeidlich. Infolge dessen wählte man für das heurige Jahr einen anderen Vorgang. Wir haben im Jahre 1891 von den ehemaligen Vorortegemeinden die Wählerlisten übernommen. Darin waren sehr viele Ausländer enthalten; ferner lautete z. B. der Steuerbogen auf den Namen der Frau, während der Mann als Wähler eingetragen war. Das ist in den Vororten vorgekommen

(Hört! rechts), folglich hat man im vorigen Jahre, und zwar schon im November sämmtliche Wähler der Bezirke XI bis XIX vorzuladen angefangen. Die Wählerlisten sind richtiggestellt worden, und soweit die Wähler erschienen sind, ist alles richtiggestellt worden. Wie gesagt, Kleinigkeiten können vorgekommen sein, das ist wohl möglich; aber schon die Ziffern zeigen, wie viele Wähler im vorigen Jahre eingetragen waren und wie viele heuer.

Gem.-Rath Dr. Vogler: In einem muss ich Herrn Dr. Lueger zustimmen, indem ich auch glaube, dass alle Parteien den Wunsch haben, dass die Wählerlisten vollständig und richtig seien. Ich glaube nun aber gewiss nicht, dass von Seite der Beamten diesfalls irgend etwas versäumt worden ist. Es ist eben die Arbeit eine ganz kolossale. Bis nun hatte man es nur mit zehn Bezirken zu thun, und jetzt hat man es mit neunzehn zu thun, und die Frist für die Wahlvorbereitungen war heuer vielleicht auch allzu kurz bemessen. Dass Unrichtigkeiten vorgekommen sind, gibt der Leiter des Wahlcatasters selbst zu, und das kann ich, wie Herr Dr. Lueger, auch constatieren. Im 1. Wahlkörper meines Bezirkes ist es auch vorgekommen, dass Leute, die durch 20 Jahre in der Wählerliste gewesen sind, durch einen Zufall in der Wählerliste nicht mehr erschienen sind. Ich habe das nun ganz einfach gemacht, indem ich den gesetzlichen Weg der Wahlreclamation beschritt; die Leute wurden, nachdem die Erhebungen gepflogen wurden, wieder in die Wählerlisten eingetragen. Ich glaube, das hätten auch die Herren thun sollen, welche im V. Bezirke von diesem Schicksal betroffen worden sind. Ich gebe aber ohneweiters zu, dass das im 1. Wahlkörper, der aus einer nicht sehr großen Anzahl Wähler besteht, leichter möglich ist als im dritten Wahlkörper, wo die Zahl der Wähler in die Tausende geht, und wo das Durchgehen der Wählerlisten eine etwas schwierige Arbeit ist; aber das ist einfach der gesetzliche Weg. Ich erkenne an, dass der Wunsch gerechtfertigt ist, die frühere Praxis der Übergehungszettel wieder einzuführen. Wenn auch diese Übergehungen wirklich nicht das Resultat ergeben haben, dass die Wohnungsrichtigstellungen in vollkommen genügender Weise erfolgt sind — für die Wähler war es doch eine Beruhigung, dass man gewusst hat, dass man in die Wählerliste eingetragen ist, während man das heute nicht weiß.

Ich habe mich hauptsächlich zum Worte gemeldet, weil Herr Collega Dr. Lueger gesagt hat, heute liege das ganze Wahlgeschäft in der Hand des Stadtrathes, und er erwarte vom Stadtrathe, dass er in Zukunft anders vorgehe. Ich erlaube mir, den Herrn Dr. Lueger aufmerksam zu machen, dass das Wahlgeschäft nach dem Gesetze nicht in der Hand des Stadtrathes liegt, und dass der Stadtrath mit den diesjährigen Wahlen so gut wie gar nichts zu thun gehabt hat. Er hat lediglich zu beschließen gehabt über die Kosten der Drucklegung der Wählerlisten, und weiter hat er zu entscheiden gehabt über die an ihn gelangten Recurse gegen Entscheidungen des Magistrates über Wahlreclamationen, betreffend verweigerte oder unrichtige Eintragungen in die Wählerlisten.

Endlich hat der Stadtrath mit den Wahlagnoscierungen zu thun gehabt — dem Gegenstande, der Ihnen heute vorgelegt wird. Sonst hat er nichts damit zu thun gehabt. Die ganze Ausschreibung der Wahlen, die Anordnung der Wahltermine, die Zusammensetzung der Wahl-Commissionen, die Aussendung der Wahlcertificate und Wählerlisten liegt ausschließlich und allein in der Hand des Bürgermeisters. Vom Stadtrathe können Sie daher in dieser Richtung nichts erwarten und dürfen nicht erwarten, dass in dieser Richtung durch ihn in Zukunft eine Remedur geschaffen werde.

Ich schließe mich aber selbstverständlich auch, wie ich schon erklärt habe, der Anregung an, dass die sogenannten Übergehungszettel der Vorjahre wieder eingeführt werden, weil sie wenigstens im Interesse der Wähler als praktisch sich erwiesen haben.

Es kann ja nebstbei die polizeiliche Controle stattfinden, welche in diesem Jahre eingetreten ist.

Gem.-Rath Steblik: Es ist nothwendig, dass diese Sache besprochen wird, und ich bedauere, dass dies nicht schon bei der Landtagswahl im IX. Bezirke geschehen ist. Damals sind hunderte von Legitimationskarten als unzustellbar liegen geblieben, und die Leute haben im selben Locale gewohnt wie immer. Der Herr Controlor Haberger beruft sich auf die Demolierungen. Das ist aber nicht stichhältig, es ist nicht richtig und nicht wahr.

Wenn Demolierungen vorkommen, so werden sie im Steuercataster, wo der Betreffende seine Steuer zu zahlen hat, accurat gefunden. Da finden Sie ihn. Aus was bezieht denn der Herr Controlor seine Macht und Kraft? Er hat sie nur aus dem Steuercataster zu ziehen.

Also, das sind Sachen, die man uns nicht vorbringen kann. Ich muss sagen, der Vorsitzende in mancher Commission und nicht nur der Vorsitzende, auch der Vertrauensmann, der dort sitzt, kommt mit einer Brutalität der Wählerschaft entgegen, die wirklich unanständig ist. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: In welchem Bezirke?) Sogar in meinem Bezirke. Die Commissionen sind mit brutaler Macht ausgestattet. Es ist sogar mir das geschehen. Mich wollte man dort nicht kennen. Das soll nicht sein. (Erneuerter Widerspruch rechts. Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Wir verwahren uns dagegen.) Mich hat man brutal behandelt, mich hat die ganze Commission nicht gekannt, und wo soll ich das aussprechen?

Bei der Commission da sind die Herren unter sich, da hat man mit der Polizei zu thun, wie man es schon einmal gethan hat, ich will die Namen nicht nennen; aber wie ist da vorgegangen worden? Denunciert hat man mich in der scandalösesten Weise.

Es sind sogar Fremde, die mich gekannt haben, mitgegangen, und doch kam es so weit, dass man schon gesagt hat, man habe mich verhaftet. Solche Fälle muss man vorbringen, und weil ich schon so behandelt worden bin, muss ich es schon am richtigen Orte aussprechen. Verblümen Sie es nicht, es geschehen Stückchen, die nicht anständig sind, und mir z. B. hätte man bald die größte Schande angethan. Aus diesem Grunde habe ich mir erlaubt, das vorzubringen.

Was die Vertrauensmänner betrifft, so weiß man ja ganz gut, aus welcher Partei sie sind. In unserem Bezirke, sagt der Herr Dr. Vogler, legt man den Menschen keinen Ernst bei. Das soll aber nicht sein, es gibt keine Parteilichkeit, man soll unparteiisch sein und es soll nicht vorkommen können, dass man mich, nachdem ich 22 Jahre im öffentlichen Leben stehe, bei der Wahl nicht kennen will. Was soll man von einem solchen Vorsitzenden denken? Von der ganzen Wahl-Commission denke ich nichts Gutes, und den Herrn Controlor Haberger bitte ich, dass er seine Zusammenstellung aus dem Steuercataster machen soll; wenn man einen Mann hier nicht findet, so soll man ihn auch bei der Steuer nicht finden; da aber würden die Herren eine Rüge bekommen, wenn sie ihn nicht finden würden. Wenn man ihn aber dort findet, so soll man ihm auch hier sein Recht wahren; gleiches Recht für alle. Hier habe ich das Recht, zu sprechen, dort droht man aber gleich mit der Polizei! Mit einer solchen Unanständigkeit lasse ich mich nicht mehr ab-

fertigen, und ich wünschte, dass jeder in den Bezirken den Muth hätte, öffentlich auszusprechen, was ihm geschehen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich möchte nur Folgendes bemerken. Der Herr Redner befindet sich im offenbaren Irrthum. Der Herr Controlor Haberger hat gesagt, dass ihm Relationen von den Zustellungsorganen zukommen, worin dies und jenes bemerkt ist, das gibt er hier an; er bezieht sich also auf Thatsachen, die ihm ämtlich mitgetheilt werden.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich möchte den Beamten im Wahlcataster nicht den geringsten Vorwurf über die mangelhafte Zusammenstellung der Wählerlisten machen. Warum? Weil im Wahlcataster der Stadt Wien, glaube ich, die Centrale für die Diurnisten eingeführt ist. Dort sind circa 15 Diurnisten, und der Herr Controlor Haberger ist dann nicht imstande, so viele tausende Wähler richtig einzutragen. Das ist das ganze.

Beim Steuergeschäfte wird man viele Beamte anstellen, die in demselben routiniert und erfahren sind, um ja recht viel einzubringen. Dort aber geht die Diurnistenwirtschaft fort und es wird stark gewechselt. Wie kann der Chef 15 Personen controlieren, ob sie richtig arbeiten? Das wollte ich nur bemerken.

Aber der Herr St.-R. Dr. Vogler hat erklärt, dass der Stadtrath gar keinen Einfluss auf die Wahlen nehme. Nun, der geehrte Herr Stadtrath war ja selbst Referent in einer Angelegenheit. Der Herr Baumeister Glaser hat ja eine Reclamation eingebracht, und der Herr Stadtrath hat, da die Meldung von Seite des Wahlcatasters abgegeben worden ist, dass der Betreffende polizeilich gemeldet ist und Doblhoffgasse 3 im I. Bezirke wohne, den Antrag gestellt, den genannten Herrn aus der Wählerliste des 1. Wahlkörpers des XVIII. Bezirkes zu streichen. Trotzdem hat der Stadtrath beschlossen, denselben drinnen zu lassen. Sehen Sie, wie parteiisch selbst im Stadtrathe vorgegangen wird. Andererseits hat man einen Wähler namens Hruby, welcher bereits seit 25 Jahren eine Jahreswohnung in Hernals hat, gestrichen.

Sie sehen also, dass es im Stadtrathe nicht so rosig zugeht, der Parteistandpunkt wird hier und im Stadtrathe eingenommen. Bei der Reichsrathswahl im I. Bezirke wurden nahezu 1000 Wahllegitimationen von den magistratischen Organen als unzustellbar zurückgegeben, im IX. Bezirke über 700! Das ist sehr bedauerlich, und wir wissen alle, wie das geschieht — wir sind nicht unschuldig und Sie auch nicht — dass viele Stimmen auf fremde Namen abgegeben werden, besonders bei Ihnen, die Sie die Stimmzettel und Legitimationen früher in die Hand bekommen als wir und dies also ausnützen. Es ist auch nicht gut, wenn schon Vorsitzende gewählt oder vom Herrn Bürgermeister bestimmt werden, dass fremde Gemeinderäthe in die Bezirke geschickt werden, wo sie doch niemanden kennen. Wie können sie dann die Wähler agnoscieren? In Lerchenfeld war, glaube ich, Gem.-Rath Waegner, in Hernals und Währing Gem.-Rath Bachofen — es sind ja auch Gemeinderäthe in den Bezirken vorhanden, warum hat man denn die Gemeinderäthe aus dem 3. Wahlkörper nicht genommen und fremde Gemeinderäthe geschickt? Wie können die Herren denn jemand, der keine Legitimation hat, aber in der Wählerliste steht, agnoscieren? Es war das nicht sehr gastfreundlich vom Herrn Bürgermeister gegen die Vororte, dass man die Vertreter des 3. Wahlkörpers ganz ausgeschlossen hat, als die Wahl stattfand.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Der Herr St.-R. Dr. Vogler hat sofort aus meiner Rede einen Vorwurf gegen die Beamten herauskrystallisiert. Ich habe einen Vorwurf gegen die Beamten gar nicht erhoben, mich kümmern die Beamten absolut nichts. Meine Herren, ich habe nur die Thatsache constatiert, dass noch nie die Wählerlisten so schlecht zusammengestellt waren als im heurigen Jahre (Rufe links: So ist es!), und diese Thatsache muss auch von Ihnen, meine geehrten Herren der Majorität, als wahr anerkannt werden, und wenn es bezweifelt werden sollte, so appelliere ich speciell an die Vorsitzenden im V. Bezirke, ich appelliere speciell an den Herrn Gem.-Rath Herrdegen, ich weiß aber nicht, wer die beiden anderen Herren waren. (Gem.-Rath Schlechter ruft: Ich auch!) Vielleicht wird es auch der Herr Referent constatieren. Bei den Vorsitzenden sind ganze Stöße von Legitimationskarten gelegen, Legitimationskarten für Wähler, welche jahrelang im Bezirke wohnen, die bekannt sind wie — ich hätte bald gesagt, wie das schlechte Geld — die unter jeder Bedingung aufgefunden werden müssen. Die Herren werden mir auch bestätigen können, dass eine kolossale Anzahl, eine verhältnismäßig große Anzahl von Wählern mit dem Steuerbogen erschienen ist, aus welchem hervorgegangen ist, dass sie schon so und so viele Jahre Steuer bezahlen, welche auch früher in der Wählerliste eingetragen waren, welche aber diesesmal gar nicht in der Wählerliste erschienen. Das constatiere ich.

Sie hätten noch viel mehr Besuche bekommen, wenn ich nicht im V. Bezirke immer unten auf- und abgegangen wäre und die Herren sich nicht an mich gewendet hätten, ob sie wahlberechtigt sind. Wenn einer nicht eingetragen war, habe ich demselben gesagt: „Es ist schade, wenn Sie hinaufgehen, Sie molestieren nur die Herren.“ Sie sind daher nicht hinaufgegangen, aber das war eine so große Anzahl, dass man geradezu perplex war.

Es hat Herr Dr. Vogler gesagt, die Herren hätten reclamieren sollen. Nun, das ist ein billiger Witz. (Sehr richtig! links.) Denken Sie nur, wenn die Wählerlisten so sind, dass vielleicht jeder Wähler sich im Gewissen gedrückt fühlen muss, nachzusehen, ob er in der Wählerliste steht oder nicht, schauen Sie sich dann das Gedränge an, das bei den Wahlen entsteht. Wir werden es jetzt thun, ich sage es ganz offen, es ist der Auftrag gegeben in der Partei, dass jeder verpflichtet ist, wenn er nur irgendwo einen Wähler weiß, denselben aufzufordern, nachzusehen, weil das heurige Jahr gezeigt hat, dass die Wählerlisten in der unglaublich schlechtesten Weise zusammengestellt sind.

Es ist hingewiesen worden, wenn ich nicht irre, auf die Polizei u. dgl. Meine Herren, ich weiß das nicht, aber das eine weiß ich: hier habe ich eine ganze Liste von Beamten der Postsparcassa. Da ist einer, der ist reclamiert worden, der zweite auch, der dritte und vierte war nicht eingetragen, hat aber die Reclamationsfrist versäumt, der fünfte und sechste ist reclamiert, der siebente ist nicht eingetragen und hat zu reclamieren ganz vergessen, der achte ist nicht eingetragen und hat vergessen zu reclamieren. Der zehnte ist nicht eingetragen, befindet sich aber im Nachhange. Ich stelle dem Herrn Controlor diese Liste zur Verfügung; zuerst aber schreibe ich sie ab, diesen Zettel selbst kann ich ihm nicht geben, sonst bekommt der Betreffende vielleicht eine „Nase“, dass er mit mir correspondiert hat. (Heiterkeit links.) Ich werde ihn zuerst schön abschreiben und ihn dann übergeben.

Nun weiß ich, die Postsparcassa gibt die Liste ihrer Beamten dem Magistrate, also Sie werden mir doch zugeben, dass das geradezu unerhört ist, wenn so viele fehlen, und das sind nur Beamte der ersten und zweiten Classe. Sie sehen, dass das nicht

das ganze Postsparcassenamt, sondern eine gewisse Abtheilung ist. Also es ist das, was ich gesagt habe, vollständig richtig.

Jetzt komme ich auf den Punkt: „Der Stadtrath hat kein Recht." Es steht wohl in der Wahlordnung: Der Bürgermeister hat das zu thun; aber der Bürgermeister ist die Executive, und der Stadtrath muss beschließen, und er hat über alles zu beschließen, was nicht speciell dem Plenum zugewiesen ist. Warum beschließt er nicht und wird nicht referiert? — Noch eine Bitte hätte ich und diese richte ich speciell an den Herrn Bürgermeister, respective an den geehrten Herrn Vorsitzenden mit der Bitte, es dem Herrn Bürgermeister zu sagen.

Meine Herren! Es werden die acht Tage der Wahlausschreibung so genau eingehalten, dass man kaum eine Wählerversammlung abhalten kann. Sie wissen, diese Wählerversammlungen können nur abgehalten werden über polizeiliche Anzeige, dass die Wahlausschreibung erfolgt ist. Ich würde dringendst bitten, sich nicht so sehr an den Wortlaut des Gesetzes zu klammern. Wenn es im Gesetze heißt, „acht Tage vorher muss die Wahlausschreibung erfolgen", so folgt daraus nicht, dass sie nicht auch vierzehn Tage vorher erfolgen kann. Wir könnten dann Wählerversammlungen einberufen, ohne dass wir die Polizei verständigen und den ganzen Apparat in Scene setzen müssen. Sie werden vielleicht sagen: Es ist sehr gesund, dass der Herr Bürgermeister das so thut; wenigstens können wir nicht so agitieren. Nun, wenn Sie das politische Leben von dem Standpunkte aus betrachten, dann sind Sie wirklich keine reife politische Partei. Es muss ja auch in Ihrem Interesse sein, dass die Wählerversammlungen mit Leichtigkeit abgehalten werden können. Das liegt im Interesse jeder Partei; Sie agitieren und wir agitieren. Also auch diesbezüglich habe ich die Bitte, dahin gehend, dass uns die Hände nicht so gebunden werden, sondern dass in einer etwas freiheitlicheren Weise vorgegangen werde. Sie nennen sich den fortschrittlichen Parteiverband. (Heiterkeit links.) Sie nennen sich liberal, Sie nennen sich die Kämpen — ich weiß nicht — nicht bloß des jetzigen, sondern sogar des zukünftigen Jahrhunderts. Sie sind so liberal, dass Sie ein ganzes Jahrtausend überspringen. Also, wenn Sie schon so liberal sind, so haben Sie die Güte, diesen Ihren Liberalismus ein wenig durch die That zu beweisen, sonst könnte man wirklich glauben, dass Sie die Bevölkerung mit Ihrem Liberalismus nur anplauschen und vielleicht auf die Zukunft vertrösten. Nein, der Liberalismus zeigt sich gerade darin, dass man der Bevölkerung Gelegenheit gibt, die Angelegenheit ordentlich durchzusprechen, und diese Gelegenheit wird ihr geboten, wenn die Wahlausschreibungen etwas früher vorgenommen werden, als es jetzt der Fall ist.

Also hoffentlich habe ich die Herren nicht verletzt und habe „objectiv und sachlich" gesprochen, wie sich die Herren immer ausdrücken, und hoffentlich werden auch die Herren, besonders diejenigen, die es angeht, diese meine Worte berücksichtigen und wird im nächsten Jahre vielleicht ein anderer Modus beliebt werden, als es im heurigen Jahre der Fall war, damit auch jeder Wähler von seinem Wahlrechte wirklich Gebrauch machen kann. Das ist ja das Ideal einer Wählerliste. Dasselbe wird nie erreicht werden; das weiß ich sehr gut; aber man soll doch demselben möglichst nahe zu kommen trachten. Nur dann kann man sagen, dass in Wien eine wirkliche Wahl herrscht.

Gem.-Rath Eigner: Ich ergreife die Gelegenheit, in Erinnerung zu bringen, dass ich im Jahre 1891 ebenfalls bei dieser Gelegenheit das Wort ergriffen und den Herrn Bürgermeister aufmerksam gemacht habe, dass die Wahllisten, nämlich die vom Jahre 1891, sehr mangelhaft und sehr schlecht zusammengestellt waren. (Rufe: Sie haben es ja schon gesagt!) Nun, dann sage ich es noch einmal, ich bitte, sind Sie ruhig! Der Herr Bürgermeister hat in diesem Saale gesagt, ich bin nicht informiert. Ich war sehr gut informiert. Warum die Wählerlisten im Jahre 1891 schlecht waren, werde ich Ihnen sagen. Der Grund war, weil man den Vorortegemeinden, nämlich den Vorortebürgermeistern und Vorortesecretären und -Beamten die Wählerlisten-Zusammenstellung aus der Hand genommen hat. Die Wählerlisten wurden ebenfalls hier im Magistrate zusammengestellt. Die hiesigen Beamten kennen die Leute draußen nicht und wissen nicht, wer Wähler ist. Das wäre geradeso, als wenn ich hier Wählerlisten von Brünn oder Prag zusammenstellen würde. Das ist der Grund, warum die Wählerlisten schlecht waren, und so ähnlich ist auch jetzt vorgegangen worden. Wo wurden die Wählerlisten zusammengestellt? Hier in diesem großen schönen Hause. Aber was musste man da alles thun, meine Herren? Ich selbst bekam einen Zettel, darauf ist gestanden: „Sie haben dort und dort zu erscheinen" und ferner noch etwas anderes: „Entweder haben Sie sich auszuweisen durch Ihren Heimatsschein, Taufschein, Trauungsschein, Meldzettel" (Rufe: Steuerbogen!), ja Steuerbogen, vielleicht auch noch den Impfzettel (Heiterkeit) und ein Sittenzeugnis von der Polizei! (Heiterkeit.) Ich will nicht von meiner Person reden, ich wohne in Hernals jetzt über 20 Jahre, ich will nicht sagen, dass mich vielleicht alle kennen sollen, aber viele kennen mich. Ich spreche von allen Bezirken XI bis XIX. Leute, deren Großeltern und Urgroßeltern dort schon gewohnt haben (Heiterkeit), mussten mit dem Meldzettel, Trauungsschein, Taufschein &c. hingehen; der Betreffende musste sich legitimieren, dass er ein Haus oder eine Realität besitzt, oder ein Gastwirt, ein Schneider, ein Schlosser, ein Schuster ist. Das ist das Traurige. Wie will man denn dann richtige Wählerlisten zusammenstellen? In dem nämlichen Bezirk findet man Leute genug, die einen kennen, zu alleräußerster Noth der Wachter. Der Gemeindediener kennt alle. Der stellt deshalb eine bessere Wählerliste zusammen als der Beamte hier im Rathhaus. (Lebhafte Heiterkeit.) So ist es, meine Herren. Man sollte in jedem Bezirke, wie ich schon im Jahre 1891 erwähnt habe, eine Commission zusammenstellen. Dann hat man den Bezirksausschuss, hat Gemeinderäthe, Bezirksvorsteher, man hat auch die übrigen Beamten. Da stelle man eine Commission zusammen. Dieser werden die nöthigen Behelfe aus dem Steuercataster in jedem Bezirke gegeben, und man wird dann nach Straßen und Plätzen vorgehen und man wird vollständige Wählerlisten zusammenstellen. Dann wird die Wählerliste genau durchgesehen, ob sie richtig ist. Dann wird sie aber richtig sein, nicht aber so, dass man einem einen Zettel schickt, er soll kommen. Nicht jeder hat Zeit. Der Schneider muss nähen, der Schlosser schmieden und der Schuster seinen Schuh machen, der steht auf zwei Sechserln an, er kann nicht von Grinzing oder Sievering hereinkommen. Wenn er aber hereinkommt, dann heißt es: „Warten Sie! Ich habe jetzt keine Zeit! Bleiben Sie stehen!" Endlich wird er so ungefähr in einer Stunde vorgenommen. Jetzt heißt es noch immer warten, bis man das richtige Buch findet, was ich den Herren alles nachweisen kann. Das sind Übelstände, die in einer Großstadt nicht bestehen dürfen. Ich würde das anders organisieren. Dafür kann ich Ihnen gutstehen! (Lebhafte Heiterkeit.)

Ich bin kein Jurist, aber so viel Hirn habe ich im Kopfe, um das richtigzustellen. Herr Controlor Haberger hat gesagt: die Polizei wird zu Hilfe genommen. Meine Herren! Zu einer Wählerliste eine Polizei! Wer braucht denn eine Polizei? Ich brauche keine (Lebhafte Heiterkeit.) Da hört sich alles auf! Die Polizei soll das richtigstellen! Was kümmert denn das die Polizei? Die Meldzettel sind noch nicht alle richtig; der eine sagt, er ist Privatier, und geht alle Tage Karten spielen. (Heiterkeit.) Der andere sagt, er ist das. Der dritte schreibt „Ingenieur" darauf; indessen ist er vielleicht — ich mag es gar nicht sagen, was. (Lebhafte Heiterkeit.) Ein anderer sagt: er ist ein Doctor. Ich bitte Sie, das ist alles nicht richtig. Die Leute geben sich einen Privattitel. Die Polizei soll zur Wählerliste kommen. Das ist mir ganz unbegreiflich. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich würde vorschlagen, dass man in Zukunft in solchen Fällen klüger, vorsichtiger vorgehe, damit überhaupt solche Vorwürfe im Gemeinderathe nicht mehr zur Sprache kommen. Und ich hoffe, dass in zwei Jahren eine Wählerliste zusammengestellt ist, an der sich kein Makel findet. In der Wählerliste waren Wähler eingetragen — was ich vom XVII. Bezirk bestätige — die ihr Lebtag nicht dort gewohnt haben oder vielleicht einmal im Sommer; und die anderen, die wirklichen Wähler, haben sie nicht eingetragen. Was für Wähler hat man eingetragen? Solche, von denen man gewusst hat, dass sie für die Partei stimmen, aber die für die Partei nicht stimmen, hat man ausgelassen. (Lebhafter Widerspruch rechts. — So ist es! links.) So ist es, meine Herren!

(Während vorstehenden Ausführungen hat Vice-Bürgermeister Dr. Grübl den Vorsitz übernommen.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich kann solche Beschuldigungen des Amtes nicht dulden und muss dieselben zurückweisen. Das Amt geht ganz objectiv vor und kümmert sich um die Parteischattierung der Wähler absolut nicht. Es kennt auch dieselben gar nicht. Ich muss daher bitten, sich zu mäßigen.

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Ich glaube, ich habe nur die Wahrheit gesprochen, und die Wahrheit darf man sagen. Und wenn man die nicht mehr sagen darf, dann ist es gescheiter, wir gehen nach Haus. Ich habe neulich auch hier etwas erwähnt, da hat es auch geheißen: ich spreche nicht die Wahrheit. Ich habe aber die reine Wahrheit gesprochen und habe Zeugen, die es bestätigen können.

Ich hoffe, dass solche Gegenstände hier in diesem Saale nicht mehr zur Sprache kommen werden, denn wir haben andere, wichtigere Gegenstände. Die Vororte leiden daran, weil sie kein Wasser haben, darum stehen die Wohnungen leer, weil wir keine Parteien haben. Wein und Bier ist theurer geworden, man bekommt ein kleineres Maß. Wein, der früher per Viertel sechs Kreuzer kostete, kostet jetzt zwölf Kreuzer. Die Realitäten gehen zurück. Ich schließe mit der Hoffnung, dass in Zukunft in diesem Saale andere und wichtigere Gegenstände zur Erörterung kommen werden.

Steueramts-Controlor Haberger: Ich erlaube mir, zu bemerken, dass nur das Centralmeldungsamt der Polizei zu Hilfe genommen wurde, nicht die Polizei als solche. Als Beispiel, wie der frühere Vorgang auf die Richtigkeit der Wählerlisten gewirkt hat, erlaube ich mir anzuführen, dass bei der Reichsrathswahl im I. Bezirke im vorigen Jahre nahezu 1100 Unbekannte waren, und im heurigen Jahre bei der Gemeinderathswahl waren im 1. Wahlkörper circa 20 und im 2. Wahlkörper circa 80 Unbekannte. Das ist der beste Beweis, wie genau vorgegangen wurde.

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Es hat dem Herrn Gemeinderathe des VII. Bezirkes, Stehlik, gefallen, verschiedene Vorsitzende verschiedener Wahl-Commissionen in den verschiedenen Bezirken pauschaliter zu verdächtigen, und zwar in der Weise, dass er sie angeklagt hat — (Gem.-Rath Stehlik: Plauschen Sie nicht!) (zu Gem.-Rath Stehlik:) Sie haben geplauscht, wenn jemand überhaupt geplauscht hat. — Er hat dieselben beschuldigt, dass sie roh, dass sie arrogant, dass sie aufbrausend sind &c. Insofern diese Pauschalverdächtigung auch gegen meine Person gerichtet ist, der ich seit Jahren wiederholt die Ehre gehabt habe, Vorsitzender zu sein, verwahre ich mich energisch dagegen und rufe die Herren Collegen aus dem IX. Bezirke auch Ihrer (linken) Partei an, ob man mir nicht das Zeugnis geben kann, dass ich jederzeit als Vorsitzender in unparteiischester Weise vorgegangen bin.

Wenn vielleicht irgend welche Herren Grund gehabt haben, gegen Stehlik in einer anderen Weise vorzugehen, so finde ich es erklärlich, wenn er in derselben Weise der Wahl-Commission gegenüber aufgetreten ist, wie er sich hier auszudrücken beliebte. Was aber den Umstand betrifft, dass die Wählerlisten in vielen Fällen mangelhaft gewesen sind, so wird das von allen Seiten bestätigt und anerkannt, und auch ich bin der Ansicht, dass hier eine Verbesserung dringend nothwendig wäre. Das hat aber auch darin seinen Grund, weil das Amt viel zu wenig mit Kräften dotiert ist. Wenn Sie vor den Wahlen in den Abendstunden am Rathhause vorübergehen, werden Sie die Localitäten des Steuer- und Wahlcatasters beleuchtet finden, ein Beweis, dass die Leute arbeiten; und wenn Sie den Chef des Amtes vor den Wahlen anschauen, werden Sie sehen, dass er roth umränderte Augen hat, weil er sich in übermäßiger Weise anstrengt.

Wenn aber College Eigner meint, die Wählerlisten seien unrichtig, weil sie hier gemacht werden und nicht in den betreffenden Vororten, so will ich nur ein einziges Beispiel anführen, wie genau die Wählerlisten draußen sein mussten, wenn es möglich war, dass in einem Theile des XIX. Bezirkes ein Ausländer und nicht ein österreichischer Staatsbürger durch viele Jahre hindurch Bürgermeister war.

Gem.-Rath Bärtl: Ich kann nur bestätigen, was der erste Sprecher in dieser Angelegenheit vorgebracht hat. Es ist Thatsache, dass im IV. Bezirke Wähler, die schon jahrelang in der Wählerliste waren, dieses Jahr im 1. Wahlkörper wirklich nicht drinnen waren. Freilich sind auch zu mir Herren gekommen, ein paar Tage vor der Wahl, die mich gefragt haben: „Sagen Sie, Herr Gem.-Rath Bärtl, wieso haben wir keine Wahllegitimationen zugeschickt erhalten?" Ich fragte: „Haben Sie reclamiert?" „Nein!" Dann ist es natürlich, dass der Betreffende nicht in der Wählerliste erscheinen kann. Ja, mir selbst zum Beispiel ist die Legitimationskarte erst zwei Tage vor der Wahl zugeschickt worden. Das war früher nicht, ich habe immer schon längere Zeit vorher dieselbe bekommen, ebenso die Wählerliste. Nachdem ich häufig in den einbezogenen Bezirken verkehre, kann ich bestätigen, was ein Vorsprecher betreffs der Vorsitzenden vorgebracht hat. Es hat wirklich peinlich und unangenehm berührt, dass einige Herren in fremde Bezirke geschickt worden sind. Die Leute fragen: „Haben wir nicht noch Gemeinderäthe, kommen sie denn alle zur Wahl?" Das sollte vermieden werden, weil ja noch Kräfte genug da sind, die im Bezirke bekannt sind und eher die Wähler agnoscieren können, die zur Wahl kommen, als Fremde.

Meine Herren! Bei 80.000 Wählern kann leicht ein Verstoß vorkommen. Ich war früher im 3. Wahlkörper und bin dann in den 1. Wahlkörper hineingeschoben worden — da ich im Princip für die Aufhebung der Wahlkörper, ist mir das gleich; ich habe gehört, dass ich in den 1. Wahlkörper komme, es war auch so, ich habe mich im Amte überzeugt.

Da muss man sehen, wie die Beamten zu arbeiten haben; bei dem Andrange von Wählern, die da kommen und reclamieren, ist es kein Wunder, wenn ein Verstoß vorkommt. Ich kann nur bestätigen, dass die Leute sehr emsig und fleißig arbeiten und alles Mögliche aufbieten, um der Sache gerecht zu werden.

Aber ich kann nur auf das, was vom ersten Redner, Herrn Collegen Dr. Lueger, ausgeführt worden ist, hinweisen. Ich glaube, in der Zukunft wird die Sache auch für die Beamten und die Wählerschaft besser werden. Man sollte früher an die Arbeit gehen; die Wähler würden dann Gelegenheit haben, zu reclamieren und sich ihre Legitimationen zu verschaffen.

Im großen und ganzen kann ich mich nur den Ausführungen des ersten Herrn Sprechers anschließen.

Gem.-Rath Herold (zur Geschäftsordnung): Ich höre seufzen zur rechten Seite, ich höre seufzen zur linken Seite, ich höre vor mir und hinter mir, dass die Debatte unendlich in die Länge gezogen wird. Damit nicht der Saal in eine allgemeine Seufzerei ausbricht, beantrage ich Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich ersuche diejenigen Herren, welche für Schluss der Debatte sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität. Angenommen.

Das Wort haben noch von der einen Seite die Gem.-Räthe Karl Moriz Mayer, Dr. Vogler, Herrdegen; von der andere Seite die Herren Gem.-Räthe Schneeweiß, Trambauer, Stehlik, Weitmann, Gräf.

Gem.-Rath Karl Moriz Mayer: Ich habe nicht die Absicht, eine Rede für die Güte oder mindere Güte der vorgelegten Wählerlisten zu halten. Der Zweck, warum ich mich zum Worte gemeldet habe, ist ein rein persönlicher, u. zw. haben mich die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Stehlik dazu bewogen. Ich habe seit sechs Jahren, in welchen ich die Ehre habe, dem Gemeinderath anzugehören, fast bei jeder Wahl entweder in meinem eigenen oder in einem anderen Bezirke die Ehre gehabt, Vorsitzender zu sein. Ich habe mich nie um den Vorsitz beworben, muss aber constatieren, dass, was der Herr Gem.-Rath Stehlik gesagt hat, dass die Vorsitzenden mit einen brutalen Macht von Seite des Herrn Bürgermeisters ausgestattet werden, einfach nicht wahr ist. Ich wiederhole, ich bin Vorsitzender gewesen und bin nie mit einer brutalen Macht ausgestattet gewesen. Ich habe einfach die Zuschrift bekommen, an diesem und diesem Tage habe ich dort zu functionieren. Ich habe weiters zu constatieren, dass ich bei Reichsraths- und Landtagswahlen commissioniert habe, wo es oft stürmisch hergegangen ist und die Parteien oft scharf an einander gerathen sind, aber nie war ein unangenehmer Streit. Es ist also nicht richtig, wenn man solche Verhältnisse generalisiert; es mögen ausnahmsweise Unannehmlichkeiten vorgekommen sein, und da werden Sie schon den Grund auf irgend einer Seite zu finden haben. Was den Vorwurf anbelangt, warum man die Herren in fremde Bezirke hinausschickt, kann ich darüber kein Urtheil abgeben, weil ich diesbezüglich nicht eingeweiht bin. Sie wissen, dass die Vorsitzenden von den Bezirksvorstehern vorgeschlagen werden.

Die Herren müssen dem Wahlkörper und Bezirke angehören, in dem die Wahl ist; das war auch jedesmal der Fall, und es war nie eine Ursache, zu sagen, dass die Herren die Wähler nicht gekannt hätten, die ohne Legitimationskarten gekommen sind. Mir ist es auch nie vorgekommen, dass einem Wähler, der agnosciert wurde, die Wahllegitimation verweigert wurde. Dies zur thatsächlichen Berichtigung, denn ich muss gegen diese Generalisierung protestieren.

Gem.-Rath Schneeweiß: Ich muss constatieren, dass früher die Wählerlisten viel praktischer waren als die heutigen, und ich kann mir das nicht anders erklären, als dass man die heutigen Wählerlisten der liberalen Partei auf den Leib geschnitten hat. Wenn früher die Listen ausgetheilt waren, so konnte z. B. ein Beamter oder Geschäftsmann dem anderen sagen: „Du, ich habe die Wählerliste bekommen", und wenn er nicht darin war, hat er innerhalb der Frist reclamieren können. Heute aber wird ihm das nicht bekanntgegeben, und Hunderte von Wählern wissen gar nicht, wann die Reclamationsfrist zu Ende ist. Es haben sich viele an mich gewendet, wie die Frist schon längst verstrichen war.

Bei uns im III. Bezirke war noch etwas besonders Interessantes, wir haben 13 Todte in der Liste gehabt und 400 Vermisste, die nicht zu finden waren! Das ist doch ein sonderbarer Vorgang, wenn eine solche Nachlässigkeit bei der Zusammenstellung der Wählerlisten herrscht. Wir haben Leute, die seit zwölf Jahren Steuer zahlen, Hausherren, die 2000 fl. Steuer zahlen und die immer in der Liste waren, heuer aber nicht.

Im 1. und 2. Wahlkörper haben circa 100 Wähler gefehlt — die Namen stehen uns zu Gebote. Der Pfarrer z. B. ist doch eine Persönlichkeit, die jeder kennt, und der ist schon zwei Jahre in Fischamend begraben, steht aber noch in der Wählerliste. Wenn man bei einer solchen Persönlichkeit nicht weiß, dass sie gestorben ist, dann darf man sich wohl nicht wundern, wenn man einen armen Teufel vergessen hat. Ich möchte also dem Herrn Bürgermeister empfehlen, die frühere Methode wieder einzuhalten, es wird das gar nicht so viele Umstände machen; es war dies praktischer und besser für die Wählerschaft, weil man sich früher informieren und sein Wahlrecht reclamieren konnte.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Herr Gem.-Rath Stehlik hat in eigenthümlicher Weise auf mich hergesprochen, so dass es den Eindruck macht, als ob er den Vorwurf, den er gegen die Wahlvorsitzenden überhaupt erhoben hat, auf mich gemünzt hätte.

Ich möchte dem gegenüber constatieren, dass ich niemals ein Rencontre mit Herrn Gem.-Rath Stehlik bei einer Wahl-Commission gehabt habe, übrigens seit Jahren nicht Vorsitzender gewesen bin. Wenn er sich in elegischer Weise über einen Vorfall beklagt hat, der sich vor Jahren abgespielt hat — ich glaube, es ist neun Jahre her —, so möchte ich nur bemerken, dass das eine sehr vergangene Zeit ist. Herr Gem.-Rath Stehlik war damals Demokrat und hat sich in auffallender Weise bei der Agitation betheiligt. Ich war nicht Zeuge des Vorfalles und kann nicht angeben, wie es gekommen ist, aber er kann ja doch nicht uns den Vorwurf machen, wenn er von der Polizei auf einige Stunden interniert wurde. (Heiterkeit.) Das ist nicht Schuld unserer Partei, und er kann sich nur bei der Behörde beschweren, die übrigens wahrscheinlich irgend welchen Anlass gehabt haben mag.

Herr College Steiner hat nun in einer Art Erwiderung auf mich etwas vorgebracht, was nur eigentlich eine Bestätigung dessen ist, was ich gesagt habe. Ich habe ja erklärt, dass der

Stadtrath nur mit Ausnahme dessen, was ich genau angeführt habe (worunter ich auch die Erledigung der Recurse in Bezug auf die Reclamationen anführte), in Wahlsachen nichts zu thun hat. Er hat also mit der Erledigung der Recurse über Wahlreclamationen sich allerdings zu befassen. Der Herr College Steiner hat nun einen solchen Fall angeführt, in welchem ich Referent gewesen bin. Ich constatiere nun, dass ich damals als Referent den Antrag gestellt habe, dass der betreffende Herr aus der Wählerliste des 1. Wahlkörpers des XVIII. Bezirkes zu streichen sei. Die Mehrheit des Stadtrathes war aber anderer Ansicht, weil sie der Meinung gewesen ist, dass der Betreffende seinen Wohnsitz im XVIII. Bezirke durch den interimistischen Aufenthalt im I. Bezirke nicht aufgegeben hat.

Der Herr College Dr. Lueger hat sich nun zunächst darüber beschwert, dass ich ihm, sozusagen, einen Vorwurf gemacht hätte — ich habe in aber nicht gemacht —, dass er gegen die Beamten losziehe; ich habe lediglich constatieren wollen, dass die Unrichtigkeiten der Eintragungen wohl nicht den Beamten zur Last geschrieben werden können. Wenn nun der Herr College Dr. Lueger sich in so auffälliger Weise beklagt, so möchte ich doch bemerken, was hat denn sein College Eigner gethan? Der Herr Gem.-Rath Eigner hat doch mit dürren Worten den ganzen Beamtenstand unserer Commune beleidigt. Er hat den Beamtenstand geradezu unfähig erklärt, Wählerlisten zusammenstellen zu können. Er hat erklärt, dass die Wählerlisten viel besser von den Gemeindewächtern zusammengestellt werden, als von Beamten. Das geht denn doch zu weit. Er hat weiter den Beamten Parteilichkeit vorgeworfen, was ein schwerwiegender Vorwurf gegenüber den Beamten ist. Dieser Vorwurf wurde von dem Herrn Vorsitzenden zurückgewiesen.

Ich glaube also, der Herr College Dr. Lueger hätte es nicht nothwendig gehabt, die Sache so genau zu nehmen, sondern wenn man schon in dieser Richtung von den Beamten etwas spricht, so muss man es so nehmen, wie es vorgebracht worden ist. Ich habe allerdings die Beamten in Schutz genommen gegen einen eventuellen Vorwurf, dass Unrichtigkeiten, die in den Wählerlisten vorkommen, ihnen zur Last fallen. Der Herr College Eigner hat ihnen aber einen noch weitergehenden, ganz ungerechtfertigten Vorwurf gemacht.

Merkwürdig nimmt sich aus, was der Herr College Dr. Lueger mir gegenüber bemerkt hat, was ich über die Competenz des Stadtrathes in Wahlangelegenheiten gesagt habe.

Er sagte: „Der Bürgermeister ist nur die Executive, beschließen muss der Stadtrath." Ich möchte den Herrn Collegen Dr. Lueger bitten, die Wahlordnung zur Hand zu nehmen und die §§ 13, 14 und 15 zu überlesen; es heißt dort: „Der Bürgermeister hat die Wählerlisten zusammenzustellen, der Bürgermeister hat die Wahlausschreibung vorzunehmen, der Bürgermeister setzt die Wahlcommissionen zusammen", das ist alles eine ausdrückliche, im Gesetze normierte Obliegenheit des Bürgermeisters, und hat der Stadtrath nichts damit zu schaffen. Der Stadtrath hat nicht darüber zu beschließen, das macht der Bürgermeister ex präsidio. Wenn der Herr College Eigner den vielleicht nicht unberechtigten Vorwurf erhoben hat, dass man zuviel von den Wählern verlangt hat, wenn man sie hereincitiert und von ihnen die Vorlage aller möglichen Documente verlangt hat, so hat der Herr Leiter des Wahlcatasters dies bereits aufgeklärt. Der Grund war der, weil die Wählerlisten der neu einbezogenen Bezirke unvollständig und unrichtig waren. Infolge dessen musste eine vollständige Übergehung dieser Wählerlisten vorgenommen werden. Man konnte zu richtigen Daten nur dadurch gelangen, dass man die betreffenden Familien-, Heimatsdocumente u. s. w. begehrt hat. Das ist nur eine vorübergehende Maßregel, die in späteren Jahren nicht mehr vorkommen wird, wenn einmal die Grundlage richtig ist. Ich glaube, dass bezüglich der Wahlkörper, welche dieses Jahr zur Wahl gekommen sind, wir diese Grundlagen bereits bekommen haben, und in Zukunft wird das allerdings entfallen.

Ich möchte mich nur nochmals dagegen verwahren, dass man unsere Beamten, wie es geschehen ist, als lauter Dummköpfe hinstellt, die nicht imstande wären, richtige Wählerlisten zusammenzustellen. Ich glaube, das werden sie doch auch treffen.

Gem.-Rath Trambauer: Ich werde mich nur auf positive Thatsachen beschränken. Dass die Wählerlisten sehr mangelhaft zusammengestellt sind, wird von keiner Seite bestritten, weder von der Majorität, noch von der Minorität, von der Minorität gewiss nicht. Auch in meinem Bezirke sind ähnliche Sachen vorgekommen. Personen, die jahrelang im 1. Wahlkörper waren und das Domicil nicht gewechselt haben, wurden einfach hinausgeworfen. Ich habe einen Steuerschein von einem Fabrikanten in der Hand gehabt, der mit 210 fl. Erwerbsteuer bemessen war.

Ich fragte ihn: „Warum sind Sie nicht im 1. Wahlkörper?" — „Ich weiß nicht warum," war die Antwort. Die Reclamationsfrist war zu Ende, und der Mann war sohin heuer nicht Wähler im 1. Wahlkörper.

Ich kenne auch einen Baumeister; der war schon jahrelang im 1. Wahlkörper, und siehe da: er wurde aus dem 1. Wahlkörper hinausgeworfen. Ich möchte dann auch den Herrn Controlor Haberger fragen um die Ursache, wie das gekommen ist. Wenn einer jahrelang im Bezirke wohnt, jahrelang dieselben Steuern zahlt, wie kommt es, dass er aus einem Wahlkörper hinausgeworfen wird?

Es ist nicht schicklich, wenn man von seiner eigenen Person spricht, aber ich muss auch von meiner eigenen Person sprechen. Ich wohne 18 Jahre in einem und demselben Hause und zahle so ziemlich die gleiche Steuerquote; nur war ich einmal im 1. Wahlkörper; gegenwärtig bin ich im 2. Wahlkörper, gemäß meiner Steuerleistung durch 18 Jahre. Siehe da! ich schaue in der Wählerliste nach: da existiert kein Trambauer. Im Todtenzettel war er auch nicht — ich lese nämlich alle Tage die „Wiener Zeitung". Aber in den 3. Wahlkörper hat man mich geworfen. Nun möchte ich den Herrn Controlor fragen, wie es kommt, dass, wenn ein Bürger 18 Jahre in einem Bezirke wohnt, permanent im Steuercataster erscheint, er vom 2. in den 3. Wahlkörper geworfen wird?

Bitte um Aufklärung. Ich bin zu Ende.

Gem.-Rath Herrdegen: Nachdem ich persönlich von Dr. Vogler angerufen wurde, muss ich constatieren, dass bei der Wahl im V. Bezirke, Margarethen, 3. Wahlkörper, circa 10 Wähler gekommen sind, welche in den Wählerlisten nicht aufgeführt waren. Weiters sind circa 20 Personen gekommen, welche die Wahllegitimation nicht zugestellt erhalten haben. Die letzteren wurden, falls sie sich durch den Steuerbogen oder eine andere Legitimation ausgewiesen haben und von einem Mitgliede der Commission agnosciert wurden, ohne weiters zur Wahl zugelassen. Herr Dr. Lueger hat selbst einige agnosciert, welche sodann anstandslos zur Wahl zugelassen wurden.

Nun möchte ich aber doch, ohne mich in eine Polemik einzulassen, an den Herrn Collegen Stehlik das Ersuchen richten

— und ich appelliere an seine persönliche Ehrenhaftigkeit — das, was er gesagt hat, auch etwas näher zu begründen. Es war so allgemein gesprochen, dass ich — aufrichtig gesagt — nicht bestimmt weiß, hat das einem Bezirke gegolten, hat es einzelnen Vorsitzenden gegolten oder war es allgemein gesprochen? Ich glaube, er ist es uns jedenfalls schuldig, dass er hier eine bestimmte Erklärung abgibt. (Beifall rechts.) Wenn er selbst sagt, die Wahlcommission darf niemals vom Parteistandpunkt aus vorgehen, sie hat objectiv zu bleiben, so glaube ich, kann man wohl sagen — er wird mir nicht widersprechen — dass man die Vorsitzenden der Wahlcommission, welche nicht freiwillig über Bewerbung hingekommen sind, sondern einfach commandiert wurden, nachträglich in öffentlicher Sitzung des Gemeinderathes, ohne irgend eine Begründung vorzubringen, nicht beschuldigen darf. (Lebhafte Zustimmung rechts. Gem.-Rath Stehlik: Es ist ja wahr!)

Gem.-Rath Stehlik: Ja, meine Herren! Es ist wirklich sehr traurig, wenn man hier nicht die Wahrheit sprechen kann. Ich hätte nicht mehr gesprochen, aber ich bin durch die Herren Vorredner dazu gezwungen.

Der erste, Herr Dr. Klotzberg, war empfindlich aufs höchste. (Dr. Klotzberg widerspricht.) Ich habe seinen Namen gar nicht genannt. (Rufe rechts: „Ah, das ist sehr gut! Er hat doch gesagt: Alle Bezirke!“)

Ich habe nicht einen Namen genannt, sondern ich habe gesagt: Im IX. Bezirke sind über 100 Legitimationskarten gelegen, weil unzustellbar. Dann bin ich vom IX. Bezirk weiter gegangen. Der zweite Herr war Herr Gem.-Rath Mayer. Er ist der liebenswürdigste Mensch; ich habe noch nie bei einer Wahl mit ihm zu thun gehabt. Er hat es gar nicht nothwendig, empfindlich zu sein. Der dritte Redner, Herr Dr. Vogler, hat sich wieder beleidigt gefühlt, weil ich zu ihm hinübergesprochen habe. Die Herren kennen mich ja. Ich habe die Noblesse, gegen Sie gewendet zu sprechen. (Heiterkeit.) Ja, ich bin schon so, und dass ich die Wahrheit gesprochen habe, hat Herr Dr. Vogler bestätigt. Herr Dr. Vogler weiß genau, was vor 9 Jahren geschehen ist, und so etwas ruht in einem Menschen, der ein ehrliches Gewissen hat, nicht. Er weiß genau, dass man mich damals ordentlich hergenommen hat. Dank dem Umstande, dass sich anständige Menschen meiner angenommen haben, wurde mir kein Haar gekrümmt. Es haben aber tiefe Dinge dahinter gesteckt. Ich will Namen nicht nennen, und wenn ich von Brutalität gesprochen habe, so habe ich keinen Bezirk gemeint, außer einen einzigen, den VII. Bezirk: dort ist so etwas Brutales vorgekommen. Das ist brutal, ich sage es offen. (Rufe rechts: Namen nennen!) Ich bin hingekommen und man hat mich, der ich seit 35 Jahren in dem Bezirke selbstständig bin, nicht kennen wollen. Wenn man mich nicht kennt, dann gibt's schon nichts mehr. Ich bin seit 18 Jahren Bezirksausschuss, seit 9 Jahren Gemeinderath, und mich kennt der Herr nicht. Der möchte mich allerdings nicht kennen, er möchte mich am allerliebsten weiß Gott wohin schicken.

Wenn man solche Dinge einmal erwähnt und sein Herz ausschüttet, so ist das höchst nothwendig, sonst macht man die Dummheiten wieder. Man muss sich einmal die Courage nehmen, und das werde ich mir nicht verbieten lassen. Mögen die Herren sagen, was sie wollen, ich nehme nichts zurück. Was ich gesagt habe, ist die Wahrheit. Man hat mich kolossal in meiner Ehre angetastet, wie es auch Herr Dr. Vogler documentiert hat.

Gem.-Rath Weitmann: Ich habe in den Worten des unmittelbaren Herrn Vorredners keine Pauschalverdächtigung gefunden. Dass Unzukömmlichkeiten vorkommen, das ist eine Thatsache. Ich werde Ihnen hier concrete Fälle anführen, und zwar aus dem VII. Bezirke Das ist mir selbst passiert. Vor zwei Jahren habe ich selbst einen Wähler im 2. Wahlkörper agnosciert, welcher in meiner unmittelbaren Nähe wohnt und Hausbesitzer ist. Ich bin zu dem betreffenden Vorsitzenden hingegangen und habe mich vorgestellt und habe ihm gesagt: Der Mann hat seine Legitimation vorgelegt, er ist in die Wählerliste eingetragen. Ich bürge mit meiner Ehre, der Betreffende ist . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Das ist ein Vorfall, der sich vor zwei Jahren zugetragen hat. Wenn wir heute alle möglichen Vorfälle, die jeder im Laufe der letzten neun Jahre erlebt hat, anführen wollten, so würde es in dieser und auch in der nächsten Woche nicht möglich sein, die Gemeinderathswahlen zu erledigen.

Gem.-Rath Weitmann (fortfahrend): Was auf der einen Seite gestattet ist, muss auch hier gestattet sein. Ganz dasselbe ist auf jener (rechten) Seite gesprochen worden. Ich lasse mich nicht in meinen Worten beschränken.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich muss Sie bitten, sich an die Sache zu halten. Wenn Sie zu den Wählerlisten sprechen, wollen die heuer in Verwendung waren, so habe ich dagegen nichts einzuwenden, ich kann aber nicht zugeben, dass Sie auf Ereignisse zurückgreifen, die sich vor zwei Jahren zugetrazen haben. Alles muss seine Grenze haben.

Gem.-Rath Weitmann (fortfahrend): Meine Worte sind in der Form einer Berichtigung. Ich kann mein gutes Recht mir nicht verkümmern lassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich bitte, sich an meine Weisung zu halten, sonst müsste ich Ihnen das Wort entziehen.

Gem.-Rath Weitmann: Das können Sie thun. Das steht in Ihrer Macht. Ich bitte, davon Gebrauch zu machen. (Fortfahrend:) Ich habe mich selbst vorgestellt . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Herr Gemeinderath, ich entziehe Ihnen jetzt das Wort, nachdem Sie nicht zur Sache sprechen.

Gem.-Rath Weitmann: Ich danke. Derartige Gewaltacte sind wir gewöhnt.

Referent (zum Schlusswort): Wenn man aus der Länge und dem Inhalte der Debatte, die sich jetzt abgesponnen hat, ein Urtheil über den Wert unserer Geschäftsordnung ziehen wollte, so müsste man wahrhaftig anerkennen, dass wir eigentlich die freisinnigste, die weitestgehende Geschäftsordnung haben, und dass wir Vorsitzende besitzen, welche mit einer ungeheueren Dosis von Langmuth und Nachsicht ausgerüstet sind, denn eine Debatte geschlagene zwei Stunden mit allen möglichen Verhandlungen zuzulassen, ist, glaube ich, ein Beweis dafür, dass unsere Geschäftsordnung denn doch nicht so schlecht ist. (Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich bitte, den Herrn Referenten nicht zu unterbrechen. (Gem.-Rath Weitmann: Gehen Sie nicht so vor! Dann hat man nicht so lange zu reden!)

Referent (fortfahrend): Meine Herren: Ein Wort, welches von einem Herrn der linken Seite gesprochen wurde, acceptiere nicht nur ich, sondern das können auch Sie alle im vorneherein acceptieren. Wir haben bei den Wahlen, wie ich glaube, von

vorneherein insofern ein gleiches Interesse, als wir alle wünschen müssen, dass die Wählerlisten so correct als möglich seien, so dass niemand in der Ausübung seines Wahlrechtes verkürzt werde, und ich glaube, es darf nicht nur die linke Seite ein Privilegium nehmen, dass bloß sie dafür einsteht, dass das Wahlrecht niemandem verkürzt werde, sondern das können auch wir beanspruchen, dass wir ebenfalls der Meinung sind, es sei niemandem das Wahlrecht zu verkürzen. Wenn also die Debatte das zum Ausdrucke zu bringen gehabt hat, dass jedem das Wahlrecht unverkürzt erhalten bleibe, so ist das ein allgemeiner Wunsch, ein Wunsch, welcher nicht nur von einer Seite, sondern von beiden Seiten getheilt wird.

Es ist unter anderem der V. Bezirk erwähnt und diesbezüglich auch ein Appell an den Vorsitzenden gerichtet worden. Ich habe die Ehre gehabt, für den V. Bezirk, der erwähnt wurde, designiert zu sein. Die Herren wissen sehr gut, dass sich die Wahl in diesem Bezirke sehr lebhaft vollzieht; ich kann aber constatieren, dass die Abwicklung des Wahlgeschäftes in allen drei Sectionen vollkommen glatt erfolgte, dass nicht der geringste Zwischenfall vorkam, und dass der Vorsitzende mit der größten Coulance jedem geäußerten Wunsche entgegenkam. Ich constatiere auch, dass nicht die Vorsitzenden das Recht haben, über die Ausfolgung von Wahllegitimationen zu entscheiden. In der Instruction ist ausdrücklich vorgesehen, dass die Commissions-Mitglieder, die doch dem Wahlkörper selbst angehören, die im Bezirke wohnen, die Entscheidung darüber zu fällen haben, und der Vorsitzende hat sich diesbezüglich sehr gerne dem Wunsche der Herren gefügt und gewiss keine Einwendung dagegen erhoben.

Also von einem Vorwurfe gegen die Vorsitzenden kann mit Recht nicht gesprochen werden. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe auch keinen erhoben!) Eine Bemerkung ist schon richtiggestellt worden. Es hat nicht jedermann den guten Humor, den ein Herr Redner immer mit einer allerdings sanften Stimme vorbringt, Herr Gem.-Rath Eigner nämlich, der gleich von Polizei gesprochen hat. Die Sache ist insofern richtig, als das Meldungsamt zu Hilfe genommen wurde, um die Adressen richtigzustellen, und um das zu documentieren, erkläre ich, dass es thatsächlich in Margarethen vorgekommen ist, dass Wähler erschienen sind, welche sich auf beste Weise legitimieren konnten, welche in der geschriebenen Wählerliste enthalten waren, welche aber dann als gestrichen erschienen, weil sie unter einer anderen Adresse in einem anderen Bezirke aufgenommen waren. Es ist damit offenbar der Beweis hergestellt, dass durch unrichtige Informationen des Meldungsamtes der eine oder andere Vorfall verschuldet wurde.

Wenn man davon spricht, dass so viele nicht aufgenommen wurden, so ist noch auf eines aufmerksam zu machen. Es findet eine fortwährende Verschiebung zwischen dem 2. und 3. Wahlkörper, beziehungsweise vom 3. in den 2. Wahlkörper statt. Nun sind heuer nicht die Wählerlisten aller drei Wahlkörper aufgelegen, und es konnte daher nicht gerade jeder behaupten, er habe absolut das Wahlrecht verloren, weil er nicht in der Wählerliste des 3. Wahlkörpers enthalten war. (Rufe links: Sehr schlau!) Es war immerhin möglich, dass er sein Wahlrecht im 2. Wahlkörper hätte ausüben können, dass aber, nachdem dieser Wahlkörper nicht gewählt hat und keine Wählerlisten für diesen aufgelegen sind, der Nachweis, dass er wirklich Wähler für dieses Jahr gewesen ist, entfallen ist. Ich muss ferner auch darauf hinweisen, obwohl das selbstverständlich den Referenten nichts angeht, dass der Herr Collega gemeint hat, acht Tage vor der Wahl zu bestimmen, dass an dem Tage die Wahl stattfinde, sei allerdings etwas kurz. Ich gebe das zu, aber es hat ja jedermann in Wien schon Monate vorher gewusst, dass längstens im April die Wahlen stattfinden müssen; man konnte daher nicht mehr überrascht sein, dass plötzlich für den 13. oder 15. April die Wahl angeordnet wurde.

Ich möchte nur kurz noch Folgendes bemerken. Ich glaube, der Herr Redner, welcher den Stadtrath für manches verantwortlich gemacht hat, wird so loyal sein, anzuerkennen, dass die Wahlordnung eigentlich das Wahlgeschäft in die Hand des Bürgermeisters legt, was übrigens gar nicht so — wie soll ich denn sagen — zu bemängeln ist. Meine Herren, der Bürgermeister kann doch nicht die Wahlen von ganz Wien allein leiten, das übergibt er den Beamten, und wenn ein gewählter Körper nichts mehr dabei zu thun hat, sondern dies lediglich von Beamten besorgt wird, kann man doch von Unparteilichkeit sprechen; ich bin nämlich der Meinung, dass ein Beamter der Commune gar keine Parteipolitik treiben soll, überhaupt bei Wahlangelegenheiten, wo er sein Amt auszuüben hat, in politischer Weise gar nichts mitzuthun hat; für ihn soll das ganz gleich sein. Er hat nach allen Seiten vollste Gerechtigkeit walten zu lassen; so wenigstens fasse ich die Stellung des Beamten auf.

Übrigens bemerke ich zum Schlusse, dass der Antrag, den ich gestellt habe, von keiner Seite eine Anfechtung erfahren hat, und ich beantrage daher nur noch einmal, Sie mögen einstimmig genehmigen, dass die Wahl verificiert werde.

Gem.-Rath Eigner (zur thatsächlichen Berichtigung): Sehr geehrte Versammlung! Ich berichtige den Herrn Collegen Dr. Klotzberg darin, dass er gesagt hat, die Wählerlisten waren auch in den Vororten schlecht. Er meinte nämlich und hat auch angeführt, dass ein Bürgermeister in Sievering, ein gewisser Nebehay, ein Ausländer, ein Ungar war. Da ist eben geradeso vorgegangen worden, wie es heute bei uns vorkommt, dass Ausländer in den Wählerlisten stehen, die nicht nach Wien zuständig sind.

Weiter berichtige ich den Herrn St.-R. Dr. Vogler, der eine große Unwahrheit gesagt hat (Lebhafter Widerspruch rechts), dass ich nämlich die Beamten beleidigt oder Ihnen gesagt hätte, dass sie nichts verstehen. Das ist nicht wahr. Ich habe dahin meine Meinung ausgesprochen, dass ein Beamter, der hier beim Magistrate ist, nicht die Übersicht haben kann wie ein Beamter, der im Bezirke wohnt; das müssen Sie mir zugeben. Ich glaube wenigstens und muss meine Meinung aufrecht erhalten, dass ein Beamter, der in einem Bezirke, zum Beispiel in Margarethen, Wieden oder Hernals oder Währing ist, die Wähler ganz genau kennen wird, und wenn er sie auch nicht kennt, hat er die Hilfsmittel, die Wähler kennen zu lernen, weil er auch im Steuercataster nachschlagen kann, ob der dort wohnt oder Steuer zahlt, weil man ihn auch zum Steuerzahlen findet. Ich werde also die Beamten, die mir sehr wert sind und die ich hochschätze, auch nie beleidigen und habe sie auch nie beleidigt.

Ferner berichtige ich den Herrn Stadtraths-Referenten Schlechter darin, dass er gesagt hat, ich habe gleich die Polizei citiert. Nun ja, ich habe sie citiert, aber ich nicht allein, sondern der Herr Controlor Haberger hat eben gesagt, dass er die Polizei zu Hilfe nehmen musste, um die richtigen Wähler ausfindig zu machen. Ja, meine Herren, steht denn im Meldzettel, dass der Mann Steuer zahlt? Ich glaube nicht. Die richtige Auskunft findet man wieder im Steuercataster; dort ist auch die richtige Adresse. (Mit sehr lauter Stimme:) Wenn man dorthin geht .... (Lebhaftes Gelächter. —

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl gibt wiederholt das Glockenzeichen. — In der großen Unruhe bleiben mehrere Worte des Redners unverständlich) . . . . . Wenn der Steuerzahler sequestriert werden soll, findet man ihn sicher. (Laute, anhaltende Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Herr Gemeinderath, darf ich bitten . . . .

Gem.-Rath Eigner (fortfahrend): Dazu braucht man die Polizei nicht — und damit schließe ich.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen den Referenten-Antrag ist eine Einwendung nicht erhoben worden; ich erkläre denselben für angenommen.

Beschluss: Die von dem 3. Wahlkörper des V. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Josef Strobach, Lehrmittelhändlers und Hausbesitzers, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

11. Referent Gem.-Rath Schlechter: Nun handelt es sich um die Verificierung der Wahl eines Gemeinderathes aus dem 3. Wahlkörper des VIII. Bezirkes. Diese Wahl wurde in zwei Sectionen vorgenommen; in der I. Section wurden 759 Stimmzettel abgegeben, wovon zwei leer waren, so dass 757 giltige Stimmzettel vorhanden waren. In der zweiten Section wurden 776 Stimmzettel abgegeben, wovon 4 leer, daher die Ziffer der giltigen mit 772 anzunehmen war.

Die Gesammtzahl der giltigen Stimmzettel betrug daher 1529 und die absolute Majorität 765. Diese erhielt Herr Dr. Augustin Kupka, Hof- und Gerichtsadvocat, VIII., Lederergasse, mit 965 Stimmen, auf Herrn Karl Schottola entfielen 560 Stimmen, es erscheint somit der erstere gewählt, und es wird der Antrag gestellt: Die vom 3. Wahlkörper des VIII. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Augustin Kupka werde im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

Gem.-Rath Hawranek: Auch hier wurde so vorgegangen. Ich kann nicht begreifen, dass Wähler, die 12 Jahre auf demselben Platze waren, in derselben Wohnung wohnen und Steuer zahlen, nicht mehr in der Liste erscheinen. (Unruhe.) Es sind mehr als 150 Wähler nicht in der Liste. Das ist doch zu rügen. Wenn es sich um neue Wähler handeln würde, wäre es etwas anderes.

Herr St.-R. Vogler hat gesagt, der ganze Wahlact . . . (Unruhe.) — Ich bitte, nur ruhig zu sein, ich habe Sie auch reden lassen — liegt in der Hand des Bürgermeisters, das steht allerdings in der Wahlordnung, aber es steht doch jedem Stadtrathe frei, Anträge zu stellen, wenn die Zeit kommt, damit nicht die Wahl immer erst einen Monat später stattfinde. Wenn das so fortgeht, kommen wir um ein ganzes Jahr zurück. Die Wahl war früher immer im März. Also, es muss ein Stadtrath diesen Antrag stellen. Was soll denn der kleine Mann, der Bürgermeister alles machen? (Heiterkeit.) Wählerlisten ausschreiben und revidieren. . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (unterbrechend): Ich muss bitten, das lasse ich nicht zu, das passt sich nicht.

Gem.-Rath Hawranek (fortfahrend): Das muss doch geändert werden, wenn die Wahlordnung so schlecht ist. Ich glaube, dass in Hinkunft der Stadtrath darauf dringen soll, dass die Wahl ordentlich vor sich geht.

Es ist allerdings bei uns keine Gefahr gewesen, weil die demokratische Partei und die Liberalen im 3. Wahlkörper abgewirtschaftet haben; da ist es nicht so leicht für sie, zu reussieren. Es ist immerhin aber eine Schweinerei (Lebhafte Heiterkeit), wenn die Wählerliste so zusammengestellt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Ich muss diesen Ausdruck rügen.

Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Gegen den Referenten-Antrag ist eine Einwendung nicht erhoben worden, derselbe ist angenommen.

Beschluss: Die von dem 3. Wahlkörper des VIII. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Augustin Kupka, Hof- und Gerichts-Advocaten, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

12. Referent Gem.-Rath Schlechter: Nun habe ich noch über eine Wahl zu berichten, welche im II. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes vorgenommen wurde. Es war die Wahl von zwei Gemeinderäthen ausgeschrieben, und fand dieselbe am 13. April d. J. statt. Die Wähler waren in zwei Sectionen getheilt, in der I. Section wurden 549 Stimmen abgegeben und nachdem drei Stimmzettel leer waren, blieben 546 giltige Stimmen; in der II. Section werden 506 Stimmen abgegeben, vier Stimmzettel waren leer, es blieben also 502 giltige Stimmen. Die Gesammtzahl der giltigen Stimmen betrug also 1048, die absolute Majorität 525, das Scrutinium ergab folgendes Resultat: Herr Dr. Julius Rader, praktischer Arzt, Weinhaus, Herrengasse Nr. 8, erhielt 637 Stimmen, erscheint also mit absoluter Majorität gewählt, und es wird beantragt, in Erledigung dieses Theiles die Wahl des Herrn Dr. Julius Rader im II. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes im Sinne des § 21 Gemeinderaths-Wahlordnung zu verificieren.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Ich habe an die geehrte Majorität nur die Bitte, diesmal die Wahl des Herrn Rader nicht wieder zu annullieren. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl: Gegen den Antrag ist keine Einwendung, er ist daher angenommen.

Referent: Nachdem zwei Gemeinderaths-Mandate zu besetzen waren und die absolute Majorität für das zweite Mandat nicht erzielt wurde, musste zur engeren Wahl geschritten werden; in dieselbe waren einzubeziehen: Herr Leopold Tomola, Bürgerschullehrer, auf welchen in beiden Sectionen 256, beziehungsweise 242, zusammen 498 Stimmen entfielen, und Herr Eduard Neißer, Volksschullehrer, welcher 165 und 124, zusammen 289 Stimmen erhielt.

Die engere Wahl fand am 15. April statt und wurde ebenfalls in zwei Sectionen gewählt.

In der ersten Section wurden 408, darunter 1 ungiltige, daher 407 giltige Stimmen, und in der zweiten Section 405, darunter 3 ungiltige, also 402 giltige Stimmen abgegeben, im ganzen also 809 giltige Stimmen. Die absolute Majorität beträgt daher 405, und es erhielt Herr Leopold Tomola, Bürgerschullehrer, 578 Stimmen; er erscheint somit gewählt. Herr Neißer erhielt 231 Stimmen.

Nachdem die Wahl ordnungsmäßig vollzogen wurde, wird beantragt, bezüglich der vom 2. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes vorgenommenen engeren Wahl, die Wahl des Herrn Leopold Tomola, Bürgerschullehrers, im Sinne des § 21 Gemeinderaths-Wahlordnung, zu verificieren. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl (nach einer Pause): Gegen den Antrag ist keine Einwendung erhoben worden; derselbe ist angenommen.

Beschluss: Die von dem 2. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes vorgenommene Wahl des Herrn Dr. Julius Rader, praktischen Arztes, und Leopold Tomola, Bürgerschullehrers, wird im Sinne des § 21 der Gemeinde-Wahlordnung verificiert.

Vice-Bürgermeister Grübl: Ich erkläre die öffentliche Sitzung für geschlossen; es folgt sofort eine vertrauliche mit höchst wichtiger Tagesordnung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **9. Mai 1893.**

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.**

1. Gem.-Rath Ritt. v. Neumann referiert über den Ankauf von Grundstücken zur Errichtung einer Pumpstation im XIII. Bezirke und von Hochreservoiren im XIII. und XVII. Bezirke und beantragt:

Es sei der Ankauf nachfolgender Grundstücke, beziehungsweise darauf befindlicher Objecte, zum Zwecke der Anlage einer Pumpstation und zweier Hochreservoire zu genehmigen:

1. des Grundstückes XIII., Hütteldorferstraße, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Z. 449, Cat.-Parc. 428/2, Einl.-Z. 450, Cat.-Parc. 428/3, Einl.-Z. 451, Cat.-Parc. 428/4 um den angebotenen Preis von 38.250 fl. (Gesammtausmaß 1522 □°.) Eigenthümer Anton Vogelsinger;

2. des Grundstückes sammt den darauf befindlichen Objecten (Gasthaus „zur amerikanischen Windmühle") XIII. Bezirk, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Z. 314, mit den Häusern Conscr.-Nr. 240 und 245 und den Cat.-Parc. 268, 269, 270 um den angebotenen Preis von 52.000 fl. (Gesammtausmaß 2546 □°.) Eigenthümer Adolf und Eleonore Gromann;

3. des Grundstückes, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Zahl 316, Parcelle 272, um den angebotenen Preis von 10.455 fl. (Gesammtausmaß 2091 □°.) Eigenthümer Johann Amort;

4. des Grundstückes, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Zahl 317, Parcelle 273, um den angebotenen Preis von 2075 fl. (Gesammtausmaß 415 □°.) Eigenthümerin Anna Sofer, geb. Kelch.

5. des Grundstückes, Realitäten-Grundbuch Breitensee, Einl.-Zahl 326, Cat.-Parc. 282, um den angebotenen Preis von 45.126 fl. (Gesammtausmaß 7521 □°.) Eigenthümer Anna, Antonia, Josef und Heinrich Schlögl, Josef Holzwarth, Emilie Rauch und Bertha Weinke;

6. des Grundstückes, Realitäten-Grundbuch Dornbach, Einl.-Zahl 210, Cat.-Parc. 715, 716, um den Betrag von 17.000 fl. (Gesammtausmaß 5651 □°.) Dieses Grundstück wurde bereits vom Herrn Stadtanwalt um den obigen Betrag von 17.000 fl. angekauft, und hat nunmehr die bücherliche Übertragung in das Eigenthum der Gemeinde zu erfolgen.

Die Übertragungsgebüren sowie die Vertragskosten für sämmtliche Grundankäufe trägt die Gemeinde Wien.

An Vermittlungsgebür wird ein Betrag von 3000 fl. bewilligt.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 16. Mai 1893.
Mittwoch, den 17. Mai 1893.
Donnerstag, den 18. Mai 1893.
Freitag, den 19. Mai 1893.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **3. Mai 1893.**

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Hackenberg, Kreindl, Matthies, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Noske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Huber, Dr. Lederer, Dr. Stenzl, Wurm.

Experte: Baurath Schiebeck.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Grübl eröffnet die Sitzung.

St.-R. Wurm entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen und morgigen Stadtraths-Sitzung wegen seiner Intervention bei der am 3. und 4. d. M. stattfindenden Begehungs- und Stations-Commission von Theilstrecken der Stadtbahn. (Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Lederer entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Stadtraths-Sitzung wegen einer gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Finanzausschusses des n.-ö. Landtages.

(Zur Kenntnis.)

St.-R. Dr. Huber entschuldigt sein Ausbleiben wegen Intervention bei einer Commission (Baubewilligung für ein Staatsgymnasium im V. Bezirke), St.-R. Dr. Stenzl ebenso wegen einer Sitzung des Vereines vom „Rothen Kreuze". (Zur Kenntnis.)

(2750.) **St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des W. Louth, Directors der Neuchatel Asphalte Company limited, I., Giselastraße 6, um Ertheilung des Bauconsenses für einen Schupfen auf einem Theile der in Einl.-Z. 1479 des II. Bezirkes inneliegenden Cat.-Parc. 4277/2 am rechten Ufer des Donaudurchstiches oberhalb der Kaiser Franz Josefs-Brücke und beantragt, den Bauconsens zu bestätigen.

(Angenommen.)

(2652.) **St.-R. v. Götz** referiert über die Abschreibung eines Decretstempelrechtes per 25 fl. nach dem verstorbenen Marktcommissariats-Aspiranten Otto Pirkl und beantragt, die Abschreibung zu genehmigen. (Angenommen.)

(2659.) **Derselbe** referiert über den Bauamtsbericht, betreffend die in den Feuerwehranstalten befindlichen Gasdruckmesser für das I. Quartal 1893, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(2637.) **Derselbe** referiert über 13 Gesuche aus dem IV. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband, beziehungsweise um Zusicherung derselben und beantragt:

a) die Zuständigkeit zu verleihen an

Mark Johann, Schriftsetzer;
Rauch Wilhelm, Professor am Conservatorium;
Kohn Josef, Gemischtwaren-Verschleißer;
Loebl (Loebel) Josef Ignaz, Geflügelhändler;
Krieger Anna, Köchin;
Rys Josef, Stadtträger;
Cepek Josef, Magazineur;
Deinel Johann, Hausdiener;
Schaufler Wenzel, Gärtnergehilfe und Hausbesorger;
Rittler Karl, Milchmeier;
Friedl, geb. Seyer Theresia, Holz- und Kohlenhändlerin;

b) die Zusicherung der Aufnahme zu ertheilen an

Sieber Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleißer;
Heim Josef, Herausgeber und Redacteur der „Freien Künste".

(Angenommen.)

(2623.) **St.-R. Matthies** referiert über das Ansuchen des Ludwig und Josef Biro um Bewilligung zur Herstellung eines Asphalttrottoirs vor dem Hause Nr. 19 Jacquingasse, Ecke der Gerlgasse, III. Bezirk, und beantragt die Gesuchsgewährung unter den vom Stadtbauamte diesfalls bezeichneten Bedingungen. (Angenommen.)

(2667.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna und Maria Slatin um käufliche Überlassung des zur Arrondierung der Realität Nr. 34 Neisnerstraße, III. Bezirk, erforderlichen städtischen Straßengrundes und beantragt die Überlassung des Straßengrundes per 8·10 m² in der Neulinggasse um dem Betrag von 70 fl. per Quadratmeter und nach Compensierung des abzutretenden Grundes per 0·808 m² mit einem gleich großen Theile des einzubeziehenden Grundes per 8·10 m², so dass sich der Einlösungsbetrag für 7·292 m² mit 510 fl. 44 kr. berechnet. (Angenommen.)

(2718.) **Derselbe** referiert über das Project für die Umpflasterung der Sonnwendgasse im X. Bezirke von der hinteren Südbahnstraße bis zur Staatsbahngasse mit dem buchhalterisch adjustierten Kostenbetrage von 22.256 fl. 41 kr. und beantragt, dasselbe zu genehmigen.

(Angenommen.)

(2735.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Aug. Nößel um Abschreibung, eventuell Reducierung der pro III. Quartal 1892 vorgeschriebenen Wassermehrverbrauchsgebür per 24 fl. 39 kr. für das Haus III., Kölblgasse 10, und beantragt, dieselbe auf 15 fl. 24 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

(2598.) **Derselbe** referiert über 33 Gesuche aus dem XII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Smitka Bartholomäus, Schuhmachergehilfe;
Winkler Josef, Steindruckergehilfe;
Bregesbauer Josef, Webergehilfe;
Winter Constantin Karl, Hausbesitzer;
Marhold Josef, Drechslermeister;
Angeli Anton, Maschinenheizer;
Weninger Anna, Fiakereigenthümerin;
Kalab Johann, Schneidermeister;
Zwicker Ignaz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Netopil Anton, Drechslermeister;
Prokop Alois, Schlossermeister;
Zierhut Wolfgang, Schlossergehilfe;
Wiesner Franz, Siebmachergehilfe;
Pöcher Leopold, Mechanikergehilfe;
Triska Josef Anton, Maurergehilfe;
Michalke Josef, Tischlermeister;
Trescher Karl, Laternenanzünder;
Wacha Matthias, Tischlermeister;
Grusch Josef, Kutscher;
Lewisch Dominik, Geschäftsdiener;
Tesař Peter, Glasermeister;
Prašek Anton, Schuhmachermeister;
Kirnbauer Sebastian, Gemischtwarenhändler;
Wranek Johann, Tischlermeister;
Dietrich Anton, Bürstenbindermeister;
Pazderka Josef, Gastwirt;
Sichra Peter, Webergehilfe;
Prusik Franz, Tischlergehilfe;
Duchaček Johann, Färbergehilfe;
Mastný Josef, Ledergerber;
Spatenka Wenzel, Maurergehilfe;
Spotka Emerich, Brantweinschenker;
Weißer Johann, Kürschnermeister. (Angenommen.)

(2725.) **Derselbe** referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem:

Mäckel Ferdinand, Gemischtwaren-Verschleißer, XII., Kirchengasse 2;

Schütz Franz, Schnittwaren-Verschleißer, XII., Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße 60;

Schlögl Vincenz, Gastwirt, XII., Unter-Meidling, Ignazgasse 29;

Preißecker Heinrich, Glasermeister, XII., Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 54;

Strasky Ignaz, Kürschnermeister, XII., Matzleinsdorferstraße 22;

das Bürgerrecht zu verleihen. (Angenommen.)

(2669.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Vorlage des Stiftbrief- und Statutenentwurfes, betreffend den Pollak v. Rudinschen Kindergarten im II. Bezirke, und beantragt die Genehmigung des bezeichneten Entwurfes in Ansehung der nach dem Aussterben der Familie des Stifters dem jeweiligen Bürgermeister der Gemeinde Wien ufalle nden Curatel (§ 8 Stiftbrief und §§ 7 und 8 Statut).

(Angenommen.)

(2710.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hasner-Denkmal-Comités in Ischl um Flüssigmachung der bewilligten Spende und beantragt, die Flüssigmachung der diesem Comité zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 23. December 1891, Z. 3041, bewilligten Spende per 300 fl. ö. W., welche auf dem Reservefond pro 1893 zu verrechnen ist. (Angenommen.)

(2650.) **St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** beantragt, dem mit der permanenten Überwachung der Canalbauten in der Sennefelder- und Hansengasse in dem zum X. Bezirke einverleibten Theile von Inzersdorf betrauten Ingenieur-Adjuncten Robert v. Spulak den Zehrungsbeitrag von täglich 2 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(2719.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Ludmilla Otte, Hauseigenthümerin, X., Canongasse Or.-Nr. 1, um Herstellung des Haupt-Unrathscanales in der Canongasse im X. Bezirke und beantragt, die Herstellung des Canales in der Canongasse 170 m lang, also bis Or.-Nr. 5, zu genehmigen und die Ausführung sofort einzuleiten.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt die Abweisung.

St.-R. Dr. Vogler beantragt die eventuelle Legung eines Steinzeugrohres von dem Canale in der Hansengasse aus.

Über Antrag des St.-R. Dr. v. Billing wird die Beiziehung des Baurathes Schiebek als Experten beschlossen.

Baurath Schiebek beantragt die Ausführung des Canales in der Canongasse bis Or.-Nr. 22 mit dem approximativen Kostenbetrage von 14.000 fl.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, mit Rücksicht auf die Ausführungen des Baurathes Schiebek, den Magistrat zu beauftragen, das seinerzeit zur M.-Z. 385880 ex 1891 dem Stadtrathe vorgelegte Project über die Canalisierung der Canongasse, sowie der anderen, östlich von der Laxenburgerstraße am Rudolfshügel im X. Bezirke gelegenen Straßen neuerlich in Vorlage zu bringen und das in Berathung stehende Referat bis zu diesem Zeitpunkte zu vertagen.

Dieser Antrag, welchem sich Referent accommodiert, wird angenommen.

(2721.) **St.-R. Schlechter** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Neupflasterung der Amerlingstraße im VI. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Karl Popp mit dem 13percentigen Nachlass vom veranschlagten Kostenbetrage per 2131 fl. 14 kr. und 200 fl. Pauschale. (Angenommen.)

(2705.) **Derselbe** referiert über die Vermehrung des Aufsichtspersonales für den Betrieb des erweiterten Rohrnetzes der Hochquellenleitung und beantragt:

1. Die Vermehrung des Aufsichtspersonales für den Betrieb des Rohrnetzes der Hochquellenleitung um 1 Aufseher I. Classe mit dem Taglohne von 2 fl.; 1 Aufseher II. Classe mit dem Taglohne von 1 fl. 70 kr. und 8 Aufsehergehilfen mit dem Taglohne von je 1 fl. 50 kr. nebst der Montur (jährlich 1 Zwilchkittel und 1 Paar Zwilchhosen), sowie mit Zuweisung von Naturalwohnungen, respective Quartiergeldbeiträgen nach Maßgabe der sich ergebenden Verhältnisse, eventuell zu stellenden Anträge, und zwar mit Rücksicht auf den dringenden Bedarf vom 1. Juni d. J. angefangen.

3. Die Genehmigung der diesfälligen Mehrkosten von jährlich 5771 fl. 88 kr. vorbehaltlich der seinerzeitigen Anträge wegen der Unterkunft der Aufseher.

3. Die Verweisung des pro 1893 entfallenden unbedeckten Mehrbetrages von rund 3400 fl. für Löhnungen und Montur auf den Reservefond und Genehmigung eines Zuschusscredites in dieser Höhe auf der Rubrik XXVI 1 a „Bezüge des Betriebspersonales".

(Angenommen; rücksichtlich der Punkte 1 und 2 an den Gemeinderath.)

(2647.) **Derselbe** referiert über die Eingabe des Vorstehers des IX. Bezirkes wegen Errichtung einer Überfuhr über den Wiener Donaucanal in der Strecke zwischen der Augarten- und der Brigittabrücke und beantragt, mit Rücksicht auf die Ausführungen des Stadtbauamtes vorläufig von der angeregten Errichtung abzusehen. (Angenommen.)

(2018.) **St.-R. Matzenauer** referiert über das Ansuchen des Franz Neusser, Gastwirtes, I., Friedrichstraße 4, um Bewilligung zur Aufstellung von Gasttischen vor dem Geschäftslocale und beantragt, diese Bewilligung für die Abendstunden zu ertheilen.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt beantragt die Abweisung.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

(2662.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Max Thury um Bewilligung zur Herstellung eines Asphalttrottoirs vor dem Hause I., Seilerstätte 17, und beantragt, die Herstellung gegen genaue Einhaltung der vom Stadtbauamte diesfalls namhaft gemachten Bedingungen ausnahmsweise zu bewilligen, dem Gesuchsteller aber weiters bekanntzugeben, dass er in dem Falle, als er einer dieser Bedingungen nicht vollkommen entsprechen sollte, gemäß § 61 Bauordnung für Wien verpflichtet ist, ein Trottoir aus Granit in der von der Baubehörde angegebenen Weise herzustellen. (Angenommen.)

(2728.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen des Stiftes Schotten um unentgeltliche Überlassung einer Straßengrundfläche per 2·72 m² an der Stirnseite des Querschiffes der Schottenkirche für die Aufstellung des Herzog Jasomirgott-Denkmales und beantragt, den Beschluss vom 8. März 1893, Z. 1120, aufrecht zu erhalten.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt die unentgeltliche Überlassung.

Dieser Antrag wird angenommen.

(2467.) **Derselbe** referiert über das Offert des Anton Payer puncto der Überlassung seines Pachtgrundes (Abtheilung II a der Erlgrube im Stiftungsfondsgute Ebersdorf an der Donau) an Anton Drucker und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(2722.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Stark um pachtweise Überlassung der an der Waldstraße im XVI. Bezirke Ottakring gelegenen Wiese, Grundparcelle 8/2 Grundbuch Ottakring, und beantragt die pachtweise Überlassung an den genannten Offerenten vom 1. November 1892 an auf sechs Jahre gegen einen Pachtzins von 20 fl. per Jahr. (Angenommen.)

(2723.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Melchior Hofmann, Hausbesitzers, V., Hundsthurmerstraße 10, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(2736.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt, dem

Hafenscher Paul, Schuhmachermeister, II., Lilienbrunngasse 13, und

Selka Franz, Spediteur, II., Große Mohrengasse 16,

das Bürgerrecht zu verleihen;

(2748.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Verleihung der Erzherzogin Gisela-Heiratsausstattungsstiftung pro 1893 und beantragt:

Die fünf erledigten Stiftplätze sind an Chwal Josefine, Dobrofsky Victorie, Bartholomay Karoline, Heisler Therese und Henselmann Antonia zu verleihen. (Angenommen.)

(2544.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert in Anwesenheit von 16 Stadträthen über den Besetzungsvorschlag für die erledigten Lehrstellen für Freihandzeichnen an der Wiedener Communal-Ober-Realschule und für Mathematik und darstellende Geometrie und Physik an der Gumpendorfer Communal-Ober-Realschule und beantragt, die ersterwähnte Lehrstelle dem Supplenten an derselben Anstalt August Schubert, die zweite dem Supplenten an derselben Anstalt Otto Adam, beiden vom Beginne des Schuljahres 1893/94 angefangen, auf Grund der Concursausschreibung und unter Zuerkennung der in derselben angeführten Bezüge zu verleihen. (Angenommen.)

(2588.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Neulerchenfelder Turnvereines um Überlassung des Turnsaales XV., Hackengasse 11, an drei Tagen in der Woche von 7 bis 9 Uhr abends und beantragt, das Ansuchen unter den in dem Beschlusse des Stadtrathes vom 10. September 1891, Z. 1017, aufgestellten Bedingungen, daher an Montagen und Donnerstagen nur für die Zeit bis 8½ abends zu bewilligen. (Angenommen.)

(2668.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Directors der Bürgerschule XIX., Pantzergasse 25, um Bewilligung eines jährlichen Pauschalbetrages für die an dieser Schule bestehende Knabenbeschäftigungsanstalt und beantragt die Bewilligung eines jährlichen Betrages von

40 fl. zum Ankaufe von Materialien auf die Dauer des Bestehens des Handfertigkeitsunterrichtes an dieser Schule. (Angenommen.)

(2666.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes v. Götz wegen Beistellung neuer Schulbänke für zwei Lehrzimmer in der Volksschule XIII., Hacking, und beantragt, den hierüber erstatteten Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen und somit den erwähnten Antrag für erledigt zu erklären. (Angenommen.)

(2651.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des allgemeinen österreichischen Frauenvereines um Überlassung eines Lehrzimmers in der Schule VIII., Albertgasse, und um Benützung der Lehrmittelsammlung und beantragt, das Ansuchen abzuweisen. (Angenommen.)

(2732.) **St.-R. Vaugoin** referiert über die Interpellation des Gem.-Rathes Zweig, betreffend die bessere Beleuchtung der Mariahilfer Kirchenuhr, und beantragt:

1. Die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung sowie die nothwendige Renovierung der transparenten Uhr an der Mariahilferkirche werden mit dem Kostenbetrage von 512 fl. 32 kr. genehmigt.

2. Die Installationsarbeiten, veranschlagt mit 208 fl. 32 kr., werden der Firma Siemens & Halske zu den Einheitspreisen des bauämtlichen Kostenanschlages I unter Festsetzung einer zweijährigen Haftung, wobei jedoch vom Erlage einer Caution abgesehen wird, die Uhrmacherarbeiten dem Uhrmacher Michael Kronberger um den Pauschalbetrag von 79 fl. übertragen.

3. Die Stromlieferung wird der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft, VI. Bezirk, Kaunitzgasse 4, zu den tarifmäßigen Preisen und Nachlässen übertragen.

4. Die Reinigung und Auswechslung der Glühlampen und das Einstellen des Schaltapparates wird dem städtischen Contrahenten, welcher die Instandhaltung der Uhr besorgt, gegen ein Jahrespauschale von 10 fl. übertragen.

5. Zur Deckung der durch die Installation und Renovierung erwachsenen Auslagen wird ein Zuschusscredit von 512 fl. 32 kr. zur Rubrik LI „Öffentliche Uhren" pro 1893 bewilligt.

(Angenommen.)

(2720.) **St.-R. Rückauf** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Bau von Canälen in der Dreihaus-, Matzinger-Schul-, Kendler- und Herrengasse in Breitensee und beantragt die Genehmigung des Bestbotes des Heinrich Sikora mit dem Nachlasse von 5·8 Percent vom veranschlagten Kostenbetrage von 18.777 fl. 8 kr. und 2000 fl. Pauschale. (Angenommen.)

(2586.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Zuckerbäcker-Genossenschaft um Bewilligung einer Subvention für die fachliche Fortbildungsschule und beantragt, auch pro 1893 eine Subvention von 200 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2729.) **Derselbe** referiert über das Anerbieten der Dr. Josef Mattis, Anna Mattis, F. J. Steiner und Johanna Neßl auf käufliche Überlassung ihrer Realitäten Nr. 13 Marktgasse und Nr. 8 Prinz Karlgasse im XIV. Bezirke an die Gemeinde und beantragt die Ablehnung, da diese Objecte zu communalen Zwecken nicht benöthigt werden. (Angenommen.)

(2758.) **Derselbe** referiert über das vom Magistrate vorgelegte Project für die Neupflasterung der Elisabethstraße im XVI. Bezirke und beantragt die Genehmigung desselben. (Angenommen.)

(2557.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift des landwirtschaftlichen Bezirksvereines Waidhofen a. d. Thaya vom 23. April d. J., womit derselbe dem Stadtrathe für die anlässlich der am 17. Mai l. J. dortselbst stattfindenden Pferdeausstellung erfolgte Widmung eines Preises von zehn Stück Ducaten den Dank ausspricht, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2580.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über das Ansuchen der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Equitable" durch Dr. Alois Mayer um Einleitung von Verhandlungen puncto Grundentschädigung für Einl.-Z. 1255, I. Bezirk, Stock-im-Eisenplatz, und beantragt, Verhandlungen einzuleiten und zu diesem Behufe ein Comité von drei Mitgliedern des Stadtrathes zu wählen.

Das Stadtbauamt habe für diese Verhandlungen einen Plan anzufertigen, auf welchem die alten Realitäten ersichtlich sind.

(Angenommen.)

(2595.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Lebensversicherungs-Gesellschaft „Equitable" durch Dr. Alois Mayer um Ausfertigung einer Zustimmungserklärung zur Abschreibung des Straßengrundes von der Realität Einl.-Z. 1255, I. Bezirk, Stock-im-Eisenplatz, und beantragt, das Ansuchen unter Hinweis auf § 9 des Gesetzes vom 17. Jänner 1883, L.-G.-Bl. Nr. 35, und mit Rücksicht auf den Umstand, als die Schadloshaltung für die von den Baustellen Nr. 3 und 4 Stock-im-Eisenplatz abzutretenden Grundflächen derzeit noch nicht ermittelt erscheint, abzuweisen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(2352 und 1639.) **St.-R. Noske** referiert über die Projectskizze für den Schulbau auf der ehemaligen Gunkel'schen Realität im XIII. Bezirke, Hütteldorf, Hütteldorferstraße 61, und beantragt die Genehmigung der Variante IV.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, die Stiegenanlage derart zu gestalten, dass der Corridor von beiden Seiten directe Beleuchtung und Ventilation erhält.

(Die Berathung über diesen Gegenstand wird vertagt.)

(2415.) **Derselbe** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Gerhardus auf Stellungnahme gegen die Einführung einer Transportsteuer für den Waren- und Personenverkehr und beantragt, Petitionen im Sinne der Magistrats-Ausführungen sowohl an den Handelsminister als auch an den Finanzminister (und zwar an letzteren nicht bloß in Abschrift, sondern in einem Original-Exemplare) baldigst zu überreichen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2600.) **Derselbe** referiert über Gesuche aus dem XII. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Hauswirth Martin, Rothgerbergehilfe;

Lichtenstern Emanuel, Fiaker-Eigenthümer.

(Angenommen.)

(2599.) **Derselbe** referiert über Ansuchen aus dem XVI. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Ertheilung der Zusicherung an:

Maier Johann Leonhard, Bäckergehilfe;

Sonnenschein Bernhard, Bediensteter in der Hernalser Ölfabrik.

(Angenommen.)

(2482.) **Derselbe** referiert über den Bericht und Rechnungsabschluss der Donauregulierungs-Commission für das Jahr 1891 und verliest nachstehenden Bericht der Stadtbuchhaltung:

Die der Stadtbuchhaltung zugemittelten, in der Anlage rückfolgenden und nunmehr dem löblichen Stadtrathe vorzulegenden Rechnungsstücke, nämlich der Rechnungsabschluss über die Gebarung mit den Donauregulierungs-Anlehen vom Jahre 1870 und 1878, der Beitrags-Conto der drei Curien und der Rechnungsabschluss des

Donauregulierungs-Fonds für das Jahr 1891, wurden nach Maßgabe der Rechnungsbehelfe geprüft und richtig befunden.

Die in das Debet des Beitrags-Conto aufgenommenen Posten entsprechen der Verpflichtung der drei Curien und sind auf dieselben zu gleichen Theilen repartiert; der Conto schließt mit einem Saldo auf neue Rechnung zu Gunsten der drei Curien per 288 fl. 28 kr.
wovon auf die Gemeinde Wien ein Drittel mit 96 fl. 09 kr.
entfällt.

Mit Ende des Jahres 1891 betrug der verzinsliche Stand der Donauregulierungs-Anleihe vom Jahre 1870 noch 20,151.700 fl. — kr.
und jener des auf Grund des Reichsgesetzes vom 29. Juli 1877, R.-G.-Bl. Nr. 70, zur Vollendung der Donauregulierung von Wien bis Fischamend aufgenommenen zweiten Anlehens vom Jahre 1878 noch . . . . . 5,402.800 fl. — kr.

Laut des Rechnungsabschlusses des Donauregulierungs-Fonds für das Jahr 1891 betrugen die reellen Ausgaben . . . . . 1,465.196 fl. 83 kr.

Die Einnahmen des Donauregulierungs-Fondes im Jahre 1891 bestanden, den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1882, R.-G.-Bl. Nr. 68, des Landesgesetzes vom 6. Juni 1882, L.-G.-Bl. Nr. 52, und des Gemeinderaths-Beschlusses vom 2. December 1881, Z. 7363, entsprechend, in den Beiträgen des
k. k. Ärars per . . . . . 700.000 fl. — kr.
und des Landes Niederösterreich per . . . . . 200.000 fl. — kr.
dann in den eigenen Einnahmen des Fonds (Activinteressen, Erlös für Baugründe, Kaufschillingsinteressen, Miet- und Pachtzinse, Mauterträgnis, Erlös für Materialien, Forstnutzungen, Ersätze und sonstige Empfänge) per . . . . . 529.003 fl. 73 kr.
und in dem mit Ende 1890 verbliebenen Cassavorrathe des Fonds per . . . . . 990.056 fl. 72 kr.
zusammen . 2,419.060 fl. 45 kr.
so dass den vorangeführten reellen Ausgaben per . . . . . 1,465.196 fl. 83 kr.
gegenüber mit Ende 1891 ein Überschuss der effectiven Einnahmen über die effectiven Ausgaben im Betrage von . . . . . 953.863 fl. 62 kr.
und nach Abzug der bei der durchlaufenden Gebarung resultierenden Mehrausgabe per . . . 17.280 fl. 46 kr.
ein barer Cassavorath von . . . . . 936.583 fl. 16 kr.
verblieb.

Zur Ermittlung der den drei Curien zukommenden eigenen Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds werden in dem vorliegenden Rechnungsabschlusse des Donauregulierungs-Fondes für das Jahr 1891 und in dem dazugehörigen, der Stadtbuchhaltung unterm 16. December 1892, zur M.-Z. 229801 ex 1892 (St.-R.-Z. 7788), zugefertigten und im Anschlusse gleichfalls mitfolgenden Berichte der Donauregulierungs-Commission von den eigenen Brutto-Einnahmen dieses Fonds, welche sich im Jahre 1891 nach der Abstattung, wie bereits bemerkt, auf . . . . . 529.003 fl. 73 kr.
beliefen, gleichwie in den früheren Rechnungsabschlüssen des Donauregulierungs-Fonds, die mit diesen Einnahmen correspondierenden Ausgaben, das sind die Kosten der Erhaltung der Kaiser Franz Josef-Brücke und der Einhebung der dortigen Brückenmaut, die Steuern, die Parcellierungsauslagen, sowie eine Regiekostenquote von 6000 fl., zusammen von . . . . . 41.849 fl. 78½ kr.
ferner die weiteren, im Jahre 1891 effectiv aufgelaufenen Auslagen für die Grundeinlösungen zur Verlängerung der Nordbahnstraße (siehe die Gemeinderaths-Beschlüsse vom 7. October 1887, Z. 6428, und vom 31. Juli 1888, Z. 4540), wofür in den Jahren 1888, 1889 und 1890 bereits 140.833 fl. 82 kr. verausgabt wurden, per . . . . 10.416 fl. 33½ kr.
und weiters die gleichfalls im Jahre 1891 effectiv aufgelaufenen Auslagen für den Bau der Quaistraße am rechten Durchstichufer von der Kronprinz Rudolfs-Brücke aufwärts bis zur Nordwestbahnbrücke (siehe Gemeinderaths-Beschluss vom 28. Jänner 1890, Z. 165)
per . . . . . 26.900 fl. — kr.
wofür im Vorjahre 59.554 fl. verausgabt worden sind (die in den Jahren 1886 und 1887 ausgeführte Strecke der Quaistraße von der Kronprinz Rudolfs-Brücke abwärts bis zur Stadlauerbrücke verursachte einen Kostenaufwand von 81.337 fl. 53 kr.), endlich die Kosten der Baggerungen an den Landungsplätzen per . . . . . 123.400 fl. — kr.
in Summe . . . . . 202.566 fl. 12 kr.
in Abzug gebracht, wogegen nichts einzuwenden ist, und es beziffern sich daher die eigenen Netto-Einnahmen des Fondes im Jahre 1891 mit . . . . 326.437 fl. 61 kr.

An diesen eigenen Netto-Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds im Jahre 1891 steht nun der Gemeinde Wien gesetzlich (Reichsgesetz vom 8. Februar 1869, R.-G.-Bl. Nr. 20, und vom 29. Juli 1877, R.-G.-Bl. Nr. 70) der Eigenthumsanspruch auf den dritten Theil, d. i. auf den Betrag von . . . . 108.812 fl. 53 kr. zu.

Die Gemeinde Wien hat jedoch auf den jährlichen Drittelantheil an den Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds als Beitragsleistung zu den Kosten der Vollendung der Donauregulierung bei Wien und der Fortsetzung derselben in Niederösterreich von der Einmündung der Isper bis zur Landesgrenze bei Theben zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 2. December 1881, Z. 7363, bis zur Maximalhöhe von 100.000 fl. jährlich, falls aber der Antheil an den Jahreseinnahmen den Betrag von 100.000 fl. übersteigen sollte, auf den Überschuss nur bis zum Belaufe etwaiger früherer Mindereingänge auf die Dauer von 20 Jahren (vom Jahre 1882 angefangen) verzichtet. Überschüsse der Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds, respective des Drittelantheiles der

Gemeinde Wien über den jährlichen Beitrag von 100.000 fl. und über die Deckung eventueller Mindereingänge in den Vorjahren sind nach den Bestimmungen des § 2, Alinea 3, des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1882, R.-G.-Bl. Nr. 68, und in Gemäßheit der Gemeinderaths-Beschlüsse vom 12. Mai 1885, Z. 916, vom 14. Mai 1886, Z. 952, vom 31. Jänner 1888, Z. 8484, und vom 3. März 1891, Z. 273, bar an die Gemeinde Wien abzuführen.

Die nach den Rechnungsabschlüssen des Donauregulierungs-Fonds vom Jahre 1882 an herwärts resultierenden Überschüsse des Drittelantheiles der Gemeinde Wien an den Einnahmen des genannten Fonds über den Jahresbeitrag von 100.000 fl. sind auch bisher an die städtische Hauptcassa abgeführt worden. (Die Abfuhr des nach dem mit Stadtraths-Beschluss vom 17. Mai 1892, Z. 1554, M.-Z. 355489 ex 1891, zur Kenntnis genommenen Rechnungsabschlüsse des Donauregulierungs-Fonds pro 1890 resultierenden Überschusses per 28.537 fl. 78½ kr. an die Gemeinde Wien erfolgte am 3. Februar 1892.)

Nach dem Gesagten hat sohin von dem auf die Gemeinde Wien entfallenden dritten Theil der eigenen Netto-Einnahmen des Donauregulierungs-Fonds im Jahre 1891 per . . . . 108.812 fl. 53 kr.
der Betrag von . . . . . 100.000 fl. — kr.
als Beitragsleistung der Gemeinde Wien für das Jahr 1891 zu den vorerwähnten Regulierungsarbeiten der Donauregulierungs-Commission zu verbleiben und der Überschuss per . . . . . 8.812 fl. 53 kr.
der Gemeinde Wien bar ausgefolgt zu werden.

Die Abfuhr des letzteren Betrages per 8812 fl. 53 kr. an die städtische Hauptcassa ist nun bereits am 18. März 1893 sub J.-A. 2735, und zwar über Zuschrift der Donauregulierungs-Commission vom 26. Jänner 1893, Z. 220, M.-Z. 15284, erfolgt, und es ist demnach diesfalls nichts weiter zu verfügen.

Die Activen des Donauregulierungs-Fonds, auf welche die Gemeinde Wien zufolge der Reichsgesetze vom 8. Februar 1869, R.-G.-Bl. Nr. 20, vom 29. Juli 1877, R.-G.-Bl. Nr. 70, und vom 6. Juni 1882, R.-G.-Bl. Nr. 68, den Eigenthumsanspruch zu einem Drittheile besitzt, bestanden mit Ende des Jahres 1891:

in den Activ-Rückständen per	798.238 fl. 43	kr.
in dem Cassareste nach Abzug der Passiv-Rückstände per	716.337 fl. —½	kr.
ferner laut des vorliegenden Berichtes der Donauregulierungs-Commission über die Fondsverwaltung (Seite 49—56) in dem Werte der noch unverkauften Grundstücke per	7,975.321 fl. 70	kr.
in dem Capitalswerte der verpachteten Landungsplätze per	2,037.000 fl. —	kr.
in dem auf Grund der abreifenden Nutzungen sich ergebenden Capitalswerte des Inundations-Terrains per	66.666 fl. —	kr.
und des Terrains des alten Stromes per . .	555.555 fl. —	kr.
weiters in dem Werte der Kaiser Franz Josef-Brücke (nach den Herstellungskosten) per . .	2,449.410 fl. —	kr.
dann in dem Bauwerte (ausschließlich des Grundwertes) des Hauses Nr. 11 am Erzherzog Karl-Platze per	72.000 fl. —	kr.
und in dem wie in den Vorjahren angesetzten Werte der Bauhütten, Mesinstrumente und Einrichtungsstücke per	13.970 fl. —	kr.
zusammen von .	14,684.498 fl. 13½	kr.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(2704.) **St.-R. Müller** referiert über den neuerlichen Bericht, betreffend die den Brauereibesitzern v. Bachofen & Medinger ertheilte Bewilligung von Fabrikszubauten in Nussdorf im XIX. Bezirke und beantragt, in Abänderung des Beschlusses vom 18. April 1893, Z. 2116, die Bestätigung des diesbezüglichen Bauconsenses gegen dem zu ertheilen, dass die mit obigem Beschlusse aufgetragenen Verpflichtungen primo loco auf der zum Brauhause gehörigen und den genannten Brauereibesitzern eigenthümlichen Restauration „zur goldenen Rose" grundbücherlich sichergestellt werden. (Angenommen.)

(2754.) **Derselbe** referiert über das Project für die Stockwerksaufsetzung auf das Schulgebäude Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, und beantragt die Ausführung der Stockwerksaufsetzung nach der vom Stadtbauamte vorgelegten und vom Bezirksschulrathe approbierten Planskizze A und B mit dem bedeckten Kostenaufwande von circa 25.000 fl. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(2707.) **Derselbe** referiert über die Projectskizze für die neue Façade bei dem Schulbaue Unter-St. Veit, Auhofstraße 27, und beantragt:

1. Die aus der vorliegenden Projectskizze ersichtliche Abänderung der Façade und des Daches wird mit dem Bemerken genehmigt, dass die Herstellung der Thürmchen und Giebel zu entfallen habe und das dritte Stockwerk mehr als Fries auszugestalten sei.

2. Von der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 16. März 1893, Z. 1313, angeordneten Einrichtung der Hochquellen-Wasserleitung, der Herstellung einer Pumpenanlage und der Durchführung der Canalisierung sei aus den im Bauamtsberichte vom 22. April 1893, Z. II 1402, geltend gemachten Gründen Umgang zu nehmen.

St.-R. Ritt. v. Neumann beantragt, es seien bezüglich der Closet- und Pissoirbespülung entsprechende Vorkehrungen zu treffen, zieht jedoch diesen Antrag zurück.

Referenten-Antrag angenommen.

(2458.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Johann Schupfer um Baulinienbestimmung für die Parc. 557/2, 558/2, Einl.-Z. 273 Hütteldorf im XIII. Bezirke, und beantragt, von einer Baulinienbestimmung abzusehen und im Falle einer Bauführung zu bedingen, dass ein Grundstreifen in der Breite von 10 m, von der Grenze gegen die Wegparcelle Cat.-Parc. 870 gerechnet, unverbaut zu lassen sei, und dass für den Fall einer Änderung in der zukünftigen Straßenführung bezüglich der Baulinie oder des Niveaus von den betreffenden Eigenthümern keine Schadenersatzansprüche erhoben werden, welche Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde auf dieser Realität grundbücherlich sicherzustellen wäre. (Angenommen.)

(2819.) **St.-R. Matzenauer** referiert über die Eingabe des städtischen Bibliothek-Directors puncto Bewilligung eines Credites für die Ausschmückung und elektrische Beleuchtung des Neuen Marktes anlässlich der am 25. Mai 1893 stattfindenden 200jährigen Geburtsfeier Raphael Donners und beantragt, hiefür einen Credit im Höchstbetrage von 1000 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(2821.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes, betreffend das Urtheil des k. k. Oberlandesgerichtes in Wien in Sachen contra Versicherungs-Gesellschaft „Donau" und Consorten puncto Zahlung von Beiträgen zur Erhaltung der Feuerlösch-Telegraphen, und beantragt, die außerordentliche Revision gegen das obergerichtliche Urtheil ddto. 19. April 1893, Z. 3009, nicht einzubringen.

Die von der Gemeinde Wien zu zahlenden Processkosten von zusammen 515 fl. 37 kr. sind dem Herrn Stadtanwalte, beziehungsweise seinem Substituten zum Zwecke der Zahlung zur Verfügung zu stellen. (Angenommen.)

St.-R. v. Götz beantragt:

1. Der Magistrat werde beauftragt, wegen der rascheren Beschaffung von Wasser zu Feuerlöschzwecken im XIII. Bezirke die nöthigen Erhebungen zu pflegen und diesbezüglich Vorkehrungen zu treffen.

2. Das Feuerwehr-Commando ist aufzufordern, sofort Bericht zu zu erstatten, ob es im Interesse der rascheren Hilfe nicht geboten erscheint, den sämmtlichen freiwilligen Feuerwehren im XIII. Bezirke zu gestatten, zu Bränden im eigenen Bezirke auszurücken.

(An den Magistrat.)

Schluss der Sitzung.

* * *

(Richtigstellung.) Die Referate Z. 2335 und 1915 wurden in der Stadtraths-Sitzung vom 19. April 1893 vom St.-R. Ritt. v. Neumann und nicht, wie in Nr. 33 des Amtsblattes S. 867 und 868 irrthümlich berichtet wurde, von St.-R. Dr. Vogler erstattet. — Ferner hat es in Nr. 33 des Amtsblattes auf S. 864, 2. Spalte, Zeile 16 von oben, zu heißen: „Augartenstraße nicht zu genehmigen".

Bezirksausschüsse.

Ergebnis der am 10. Mai 1893 vom III. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Ergänzungswahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897.

Zahl der zu wählenden Bezirksausschüsse	Mit absoluter Stimmenmehrheit wurde gewählt	Zahl der erschienenen Wähler	Zahl der erhaltenen Stimmen
1	**Rau** Josef, Zahntechniker, IX., Alserbachstraße 13	1324	752

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Borstenviehmarkt vom 9. Mai 1893.)

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	4831	Stück
Fettschweine	4662	„
Summa .	9493	Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8016	Stück
für das Land	758	„
unverkauft blieben	719	„

2. Preisbewegung:

Jungschweine . . von 33 bis 46 kr.
Fettschweine . . . „ 38 „ 49 „
} per Kg. Lebendgewicht.

Der Geschäftsverkehr war bloß für Fettschweine lebhafter, und haben deren Preise eine Besserung von 2½ kr. per Kilogramm erfahren, während Jungschweine zu letztwöchentlichen Preisen gehandelt wurden.

* * *

(Pferdemarkt vom 9. Mai 1893.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 405 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—250 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 23—56 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

(Stechviehmarkt vom 10. Mai 1893.)

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 3961, Kälber lebend 171, Lämmer Waidner 2186, Lämmer lebend 154, Schafe Waidner 277, Schafe lebend 3505

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner per Kg. . . . . von 40 bis 60 kr.
Kälber lebend . „ Kg. . . . . „ 32 „ 50 kr.
Lämmer Waidner „ Paar. von 4 bis 11 fl.
Lämmer lebend . „ „ . „ 3 „ 7 fl.
Schafe Waidner „ Kg. . . . . von 24 bis 44 kr.
Schafe lebend . „ Paar . von 7 bis 20¼ fl.
Schafe lebend . „ Kg. . . . . von 19 bis 38 kr.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 73 Stück Kälber mehr zugeführt. Bessere Qualitäten waren gut gefragt und besserten sich im Preise um 2½ kr. per Kilogramm, während die übrigen Sorten die vorwöchentlichen Preise behaupteten.

Auf dem Schafmarkte wurden um 511 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war sehr flau, und fielen die Preise um 1 fl. per Paar.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 10. Mai 1893 73 Stück Mast- und 80 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

Vom 8. Mai bis 11. Mai 1893.

Für Neubauten:

V. Bezirk: Haus, Reinprechtsdorferstraße 68, von Franz Tscheitscher, Bauführer Seitl & Klee (3078).

XIII. Bezirk: Provisorisches Wohngebäude, Breitensee, Flötzersteig, Parcelle 242, von Joh. und Rosa Galba, Pächter, Eigenthümer Stift Schotten, Bauführer Leopold Höfer, Maurermeister (12307).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Spiegelgasse 3, von Anton John, Maurermeister (3064).

Für diverse (geringere) Bauten:

IV. Bezirk: Rauchfang-Erhöhung, Alleegasse 48, von Victor Schmidt & Söhne, Bauführer Frauenfeld & Berghof (3077).

IX. Bezirk: Rauchfang-Aufmauerung, Maximilianplatz 2, von Ed. Frauenfeld & Berghof, Baumeister (3052).

XII. Bezirk: Wagenremise-Vergrößerung und Abortbau, Altmannsdorf, Breitenfurtherstraße 43, von Josef Baumann, Bauführer Josef Schaufler (13300).

„ „ Scheidemauer-Abtragung, Gaudenzdorf, Schönbrunnerstraße 58, von Kobinger, Bauführer W. Boit (13398).

XIII. Bezirk: Dachstuhlaufsetzung, Hütteldorf, Hauptstraße 31, von Barbara Kuster (12164).

„ „ Diverse niedergebrannte Bestandtheile, Hütteldorf, Hauptstraße 23, von Joh. Wietek (12306).

XV. Bezirk: Sattelraumherstellung, Mariahilfergürtel, von Alb. Schumann, Bauführer J. Gramann (3058).

Gesuche um Baulinienbestimmung wurden überreicht:

V. Bezirk: Herthergasse Grundb.-Einl. 399 und 408, von Josef Haala (3066).
VI. Bezirk: Millergasse 39, von Johann Eckl (3072).
XIII. Bezirk: Parcellen 3/4, 4 5, 5/4, 422/4, Lainz, Grundb.-Einl. 276, Leopold und Hermine Gall (12136).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 11, von W. B. Lukesch (3055).

Gewerbeanmeldungen vom 8. Mai 1893.

(Fortsetzung.)

Rigoni Anton — Cabsfuhrwerk — XII., Unter-Meidling, Stiftg. 3/5.
Dittmer Franz — Commissionshandel mit Börseeffecten — I., Tegetthoffstraße 7.
Singer Katharina — Damenkleidermacherin — II., Untere Augartenstraße 23.
Mayr Agnes — Erzeugung von Frauen- und Kinderkleidern — XIII., Penzing, Marktgasse 45.
Rosenberger Josef — Essigerzeugung — V., Gartengasse 3.
Kuhlmey Karoline Aloisia — Farben-Verschleiß — II., Haidgasse 15.
Suitcs Bosko — Friseur — XIX., Ober-Döbling, Obkirchergasse 10.
Hirsch Johann — Gastwirt — II., Kronprinz Rudolfstraße 84.
Marschall Josef — Gastwirt — XVIII., Währing, Hauptstraße 67.
Reiterbund — Gastwirtsgewerbe — III., Beatrixgasse 3.
Hradetzky Johann — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Rudolfsheim, Prinz Karlgasse 26.
Huber Florian — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Oppelgasse 5.
Meinlschmidt Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Payerlgasse 7.
Stumpf Albrecht — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Gaudenzdorf, Plankengasse 47.
Sázár Hugo — Handelsagent — II., Rembrandtstraße 1.
Kaspar Francisca — Handel mit gebrauchten Kleidern und Wäsche — XIX., Ober-Döbling, Lißbauergasse 7.
Reifinger Johanna — Hausierhandel mit Obst- und Grünzeug — II., Untere Augartenstraße 31.
Mederer Heinrich — Kaffeehausgewerbe — V., Spengergasse 1.
Ural Josef — Kaffeehausbesitzer — XIV., Sechshauser Hauptstr. 52/54.
Nečas Wenzel — Kleidermachergewerbe — II., Große Stadtgutgasse 10.
Glück Schifre — Leihanstalt für neue Damenkleider — II., Circusg. 14.
Pinzkner Barbara — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Groiß Johann — Milchmeierei — XI., Simmering, Dorfgasse 6.
Wöginger Josefa — Milch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstr. 114.
Waněk Johann — Schneidergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 16.
Bohmann Albert — Schuhmacher — XVI., Ottakring, Annagasse 6.
Mayer Karl — Schul-, Gebetbücher- und Kalender-Verschleiß — XVIII., Währing, Josefigasse 30.
Janoch Josef — Selchwaren-Verschleiß — V., Anzengrubergasse 24.
Schmid Johanna — Selchwaren-Verschleiß — III., Stammgasse 15.
Apltauer Leopold — Tischler — XVIII., Währing, Mitterberggasse 9.
Schink Wenzel — Tischler — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 63.
Trch Adalbert — Tischler — XIV., Sechshaus, Plankengasse 42.
Rausch Sarah — Trödlergewerbe — VIII., Strozzigasse 44.
Czizek Josef — Verabreichung von Liqueur und Chocolate in Verbindung mit dem Betriebe des Zuckerbäckergewerbes — I., Schottengasse 6.
Stepnička Aloisia — Verabreichung von Sodawasser mit und ohne Zusatz von Fruchtsäften und Verkauf von Zuckerbäckerwaren — II., Obere Donaustraße 43. (Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes . . . 969
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 8. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Geitler und Winkler wegen Fernbleibens . . . 969
2. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dobeš, betreffend den Standplatz für Lohnfuhrwerke beim Südbahnhofe in Meidling . . . 969
3. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Büsch, betreffend Vorkehrungen zur möglichsten Beseitigung der durch die Wasserrohrlegungen hervorgerufenen Geschäftshemmungen im XII. Bezirke 969
4. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Dr. Lueger, betreffend den Stand der Vorarbeiten für den Bau städtischer Gaswerke . . . 970
Interpellationen:
5. Gem.-Rath Dobeš, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Turner-Feuerwehr im XII. Bezirke . . . 970
6. Gem.-Rath Bärtl, betreffend seinen Antrag vom 11. September 1891, wegen Convertierung der älteren städtischen Anlehen . . . 970
7. Gem.-Rath Kreindl, betreffend das Project für die Rohrlegung zur Versorgung des XIX. Bezirkes mit Hochquellenwasser 970
8. Gem.-Räthe Boschan, Dr. Lueger und Prockſch, betreffend die Verzögerung der Inangriffnahme des Baues des linksseitigen Sammelcanales . . . 970
Anträge:
9. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend die Verbreiterung der Hütteldorferstraße im XIV. und XV. und der Burggasse im XVI. Bezirke . . . 971
10. Gem.-Rath Gräf, betreffend die Sistierung der Errichtung der Desinfectionsanstalt in dem aufgelassenen Rothspitale im XVI. Bezirke und deren Verlegung an einen entlegenen Ort 971
Referat:
11. Gem.-Rath Boschan, betreffend die Aufnahme eines Anlehens der Stadt Wien für Zwecke der Wasserversorgung (Fortsetzung der Debatte) . . . 971
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 9. Mai 1893.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Allerhöchste Entschließung, betreffend die Zuweisung eines Theiles des Erträgnisses des k. u. k. Stiftungshauses am Schotteuring zu Gunsten des Vereines zur Erhaltung des Franz Josef-Jugendasyls . . . 988
2. Entschuldigung der Gem.-Räthe Markl und Dehm . . . 988
3. Spende des Herrn Gregor M. Bartsch für die Stadtbibliothek (Chronik der Wirksamkeit des Ortsschulrathes in Unter-Meidling in den Jahren 1871 bis 1892) . . . 988
4. Beantwortung der Interpellation der Gem.-Räthe Boschan, Dr. Prockſch und Dr. Lueger, betreffend die Verzögerung der Inangriffnahme des Baues des linksseitigen Sammelcanales 988
5. Desgleichen des Gem.-Rathes Kreindl, betreffend das Project für die Rohrlegung zur Versorgung des XIX. Bezirkes mit Hochquellenwasser . . . 989
6. Desgleichen des Gem.-Rathes Brauneiß, betreffend seinen Antrag wegen Anbringung von Bechern an sämmtlichen öffentlichen Auslaufbrunnen . . . 989
Referate:
7. Gem.-Rath Schlechter, betreffend die Verification der Wahl in den Gemeinderath aus dem 2. Wahlkörper im I. Bezirke 989
8. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl aus dem 2. Wahlkörper des III. Bezirkes . . . 990
9. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl aus dem 2. Wahlkörper des IV. Bezirkes . . . 990
10. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl aus dem 3. Wahlkörper des V. Bezirkes . . . 990
11. Derselbe, betreffend die Verification der Wahl aus dem 3. Wahlkörper des VIII. Bezirkes . . . 1000
12. Derselbe, betreffend die Verification der Wahlen aus dem 2. Wahlkörper des XVIII. Bezirkes . . . 1000
Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 9. Mai 1893.
Inhalt:
Gem.-Rath Ritt. v. Neumann, betreffend Ankauf von Grundstücken für eine Pumpstation und Hochreservoire im XIII. und XVII. Bezirke . . . 1001
Stadtrath:
Sitzungen des Stadtrathes . . . 1001
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 3. Mai 1893 . . . 1001
Bezirksausschüsse:
Ergebnis der am 10. Mai 1893 vom III. Wahlkörper des IX. Gemeindebezirkes vorgenommenen Ergänzungswahl für den Bezirksausschuss mit der Functionsdauer bis 1897 . . . 1007
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Borstenviehmarkt vom 9. Mai 1893 . . . 1007
Pferdemarkt vom 9. Mai 1893 . . . 1007
Stechviehmarkt vom 10. Mai 1893 . . . 1007
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 8. Mai bis 11. Mai 1893 . . . 1007
Gewerbeanmeldungen . . . 1008
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Walfischgasse 10.